www.tbb-berlin.de

TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDES

26.01.2013 – 21.02.2015

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg

Impressum
Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Oranienstr. 53, 10969 Berlin
Tel.: 030 / 62 32 62 4
Fax: 030 / 61 30 43 10
Web: www.tbb-berlin.de
E-Mail: info@tbb-berlin.de
V.i.S.d.P. Ayşe Demir

Der TBB bedankt sich bei seinen Unterstützern:

Tätigkeitsbericht des Vorstandes 26.01.2013 – 21.02.2015

Inhaltsverzeichnis

I. Struktur und Organisation
- Vorstand
- Mitglieder
- Beschäftigte
- Geschäftsstelle

II. Allgemeine Entwicklung
- Aktion 5 vor 12
- Partizipations- und Integrationsgesetz
- Verabschiedung des Berliner Anerkennungsgesetzes
- Die Aufarbeitungen der rassistischen Morde des so genannten NSU / Umsetzungen der Empfehlungen des NSU Ausschusses
- Optionsmodell
- Flüchtlingspolitik EUGH Urteil
- CERD

III. Projekte und Beratung
- Beratung/Recht
- Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen
- Freiwilliges Soziales Jahr
- Antidiskriminierungsarbeit

IV. Kontakte zu Dachverbänden
- TGD
- MRBB
- ADVD

V. TBB als Ansprechpartner der Berliner Politik
- Gespräche mit Vertretern der Politik und Verwaltung

VI. Finanzen
- Finanzstruktur des TBB
- Krankenkassen

VII. Aus den Mitgliedsvereinen

VIII. Pressemitteilungen

IX. Presseausschnitte

I. Struktur und Organisation

a) Vorstand

Am 26. Januar 2013 fand in den Räumlichkeiten der TU Berlin die außerordentliche Delegiertenversammlung des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg statt. Der hier gewählte Vorstand beschloss auf seiner konstituierenden Sitzung am 29. Januar 2013 folgende **Aufgabenverteilung**:

- Ayşe Demir — Sprecherin
- Hilmi Kaya Turan — Sprecher
- Mustafa Doğanay — Sprecher
- Güray Kişmir — Kassenwart
- Sevda Polat — Stellvertr. Kassenwartin
- İlker Duyan — Beisitzer
- Hümeyra Baykan — Beisitzerin

Ersatzmitglieder:
- Ali Sönmez

Weitere Entwicklungen innerhalb des Vorstandes
- Der TBB hat auf seiner Vertreterratssitzung vom 19.11.2013 Celal Altun, Hanefi Aydın und Safter Çınar in den Vorstand kooptiert. Laut § 9.2 der Satzung des TBB können bis zu vier Personen in den Vorstand kooptiert werden. Die kooptierten Mitglieder des Vorstandes haben Rede- und Antragsrecht aber kein Stimmrecht.

- Am 12.03.2014 trat Hilmi Kaya Turan zurück. Ali Sönmez rückte nach und wurde Beisitzer. İlker Duyan wurde innerhalb des Vorstandes zu einem der Sprecher gewählt.

- Am 15.09.2014 trat Hümeyra Baykan zurück.

- Am 27.01.2015 schied Safter Çınar als kooptiertes Mitglied des Vorstandes aus.

Neben der satzungsmäßigen Aufgabenteilung wurden für die Vorstandsmitglieder nachfolgende **Zuständigkeitsbereiche** festgelegt:

Politische Themenfelder			
Thema	**Verantwortliche Vorstandsmitglieder**		
Migration	Mustafa Doğanay	Celal Altun	Ayşe Demir
Ausbildung / Arbeitsmarkt	Ayşe Demir	Hanefi Aydın	
Bildung / Sport	Güray Kişmir	Ali Sönmez	Hümeyra Baykan
Rassismus / Islamophobie / Antimuslimischer Rassismus	Safter Çınar	İlker Duyan	Celal Altun
Kultur / Medien / Umwelt	Güray Kişmir	Ali Sönmez	
Frauen / Gender / Homophobie	Mustafa Doğanay	Ayşe Demir	Sevda Polat
Gesundheit / Behinderung / Senioren	İlker Duyan	Sevda Polat	

Gremien		
Gremium	**Verantwortliche Vorstandsmitglieder**	
Vertreterrat der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD)	Güray Kişmir	
Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB)	Güray Kişmir	Celal Altun
Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)	İlker Duyan	Safter Çınar
Islamforum	Güray Kişmir	Celal Altun
Beirat für Integration und Migration Kreuzberg	İlker Duyan	Ali Sönmez
AK Migranten SenWFT	Hanefi Aydın	
Berlin braucht dich	Sevda Polat	Fuat Şengül
Bündnis gegen Rassismus	Güray Kişmir	
Bündnis gegen Homophobie	Mustafa Doğanay	Ayşe Demir
Runder Tisch Akzeptanz sexueller Vielfalt	Mustafa Doğanay	Ayşe Demir
Runder Tisch Ausländerbehörde	Mustafa Doğanay	Fuat Şengül
Runder Tisch ausländische Inhaftierte	Ali Sönmez	Sevda Polat

b) Mitglieder des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Juristische Personen

1. Bahadın Solidaritätsverein Berlin (BAHADIN-DER)
2. Bengi Türkisches Folklorezentrum (TÜHABİLİM)
3. Berliner Ensemble für klassische türkische Musik
4. Berliner Gesellschaft Türkischer Mediziner (BGTM)
5. Birikim Kulturzentrum
6. SV Hürriyet – Burgund
7. Bund Türkischsprachiger Fachkräfte im Sozial- und Gesundheitswesen
8. Deutsch-Türkisches Akademiker-Forum (DeTAF)
9. Freunde der deutsch-türkischen Europaschule Kreuzberg
10. Freundschaftsverein Berlin-Mersin
11. Hilfs- und Solidaritätsverein für Rentner, Behinderte und Senioren (EM-DER)
12. Berliner Sozialdemokraten (BSD)
13. Karadeniz Kulturverein
14. KSF Anadolu- Umutspor 1970
15. Malatyaspor
16. Schwarzmeer Natur- und Umweltverein
17. Stimme der Kulturen (SdK)
18. Tokat und Umgebung zeitgenössischer demokratischer Verein
19. TÖYED – Türkischer Behinderten-, Alten- und Rentnerverein
20. Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg
21. Türkischer Frauenverein Berlin (BTKB)
22. Türkischer Kulturrat in Berlin (BTK)

23. Türkisches Sportbegegnungszentrum
24. Türkisches Wissenschafts- und Technologiezentrum (BTBTM)
25. Verein der türkischen Reiseagenturen Berlin (BETÜSAB)
26. YEKDANE – Berliner Gesellschaft für Kunst und Kultur
27. Çorum-Der
28. Türkische Gesellschaft für soziale und politische Lösungen e.V.
29. Bildung Kultur Musik Zentrum e.V. (BKMZ)
30. Interkulturell-Aktiv e.V.

Natürliche Personen

- Personengruppe: Gewerkschaftsfunktionäre und Politiker
- Personengruppe: Sonstige natürliche Personen

Gesamt: 84 Mitglieder

c) Beschäftigte

Der TBB versteht sich nicht als „klassischer" Träger von Projekten, sondern möchte seine politische Arbeit mit passenden Projekten flankieren. Einerseits soll der Projektalltag das Problembewusstsein innerhalb des Verbandes zu bestimmten Themengebieten stärken und Berliner_innen wichtige Dienstleistungen anbieten, andererseits wird der Ansatz verfolgt, durch modellhafte Projekte der Politik konstruktive Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

2014 waren in den verschiedenen Projekten des TBB zeitweilig bis zu 15 Personen mit Zuwendungsabhängigen befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt. Momentan (Stand: 21.02.2015) sind im TBB 17 Personen beschäftigt.

d) Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle des TBB ist im Frühjahr 2013 aus den Räumlichkeiten am Tempelhofer Ufer in die Oranienstr. 53 umgezogen. Eine Einweihungsfeier fand Juli 2013 statt.

II. Allgemeine Entwicklung

a) Aktion 5 vor 12

„SCHAU HIN – RASSISMUS ENTGEGENTRETEN!“

AUFRUF ZUR AKTION „5 vor 12“ AM 21. MÄRZ 2014
IM RAHMEN DER INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Am „internationalen Tag für die Beseitigung rassistischer Diskriminierungen“ der Vereinten Nationen werden auch in diesem Jahr in Berlin landesweit dezentrale Aktionen stattfinden.

Der Kampf gegen alle Formen von Rassismus ist aktueller denn je:
- Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU-Skandal haben im vergangenen Jahr zwar Erkenntnisse über die systematischen Versäumnisse ans Licht gebracht und eine Reihe von Konsequenzen gefordert; die alte Bundesregierung hat sich aber im wesentlichen darauf beschränkt, die Konzentration und den Ausbau der Sicherheitsbehörden in Angriff zu nehmen, statt gegen das Krebsgeschwür des Rassismus auf allen Ebenen und in allen Bereichen vorzugehen.

- Gegenüber der internationalen Kritik vor dem UN-Menschenrechtsausschuss hat sie auf einen Aktionsplan gegen Rassismus verwiesen, der aus der Zeit vor der zufälligen Aufdeckung des NSU stammt; auch der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition lassen sich nicht die erforderlichen Konsequenzen einer wirksamen Bekämpfung des institutionellen und tief in der Mehrheitsgesellschaft verankerten Rassismus entnehmen.

- Der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München, in dem u. a. zehn Morde, neun an Menschen mit Migrationshintergrund – acht davon aus der Türkei, einer aus Griechenland – durch eine rechtsterroristische Vereinigung angeklagt sind, läuft seit einem Jahr, ohne dass die Taten, ihre Hintergründe und die Ursachen des Versagens der Ermittlungsbehörden umfassend aufgedeckt würden.

- Schon vor der Aufdeckung der NSU hatten unabhängige Experten mehr als 150 Opfer rechter Gewalt in den letzten zwei Jahrzehnten gezählt, deren politischer Hintergrund in den offiziellen Statistiken hartnäckig verschwiegen worden war – inzwischen mussten die Behörden sich korrigieren. Im Dezember 2013 brachten die Medien die alarmierende Meldung: Die Zahl der Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland sei möglicherweise vierzehn mal höher (!) als bisher offiziell angegeben. Die Bundesregierung ging bislang von 63 Morden mit rechtsextremistischem Hintergrund aus. Nun gibt es aber bei 746 Tötungsdelikten und Tötungsversuchen mit insgesamt 849 Opfern zwischen 1990 und 2011 laut Bundesinnenministerium Anhaltspunkte für ein möglicherweise rechtsextremistisches Tatmotiv; auch in Berlin muss wegen 78 Tötungsdelikten wieder neu ermittelt werden (Berliner Zeitung 4.12.13) – darunter ist aber nicht einmal der Mord an dem türkeistämmigen Burak B. für dessen Erschießung 2012 auf offener Straße durch einen bisher unbekannten Täter kein anderes Motiv ersichtlich ist, weswegen die Familie und Initiativen zu Recht neue Ermittlungen zu möglichen rassistischen Hintergründen und Motiven verlangen.

- Unbefriedigend ist bisher auch die Umsetzung einer Beschwerde des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB) bei dem UN-Anti-Rassismus-Ausschuss (CERD) wegen rassistischer Äußerungen Thilo Sarrazins in einem Zeitungsinterview: Während der Ausschuss die Bundesrepublik verurteilt hat, weil sie die Bevölkerung nicht ausreichend vor rassistischer

Diskriminierung geschützt habe, indem Sarrazin nicht strafrechtlich verfolgt wurde, hat die Bundesregierung bis heute nicht die geforderten Konsequenzen erfüllt.

- Und noch immer geschehen täglich mehrere rassistische Gewalttaten in Deutschland.

Rassistische Gewalt und rechter Terror durch Neonazis haben sich in den bundesdeutschen Alltag eingeschrieben und doch bleiben auch heute noch Opfer rechter und rassistischer Gewalt der fatalen Mischung aus Ignoranz, Inkompetenz, Verharmlosung und Vertuschung bei Strafverfolgern und Justiz ausgesetzt, die das Staatsversagen im NSU-Komplex im Zusammenspiel mit institutionellem Rassismus erst ermöglicht haben.

Am 21. März sollen dezentrale vielfältige Aktionen wie Gedenkminuten, Luftballon-Aktionen, „Kehr aus“ (Rassismus wird symbolisch aus Verwaltungen, Betrieben usw. gefegt), Aufspannen von Regenschirmen zur Abwehr, Hup- und Trillerpfeifenkonzerte stattfinden. Wir wollen dazu beitragen, den Rassismus und Rechtspopulismus – auch in Institutionen und etablierten Parteien - zu bekämpfen, und über den Rassismus in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzuklären. Dazu gehört die Klarheit, was heute unter Rassismus zu verstehen ist, wie er sich politisch und kulturell äußert und verbreitet.

---

b) Partizipations- und Integrationsgesetz

2011 trat das Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration (PartIntG) in Kraft. Das vom Beirat für Integration und Migration des Berliner Senats initiierte und während seiner Entstehung begleitete Gesetz war bundesweite die erste gesetzliche Regelung in diesen Fragen.

Allerdings hat der SPD-CDU-Senat kaum etwas zur Umsetzung des Gesetzes getan.

Das Gesetz sieht vor, dass der/die Beauftragte/r Beauftragter des Senats für Integration und Migration „nach Anhörung des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen und auf Vorschlag der für Integration zuständigen Senatsverwaltung“ vom Senat ernannt wird (§ 5, Absatz 1). Die Beiratsmitglieder haben am Tag der Sitzung, wo diese Frage auf der Tagesordnung stand, aus den Tageszeitungen den Namen der Neubesetzung erfahren. Deshalb haben die migrantischen Mitglieder des Beirates zu Recht die Sitzung boykottiert.

Laut § 8 soll der Berliner Senat dem Abgeordnetenhaus erstmals zum 31. Dezember 2011 und dann alle zwei Jahre über die Umsetzung der Ziele dieses Gesetzes berichten. Der Bericht kam um ein Jahr verspätet und geht auf die Kernforderung des Gesetzes „Der Senat strebt die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an.“ (§ 4, Absatz 4) nicht ein.

Gemäß Artikel 10 § 18, Absatz 1 können Verstorbene „aus religiösen Gründen auf vom Friedhofsträger bestimmten Grabfeldern in einem Leichentuch ohne Sarg erdbestattet werden.“ Auch diese Forderung ist noch nicht geregelt. Erschwerend kommt hinzu, dass Flächen für Bestattungen entsprechend islamischem Brauch fast nicht mehr vorhanden sind und der Berliner Senat trotz mehrfacher Aufforderung dieses Problem nicht gelöst hat.

c) Verabschiedung des Berliner Anerkennungsgesetzes

Am 20. Februar 2014 trat das Berliner „Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ in Kraft. Es enthält die Verfahren zur Gleichwertigkeitsprüfung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen für die landesrechtlich geregelten Berufe und ergänzt insoweit das Anerkennungsgesetz des Bundes.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg hat im Vorfeld zum Entwurf des Gesetzes eine Stellungnahme abgegeben:

Stellungnahme des TBB zum Entwurf eines Berliner Gesetzes über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nimmt der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg e.V. zum Gesetzesentwurf über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen des Landes Berlin Stellung.

Als Migrantenorganisation vornehmlich Türkeistämmiger Menschen setzt sich der TBB gemeinsam mit anderen Organisationen für die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung und Gleichbehandlung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie für das friedliche Zusammenleben und solidarische Zusammenwirken aller Menschen in Berlin und Brandenburg

ein.

Der TBB begrüßt es, dass nunmehr auch Berlin entsprechend dem BQFG-Mustergesetz einen Entwurf vorgelegt hat, um die vom Bundes-BQFG ausgeschlossenen und im Zuständigkeitsbereich der Länder liegenden Berufe zu regeln.

Nachstehend nehmen wir Bezug auf das Gesetz und hoffen, dass unsere Anmerkungen zum vorliegenden Gesetzesentwurf bei dessen weiterer Ausgestaltung berücksichtigt werden.

Das Bundes-BQFG, welches seit dem 01.04.2012 in Kraft ist, stellt einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen dar. Dies erleichtert die Integration von Personen mit nicht deutschen Berufsqualifikationen in den Arbeitsmarkt und wirkt dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegen. Sie überträgt die Regeln der RL 2005/36/EG zur Feststellung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Berufsqualifikationen und erweitert diese durch Anwendung auf alle ausländischen Staatsangehörigen sowie auf die Feststellung der Gleichwertigkeit nicht reglementierter Berufe.

Mit dem Bundes-BQFG wurde somit Personen mit ausländischen Berufsqualifikationen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und von ihrem Aufenthaltsstatus die Gelegenheit gegeben, mit einheitlich geregelten Verfahren und Kriterien für Berufe im Zuständigkeitsbereich des Bundes einen Antrag auf Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikationen zu stellen. Die Berücksichtigung der relevanten Berufserfahrung als mögliche Ausgleichsmaßnahme bei festgestellten Unterschieden ist ebenso wesentlich wie der Umstand, dass bei festgestellten wesentlichen Unterschieden im Bescheid konkret auf diese Unterschiede hingewiesen werden muss. Hierdurch ist es in der Folge möglich, die nach hiesigen Maßstäben vorhandenen Defizite mittels entsprechender Maßnahmen gezielt auszugleichen.

Allgemeine Anmerkungen:

Entsprechend des BQFG des Bundes hat auch das Landes-BQFG die zentrale Aufgabe, die Verfahrensprivilegien des EU-Rechts auf alle Antragssteller im Anerkennungsverfahren auszudehnen und damit die rechtlichen Unterschiede zwischen EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen aufzuheben.

Wie das Mustergesetz ist auch das Landes-BQFG Berlin gemäß § 2 Art. 1 unabhängig von der Staatsangehörigkeit auf alle Personen anwendbar, die im Ausland einen Ausbildungsnachweis erworben haben. Zugleich wird aber in den Folgeartikeln des Entwurfs in den einzelnen Berufen auf Landesebene die Anwendbarkeit des Gesetzes ausgeschlossen und es werden lediglich Änderungen in den Fachgesetzen vorgenommen, die nur teilweise die Anwendbarkeit der Fachgesetze auf Drittstaatsangehörige erweitern. Wir sehen hier keine wesentliche Verbesserung der Chancen für die Integration von Menschen mit ausländischen Berufsqualifikationen in den Arbeitsmarkt. Die Anwendung des Landes BQFG auf sämtliche landesrechtlich geregelte Berufsabschlüsse würde einheitliche und transparente Verfahren ermöglichen. Die Chancengleichheit im Verfahren für Drittstaatsangehörige wäre durch diese Vereinheitlichung gewährleistet.

Mit Bedauern stellen wir fest, dass die Änderungen in den Fachrechten völlig unzureichend sind. In dieser Fassung fände das Gesetz in vielen Fällen keine Anwendung und verfehlte seinen Zweck. Es gilt, die bestehenden Schranken für Menschen mit Berufsqualifikationen aus Drittstaaten durch Anwendbarkeit des Landes-BQFG Berlin auf die landesrechtlich geregelten

Berufe aufzuheben.

Den im Entwurf des Landes-BQFG Berlin deklarierten Beratungsanspruch begrüßen wir sehr.

Wir vermissen jedoch Regelungen in Bezug auf die Kosten, Gebühren des Anerkennungsverfahrens sowie die Übernahme der entstehenden Kosten bei Nicht-Leistungsbeziehern. Denn bei den reglementierten Berufen ist ohne ein förmliches Anerkennungsverfahren der Zugang zu einer Tätigkeit im erlernten Beruf nicht möglich. Daher empfehlen wir, geeignete Mittel bzw. Maßnahmen sowohl für die Antragsstellung im Anerkennungsverfahren als auch für den Zugang zu Anpassungsqualifizierungen für diejenigen Personen ohne Leistungsbezug zu schaffen, damit qualifizierte Migrant_innen weder berufsfremd noch deutlich unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt werden. Es gilt, die rechtliche Gleichbehandlung bei der Bewertung der Qualifikationen und die Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.
Anmerkungen zu einzelnen Artikeln:
Art . 3 / Lehrer: Landes-BQFG nicht anwendbar!

Nur § 17 (Statistik) und § 19 I, II, IV (Beratungsanspruch) finden Anwendung. Diese Regelung erachten wir als höchst problematisch. Insbesondere für Drittstaatenangehörige muss ein Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren rechtlich verankert werden. Dabei sollte beachtet werden, dass fehlende Qualifikationen durch die Berücksichtigung von Berufserfahrung ausgeglichen werden kann. Es müssen einheitliche Kriterien für ein Anerkennungsverfahren für EU- und Drittstaatsabschlüsse geschaffen werden. Für Abschlüsse aus Drittstaaten wird grundsätzlich nur eine Gleichwertigkeit auf Niveau des 1. Staatsexamens erteilt. Wir würden es begrüßen, wenn Berlin entsprechende Regelungen wie das BQFG-Hamburg bei der Anerkennung von Lehrerberufen anwendet.

Art. 5 / Ingenieure: Landes-BQFG nicht anwendbar!

Lediglich der Personenkreis wurde um Drittstaatenangehörige im jeweiligen Fachrecht erweitert.

Art. 6 / Architekten: Landes-BQFG nicht anwendbar!

Nur § 17 (Statistik) findet Anwendung. Das Gesetz sieht keine Änderungen des gültigen Architekten- und Baukammergesetzes vor. Für EU/EWR/Schweiz-Staatsangehörige und ihnen gleichgestellte Personen gilt aufgrund der EU-Richtlinien eine automatische Anerkennung. Bei Personen mit Drittstaatsabschlüssen wird geprüft, ob Ihre Ausbildung der deutschen gleichwertig ist. Damit bleiben die Unterschiede zwischen EU/EWR/Schweiz-Staatsangehörigen und Drittstaatsangehörigen bestehen.

Das Landes-BQFG findet viel zu häufig keine Anwendung. Damit erfüllt dieser Gesetzesentwurf nicht die Erwartungen an ein Landes-BQFG.
Daher erachten wir eine Nachjustierung des Gesetzes als unabdingbar und hoffen, dass unsere Anmerkungen Gehör finden.

d) Die Aufarbeitungen der rassistischen Morde des so genannten NSU / Umsetzungen der Empfehlungen des NSU Ausschusses

Nach der unfreiwilligen Aufdeckung des NSU im November 2011 hat der TBB einen Aufschrei der Gesamtgesellschaft erwartet, dass Zehntausende auf die Straßen gehen und gegen Rassismus demonstrieren und damit ein Zeichen gesetzt wird, was ausblieb und was bis heute vermisst wird.

Bundeskanzlerin Merkel versprach in ihrer Gedenkrede am 23.02.2012 eine "lückenlose Aufklärung". Aber auch nach drei Jahren sind keine weiteren Schritte zur Veränderung der bisherigen Strukturen eingetreten.

Der Sprecher des TBB, İlker Duyan hat an den Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages regelmäßig teilgenommen.
Der NSU-Bundestagsauschuss hat lobenswerte Arbeit geleistet, auch wenn er das Problem des institutionellen Rassismus weitgehend ausgespart hat.
Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages wurden bisher jedoch kaum umgesetzt.

Dazu ein Beispiel aus Berlin: Der Ausschuss hatte empfohlen, wenn Opfer Migrationshintergrund haben, müsse immer auch in Richtung Rechtsextremismus ermittelt werden. Was aber geschah nach dem Brand in der Mevlana-Moschee? Ein Brandanschlag wurde umgehend verneint. Erst auf öffentlichen Druck wurde auch in diese Richtung ermittelt. Und nach vorliegenden Erkenntnissen handelt es sich tatsächlich um einen professionellen Anschlag.

Da es nun neue Erkenntnisse gibt, sollte es einen weiteren Bundestags-Untersuchungsausschuss geben. Aus Sicht des TBB ist es unverständlich, warum es in Berlin keinen Untersuchungsausschuss gibt. Der Berliner Verfassungsschutz hat Akten geschreddert, die möglicherweise für den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags von Interesse gewesen wären.

Der TBB fordert eine breitere gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung und eine umfassende strafrechtliche Aufklärung aller rassistischen Morde und Anschläge.

Am 19.09.2014 veranstaltete der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) im Tiyatrom in Berlin einen Gedenkabend für die Opfer der NSU-Verbrechen. Die Veranstaltung „Blumen für Otello/Klagelieder” – Gedenkabend für die Opfer der NSU-Verbrechen fand im Rahmen des Aktionstages gegen Rassismus der Antidiskriminierungsstelle des Bundes statt.

30.10.2014 - News

Demo anlässlich des 3. Jahrestages der Aufdeckung der NSU Morde

Rassismus in der Gesellschaft bekämpfen

Aufruf zur Demo in Berlin am Samstag, den 1. November ab 13.30 Uhr, Treffpunkt ist der U Bahnhof Gesundbrunnen/Hanne-Sobeck-Platz

Anlässlich des 3. Jahrestages der unfreiwilligen Aufdeckung der NSU Morde findet am 01.11.2014 um 13.30 Uhr in Berlin eine Demonstration statt.

Organisiert wird diese Demonstration vom "Bündnis gegen Rassismus", zu dessen Unterstützern der TBB gehört.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) fordert eine umfassende strafrechtliche Aufklärung aller rassistischen Morde und Anschläge. Es müssen auch die Personen und Institutionen in den Blick genommen werden, die eine Aufdeckung behindert haben.

Aufgeklärt werden müssen die mittel- und unmittelbaren Verbindungen zu staatlichen Organen sowie die Verantwortung für die sogenannten Ermittlungspannen und Aktenvernichtungsskandale. Daneben ist eine politische Aufarbeitung der Vorgänge und Strukturen notwendig, die zum „Versagen" staatlicher Organe beim Schutz vor rechtsextremen und rassistischen Gewalttaten geführt haben. Jahrelang haben die Ermittlungsbehörden rassistische Mordmotive ausgeschlossen. Die einseitigen Ermittlungen in Richtung „Ausländerkriminalität" haben gedanklich die Opfer zu Mittätern gemacht und die Familien der Opfer auf unerträgliche Weise zusätzlich belastet und schikaniert. Dieser nun eingestandene sogenannte Ermittlungsfehler liegt in den Strukturen und den Denkmustern der Ermittlungsbehörden.

Das Problem heißt Rassismus; im Zusammenhang mit den NSU-Morden institutioneller Rassismus. Aus diesem Grund ist eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung und in den Behörden unabdingbar! Denn wir sind uns alle bewusst, dass die NSU Morde nur die Spitze des Eisberges sind.

Wir rufen alle Berliner_innen auf, für eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus an der Demonstration teilzunehmen!

e) Optionsmodell

Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland und Wegfall der Optionspflicht für in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen –
Seit 01.01. 2000 gilt für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern das Geburtsortprinzip (ius soli). Das heißt, dass diese Kinder mit ihrer Geburt in Deutschland neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Dazu müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein:

- ein Elternteil muss seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland gelebt haben und
- zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzen.

Kinder ausländischer Eltern, die zwischen 1990 und 1999 in Deutschland geboren wurden, konnten neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung (Übergangsregelung des § 40b Staatsangehörigkeitsgesetz) annehmen.

Dazu mussten die Eltern einen entsprechenden Antrag stellen. Deren Kinder haben mit der Einbürgerung eine Einbürgerungsurkunde erhalten. Für sie gelten die gleichen Regelungen, wie für diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit ab dem Jahr 2000 automatisch mit der Geburt in Deutschland erhalten haben.

Mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland ist grundsätzlich die Verpflichtung verbunden, sich mit Vollendung des 21. Lebensjahres zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit der Eltern zu entscheiden (sog. Optionspflicht).

Seit dem 20. Dezember 2014 besteht eine Neuregelung der Optionspflicht.
Mit dem Gesetz wird die Optionspflicht nicht abgeschafft, sondern fortgeführt. Während bisher grundsätzlich alle ius soli-Deutschen optionspflichtig waren, sind mit der Neuregelung durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Zukunft alle durch Geburt eingebürgerten Jugendlichen von der Optionspflicht befreit, die in Deutschland aufgewachsen sind oder als ausländische Staatsangehörigkeit nur die eines EU-Staates oder der Schweiz besitzen.

In Deutschland aufgewachsen ist nach dem Gesetz, wer bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres:

- sich acht Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten hat oder
- sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht hat oder
- über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss
- oder eine in Deutschland abgeschlossene Berufsausbildung verfügt.

Der TBB hat diese Regelung scharf kritisiert. Damit wird unter bis jetzt ungleich Behandelten weitere Ungleichheit geschaffen.

Bis jetzt gab es – wie oben erwähnt – ius soli-Kinder, die dem Optionszwang unterliegen und Kinder, die diesem Zwang nicht unterliegen.
Mit der neuen Regelung gibt es nunmehr unter den ius soli-Kindern, die grundsätzlich dem Optionszwang unterliegen, eine weitere Unterteilung, nämlich diejenigen, die weiterhin optieren müssen und diejenigen, die nicht mehr optieren müssen. Dies ist nicht zu rechtfertigen und hinnehmbar. Neben der politischen Absurdität dieser Regelungen gibt es

auch EU- und verfassungsrechtliche Zweifel an der neuen Regelung. Der TBB wird auch diese Problematik weiterhin verfolgen.

f) Flüchtlingspolitik

Am 18. März 2014 hatten der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), Innensenator Frank Henkel (CDU), Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) und Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) die gütliche Einigung mit den Oranienplatz-Flüchtlingen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz verkündet. Danach würden die Flüchtlinge den Platz räumen, im Gegenzug versprach die unterzeichnende Kolat für den Senat „umfassende Einzelfallprüfungen“, Sprachkurse und Berufsberatungen. Im April 2014 räumten die Flüchtlinge den Oranienplatz.
Der Senat hatte u.a. Folgendes zugesagt:

- Die Übernahme der Zuständigkeiten von anderen Bundesländern
- Intensive Neuprüfung der Asylverfahren
- Ausreichende Beratung vor dem Asylverfahren
- Teilnahme an Deutschkursen
- Verbesserter Zugang zur Ausbildung, zum Studium und zum Arbeitsmarkt

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) forderte durch Pressemitteilungen die vollständige Einhaltung und Umsetzung der Vereinbarung. Der TBB forderte zudem die Gewährleistung der medizinischen Versorgung und eine menschenwürdige Unterbringung.
Es sollte sich aber herausstellen, dass die Oranienplatz-Flüchtlinge ihren Part der Vereinbarung einhielten und den Platz räumten, der Berliner Senat sich jedoch nicht an die Vereinbarung hielt. Innensenator Henkel erklärte im Herbst 2014, dass die Vereinbarung nicht rechtskräftig ist, weil nach seiner Einschätzung Frau Kolat nicht für den Senat zeichnungsberechtigt sei. Der TBB hat in einer Pressemitteilung seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass Innensenator Henkel auf der gemeinsamen Pressekonferenz im Herbst 2014 anwesend war und Monate später für nichtig erklärt hat. Ebenso verwunderlich war es, dass Frau Kolat auf diesen Affront öffentlich überhaupt nicht reagiert hat.

g) EUGH Urteil

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem Urteil vom 10.07.2014 (Doğan./. Bundesrepublik Deutschland, C-138/13) festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland die Regelungen des Assoziierungsvertrages zwischen der Türkei und der EU (damals EWG) verletzt hat.

Der Europäische Gerichtshof hat in seiner Entscheidung festgestellt, dass die 2007 eingeführte Regelung, das beim Familiennachzug vor der Visaerteilung Deutschkenntnisse nachzuweisen ist, für Staatsbürger*innen der Türkei nicht zulässig ist. Laut EuGH-Beschluss in der Rechtssache Doğan verstößt die Sprachanforderung gegen die „Stillhalteklausel/Verschlechterungsverbot“ im Assoziierungsvertrag.

Der EUGH hat die Regelung nur für türkische Staatsangehörige für rechtswidrig erklärt und die Frage, ob solch eine Anforderung auch gegen die EU-Richtlinie über den Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen verstößt, wofür der Generalanwalt plädiert hat, offen gelassen. Allerdings läuft diesbezüglich auch ein Verfahren, dessen Ergebnis vor den Sommerferien 2015 zu erwarten ist.

Dies Sprachanforderung vor Visaerteilung ist nicht nur eine Schikane beim Familiennachzug, sie ist darüber hinaus diskriminierend, weil sie bspw. für Staatsbürger*innen der USA, Kanada, Japan nicht gilt.

Die Bundesregierung weigert sich, dieses klare Urteil umzusetzen und versucht mit spitzfindigen Formulierungen, das Urteil zu umgehen: Nunmehr soll beim Nachzug zu assoziationsberechtigten türkischen Staatsbürger*innen in Deutschland im Härtefall auf den Sprachnachweis verzichtet werden. Als Härtefall soll gelten, wenn es den Ehegatten nicht zugemutet werden kann, vor der Einreise einfache Sprachkenntnisse zu erwerben oder der Spracherwerb trotz ernsthafter Bemühungen ein Jahr lang nicht gelingt.
Nachdem sowohl die Integrationsstaatsministerin Aydan Özoğuz als auch die SPD-Innenminister in den Bundesländern die „vollständige Abschaffung" des Sprachnachweises gefordert hatten, ist dies nicht nur ein juristischer Skandal, sondern auch politisch nicht nachvollziehbar.

h) CERD

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) und Einzelmitglieder des TBB haben im Oktober 2009 Strafanzeige gegen Thilo Sarrazin wegen Volksverhetzung und Beleidigung gestellt. Hierbei handelte es sich um die im Lettre International getätigten Äußerungen, die Berliner „Türken" und „Araber", beschimpfen, verächtlich machen und verleumden und damit einen Angriff auf die Menschenwürde darstellen.
Das Verfahren wurde aber eingestellt, der Widerspruch blieb erfolglos. Damit war der innerstaatliche Rechtsweg erschöpft.

Daraufhin wandte sich der TBB an CERD (UN-Antirassismus-Ausschuss).
Die Entscheidung des Ausschusses ist am 4.4.2013 erfolgt:
„Der Ausschuss kommt daher zu dem Schluss, dass das Versäumnis einer effektiven Untersuchung ……. durch den Vertragsstaat …. eine Verletzung der Konvention (über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung) darstellt."

Der CERD-Ausschuss hat festgestellt, dass trotz vorhandener gesetzlicher Bestimmungen Umsetzung der Bestimmungen des Übereinkommens in der Bundesrepublik in der Praxis unzureichend ist. Der Ausschuss hat die Bundesrepublik aufgefordert, entsprechend zu handeln. Der Ausschuss sprach konkrete Empfehlungen aus. Unter anderem soll die Bundesregierung die Entscheidung der Kommission breit veröffentlichen, auch unter den Strafverfolgungsbehörden, und sowohl die Gesetze und Verfahren als auch ihre Politik in Bezug auf die strafrechtliche Verfolgung rassistischer Diskriminierung überprüfen. Außerdem hat der Ausschuss implizit eine entsprechende Schulung der Staatsanwält_innen und Richter_innen empfohlen.

Die Bundesregierung hat der UN ein konsequenteres Vorgehen zugesagt und die Berliner Staatsanwaltschaft gebeten, die Einstellung des Verfahrens gegen Sarrazin zu überdenken. Die Berliner Staatsanwaltschaft veröffentlichte kurze Zeit später, dass geprüft wurde und es bei der Einstellung des Verfahrens gegen Sarrazin bleiben wird.

Auch wenn die Entscheidung des Ausschusses in einer Individualbeschwerde keine rechtliche Verbindlichkeit hat, so hat sie aber politische Wirkkraft. Deshalb kommt dem hier nach der Entscheidung stattfindenden Follow up Verfahren einen wesentliche Bedeutung zu. In diesem geht es darum, die Umsetzung der Empfehlungen durch die Bundesregierung zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang macht der TBB weiterhin Stellungnahmen an den Ausschuss um den weiteren Verlauf im Sinne der Umsetzung zu begleiten und zu befördern. Der TBB wird auch weiterhin aktiv bleiben, und sich dafür einsetzen, dass diese Entscheidung auch tatsächlich zu den strukturellen Veränderungen führt, die Deutschland braucht, damit rassistische Diskriminierung erkannt und geächtet wird. Das Individualbeschwerdeverfahren der Vereinten Nationen ist somit eine weitere zu bedenkende Möglichkeit in der Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung und stellt eine politisches Instrument da, um sich auf internationaler menschenrechtlicher Ebene für diese Anliegen und Ziele einzusetzen und insgesamt unsere Argumentation zu stärken.

III. Projekte und Beratung

a) Beratung/Recht

1.) „Zentrum für Integration und Partizipation“ – 26.01. – 31.12.2013
2.) „Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation“ – 01.01. – 31.12.2014

1. „Zentrum für Integration und Partizipation“

Der TBB bietet Erst- und Vermittlungsberatung insbesondere in den Bereichen Einbürgerungs- und Aufenthaltsrecht an. Daneben finden kostenlose Rechtsberatungen der Anwälte Meyer/Rosenkranz/Wilken in 14tägigem Turnus und des Anwaltes Carsten Ilius wöchentlich statt. Außerdem bietet Ra Kamer Akgül in allen Rechtsfeldern des türkischen Rechts kostenlose Beratungen an. Ferner werden deutsche Institutionen zum türkischen Recht beraten.

a) Die Beratungstätigkeiten gliedern sich in zwei Gruppen: Es wird eine allgemeine Beratung in Sachen Einbürgerung, Aufenthaltsrecht, Einreise und Familienzusammenführungsformalitäten angeboten. Diese Beratung findet montags (15.00-18.00) und mittwochs (10.00-13.00 Uhr) statt.
b) Die allgemeine Rechtsberatung der Rechtsanwälte Meyer/Rosenkranz/Wilken findet im 14 tägigen Turnus (jeden 1. und 3. Montag jeden Monats) statt. Die allgemeine Rechtsberatung des Anwaltes Carsten Ilius findet in einem 14-tägigen Turnus (jeden 2. und 4. Montag jeden Monats) statt.
c) Die Beratung zum türkischen Recht findet wöchentlich (Montag 16.00 – 18.00 Uhr) statt.

2. „Berliner Zentrum für Kooperation und Partizipation“

Im Rahmen von KoPa berät der TBB:

a) Fortlaufend werden allgemeine Beratungen zu allen relevanten Themenbereichen durchgeführt. Darüber hinaus finden Beratung zu den Themenbereichen Einbürgerung, Aufenthaltsrecht, Einreise- und Familienzusammenführung, Eheschließung und Scheidung statt. Weiterführende Rechtsberatung auch zum türkischen Recht und deutschen Ausländerrecht wird ebenfalls bereitgestellt. Die Rechtsberatungen werden ehrenamtlich von den Rechtsanwälten, Ilius, Kamer und Parlayan wöchentlich angeboten. Seit Oktober bietet der TBB auch in der Ausländerbehörde einmal wöchentlich kostenlose Erstberatung an. Diese wird von Rechtsanwalt Köllner durchgeführt.

   Die thematischen Erfahrungen und Bedürfnisse, die sich aus den Beratungen ergeben, tragen die Mitarbeitenden des Kompetenzzentrums in externe Gremien weiter.

b) Des Weiteren wurden im Rahmen von KoPa Schulungen und Qualifizierungen zu verschiedenen Rechtsgebieten für Einzelpersonen sowie Migrant_innenorganisationen angeboten. Fortbildungen haben zu vier Beratungsrelevanten Rechtsgebieten – Aufenthaltsrecht mit besonderem Fokus auf das Assoziationsabkommen zwischen der BRD und der Rep. Türkei, Staatsangehörigkeitsrecht, Familienzusammenführung sowie zum Strafrecht – stattgefunden.

   Ebenso fanden Organisationsentwicklungsschulungen für Migrant_innenorganisationen statt. Für Migrant_innenorganisationen weuden

Qualifizierungsworkshops angeboten. Die Fortbildungen sind auch offen für nicht organisierte Multiplikatoren und Multiplikatorinnen. Zwei Seminare zur Organisationsentwicklung für Migrant_inneorganisationen haben zu den Themen Zuwendungsrecht auf kommunaler Eben sowie zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stattgefunden. Die Seminare sollten dazu beitragen das Berliner Migrant_innenorganisationen und ihre Entscheidungsträger_innen ihre Möglichkeiten, an kommunalen Entscheidungsprozessen zu partizipieren, kennen und ihre eigenen Initiativen und Projekte umsetzen.

b) Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen

Die Herstellung der Chancengleichheit im Bildungs- und Erwerbsleben ist die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund.

Durch das Angebot der Anerkennungsberatung in der Integration durch Qualifizierung (IQ) Förderphase 2011-2014 unterstützte das Projekt Anerkennungscoaching als Teilprojekt des IQ Netzwerks Berlin (koordiniert durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Frauen), Personen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen durch die Beratung und Begleitung im Anerkennungsverfahren auf dem Weg zur bildungsadäquaten Beschäftigung in Deutschland.

Die Finanzierung des Projektes erfolgte durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Im Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2014 wurden im Projekt insgesamt 870 Beratungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen (inklusive Folgeberatungen) für 502 Personen mit sowohl akademischen als auch nicht akademischen Abschlüssen angeboten.

Zum Umfang der kostenlosen und unabhängigen Beratung und Verfahrensbegleitung zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen gehörten:

- Informationen bzgl. einschlägiger gesetzlicher Grundlagen zur Anerkennung,
- Empfehlung im Hinblick auf den möglichen deutschen Referenzberuf und Ermittlung der für die Antragsstellung zuständigen Stelle,
- Informationen bzgl. der Kosten und der Dauer des Anerkennungsverfahrens und ggf. Unterstützung zur Klärung der Kostenübernahme durch das JC oder die AA,
- Informationen bzgl. der für die Antragsstellung notwendigen Unterlagen und bei Bedarf Unterstützung beim Zusammenstellen,
- Auf Wunsch der Antragsstellenden sprachliche Unterstützung bei der Antragsstellung und dem Antragsverfahren sowie Begleitung zur zuständigen Stelle,
- Nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens Erläuterung der Bescheide und die Klärung des weiteren Vorgehens, sowie ggf. die Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Ausgleichmaßnahmen.

Die Beratung und Begleitung im Anerkennungsverfahren wurde neben Deutsch in türkischer, arabischer, kurdischer und englischer Sprache angeboten.
Für die Umsetzung der Beratung und Verfahrensbegleitung wurden zwei Berater_innen mit 75% Stellenanteil eingesetzt.

Neben der Beratung und Verfahrensbegleitung von Ratsuchenden wurde durch das Teilprojekt ein Konzept mit dem Titel „Professionelles Handeln im Fokus von Antidiskriminierung“ für

Beschäftigte der Berliner Jobcenter und Arbeitsagenturen aus der Empfangs-, Vermittlungs- und Leistungsabteilung zur Stärkung der eigenen Diversity Kompetenz und der Sensibilisierung für das Thema Antidiskriminierung entwickelt und 3 Schulungen (2 davon JC übergreifend) für insgesamt 25 Personen durchgeführt. Dabei wurden den Mitarbeiter_innen die Grundlagen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vermittelt und die Selbstreflexion des eigenen Handelns ermöglicht.
Durchgeführt wurden die Schulungen durch eine externe Honorarkraft.

Als Träger mit besonderer Expertise im Bereich Antidiskriminierung brachte sich das Teilprojekt darüber hinaus seit 2013 aktiv in die Arbeit der IQ Fach-AG "Antidiskriminierung" ein.

Weitere Tätigkeiten im Rahmen des Projektes waren die Teilnahme an diversen Veranstaltungen (insbesondere des Netzwerks) sowie die Durchführung von Schulungen und Workshops. Darüber hinaus verbreitete das Projekt Informationen in Berliner Migranten-Communities bezüglich der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und sensibilisierte diese für dieses Thema.

c) Freiwilliges Soziales Jahr

Das FSJ ist ein gesetzlich geregelter Freiwilligendienst, in dem junge Erwachsene die Möglichkeit erhalten, sich zu engagieren und beruflich zu orientieren. Angesprochen sind Alle, die ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt und das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Die Freiwilligen engagieren sich z. B. in Krankenhäusern, Einrichtungen der Altenpflege, Kindertagesstätten, Behinderteneinrichtungen – aber auch in Schulen, in der Politik, im ökologischen Bereich oder sogar im Ausland (der TBB bietet kein Auslands-FSJ an). Dabei lernen sie die alltäglichen Anforderungen ihres Wunschberufs kennen oder erweitern einfach ihren Erfahrungshorizont.

Der Dienst dauert in der Regel ein Jahr und wird durch gesetzlich anerkannte Träger pädagogisch begleitet. Die Träger organisieren neben der Vermittlung in Einsatzstellen die Durchführung der begleitenden Bildungsseminare mit insgesamt 25 Tagen und stehen den Freiwilligen bei allen Fragen zur Seite.

Während ihres Dienstes erhalten die Freiwilligen ein Taschengeld und sind gesetzlich sozialversichert. Darüber hinaus besteht bis zum 25. Lebensjahr Anspruch auf Kindergeld. Für die Dauer des Dienstes kann ein Visum ausgestellt werden. Ein abschließendes Zertifikat bzw. Zeugnis der Einsatzstelle hilft, sich mit erster positiver Berufserfahrung für Ausbildung oder Studium zu bewerben. Eine Anerkennung des FSJ als Vorpraktikum oder für den praktischen Teil der Fachhochschulreife ist in vielen Fällen möglich.

Hintergrund und Entwicklung

Da in der Bundesrepublik die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund an den Jugendfreiwilligendiensten noch vergleichsweise gering ist, hatten das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Land Berlin zwischen den Jahren 2008 und 2011 3 Migrant_innenorganisationen bei ihrem Weg zur Trägerschaft im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) unterstützt. Dies waren die TGD (ab 2008), etwas später der Club Dialog e.V. und der südost Europa Kultur e.V..

Die Türkische Gemeinde in Deutschland war bundesweit die erste Migrant_innenorganisation, die als selbständiger Träger des FSJ Freiwillige in Einsatzstellen vermittelte und betreute. Zwischen 2011 und 2014 leisteten auch regelmäßig Bundesfreiwilligendienstleistende ihren

Dienst in Einsatzstellen der TGD und des TBB. Der BFD wird aufgrund der Kontigentbeschränkungen durch das BAFzA nicht mehr von uns angeboten. Seit 2012 sind auch die Türkische Gemeinde in Hessen sowie die Türkische Gemeinde in Niedersachsen als Träger des FSJ anerkannt und z.T. aktiv. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg ist seit 2013 in den Ländern Berlin und Brandenburg als Träger anerkannt und tätig.

Nach dem Trägeraufbau des TBB im Zeitraum 2012-13 startete der TBB ab September 2013 die Trägertätigkeit. Die Teilnehmendenzahlen blieben vor Allem zu Beginn noch weit unter der beantragten Summe. Im Verlauf des Zuwendungszeitraums (09-2013 bis 08-2014) konnte eine durchschnittliche Teilnehmendenzahl von 25 je Monat erreicht werden (40 beantragt). Parallel wurde die Trägertätigkeit der TGD mit höheren Teilnehmendenzahlen stabil weiter durchgeführt.

Ab dem 01.09.2014 wurde die Trägertätigkeit der TGD im FSJ vollständig an den Berlin-Brandenburgischen Landesverband der TGD, den Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB), übertragen.

Aktuell betreut das FSJ-Team des TBB über 100 FSJler_innen in ihren Einsatzstellen. Die Freiwilligen kommen aus allen Bundesländern und zum Teil auch aus dem Ausland. Mehr als die Hälfte der Freiwilligen verfügt über eine persönliche oder familiäre Migrationsgeschichte. Fast alle Freiwilligen finden nach ihrem Dienst Eingang in Studium oder Ausbildung – oft auch in ihren Einsatzstellen.

Seminare

Schwerpunkte der gesetzlich vorgeschriebenen Seminare sind Auseinandersetzungen mit und Projekte zu Themen wie Identität, Rassismus, Religion – aber auch zu Themen des Dienstumfeldes wie Umgang mit Behinderung, Krankheit, Drogen, Tod sowie Diversity- und Konflikttrainings.

Entsprechend der Teilnehmendenzahl werden pro Jahr 75 Seminartage in 15 5-Tage-Blöcken inklusive Übernachtung angeboten.

Personal

Die Kerntätigkeiten des Teams bestehen neben der Zielgruppenansprache und Einsatzstellen(neu)gewinnung in:

- der Beratung, Vermittlung, Vertragsschließung und Anmeldung der Interessierten,
- der Organisation und Durchführung der Bildungsseminare in Kooperation v.a. mit den Jugendbildungsstätten Konradshöhe und Kaubstraße
- Einsatzstellenberatung und Einsatzstellenbesuchen,
- Konfliktvermittlung und Vertragslösungsmanagement
- Beratungen in persönlichen Krisen der Freiwilligen
- laufende Dokumentation und administratives Projektmanagement

Der Großteil der Teilnehmenden am FSJ wird durch den TBB als Arbeitgeber verwaltet.

Einsatzstellenträger

- Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH
- Vivantes Rehabilitation GmbH
- Lebenshilfe Berlin gGmbH
- Kindertagesstätten SüdOst Eigenbetrieb von Berlin GmbH
- Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH
- Frecher Spatz e.V.
- VIA Werkstätten gGmbH
- LWB Lichtenberg gGmbH
- Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.
- Wildpark Schorfheide gGmbH

Zuwendungsgeber

- BMFSFJ (teilnehmendenbezogene Festbetragsfinanzierung in Regelförderung und Förderung der pädagogischen Begleitung von Freiwilligen mit erhöhten Förderbedarfen(Sonderförderung))
- Einsatzstellen (Trägerumlagen als dienstzeitbezogene Festbeträge)

Der TBB ist der Zentralstelle dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zugeordnet (Regiestelle).

d) Antidiskriminierungsarbeit

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin ist ein Projekt unter der Trägerschaft des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB) und wird durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Senats von Berlin gefördert.

2013 war ein besonderes Jahr für das Projekt: das ADNB wurde zehn Jahre alt und gleichzeitig gab es personelle Veränderungen. Im Juli 2013 löste Eva Maria Andrades Nuran Yigit als Projektleiterin ab. Aufgrund des Weggangs von Maryam Haschemi Yekani und Moritz Schelkes (Berater_innen) kamen insgesamt im Laufe des Jahres drei neue Mitarbeiter_innen ins Projekt: Berivan Inci (Kultur- und Geschichtswissenschaftlerin), Anh Ngo (Diplom-Pädagogin) und Kerstin Kühn (Volljuristin).

Seit der Gründung des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin (ADNB des TBB) am 16. Juli 2003 leistet das Projekt durch seine Arbeit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Seine Ausrichtung der Antidiskriminierungsarbeit ist sowohl auf regionaler, nationaler als auch europäischer Ebene neu und innovativ. Die Verbindung und Verzahnung der drei Schwerpunktbereiche des ADNB des TBB unter Berücksichtigung der Mehrfachzugehörigkeit bzw. der Mehrfachdiskriminierung erweist sich nicht nur als sinnvoll, sondern als geeignet auch in Zukunft Akzente in der Antidiskriminierungsarbeit zu setzen. Zu den drei Schwerpunktbereichen des ADNB des TBB gehören: (1) Vernetzung, (2) Beratung, Intervention und Prävention und (3) Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Förderung von Gleichbehandlung, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Beratung der von Diskriminierung Betroffenen und deren Unterstützung gehören zu den Zielen und Aufgaben des ADNB des TBB. Mitgetragen wurden diese Ziele durch zwei vom ADNB des TBB initiierten Netzwerke in Berlin: (1) das Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung und

Rassismus, ein breites Bündnis von Berliner Beratungsstellen und -projekten und durch (2) das Berliner Netzwerk von Anwältinnen und Anwälte gegen Diskriminierung.

2014 sind diese beiden Netzwerke zu einem gemeinsamen Netzwerk verbunden worden: dem Interdisziplinären Beratungsnetzwerk. Seit dem treffen sich hier Anwält_innen und Beratungsstellen sechs Mal im Jahr um sich über Ihre Arbeit auszutauschen, sich gemeinsam fortzubilden und Synergien in der Antidiskriminierungsarbeit zu nutzen.

Schwerpunkt unserer Arbeit ist aufgrund der stetig steigenden Anfragen die Beratung. Die Beratungsstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung des ADNB des TBB berät und unterstützt Menschen nicht-deutscher Herkunft und People of Colour, die aufgrund der (zugeschriebenen) ethnischen Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, des Geschlechtes, der Religion, der sexuellen Identität, einer Behinderung oder des Alters Diskriminierung erlebt haben. Ein besonders wichtiger Grundsatz der Beratungsstelle des ADNB des TBB ist das Empowerment der Betroffenen. Darunter wird die Aktivierung und Stärkung des Selbsthilfe- und Handlungspotenzials der Betroffenen gegen deren erlebte Ungleichbehandlung verstanden. Die von Diskriminierung Betroffenen verfügen in der Regel bereits über eine eigene Biografie von erlebter Diskriminierung, die mit Gefühlen von Ohnmacht und Resignation wenn nicht gar "Normalität" einhergeht. Im Laufe der Beratung und Begleitung der Betroffenen gilt es, die Person zu stärken und Möglichkeiten aufzuzeigen, sich gegen die erlebte Ungleichbehandlung zur Wehr zu setzen und sie in Zukunft nicht "einfach so" hinzunehmen.

Ein zentraler Bereich der präventiven Arbeit gegen Diskriminierung ist u.a. auch die gesellschaftliche Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, welches durch die dritte Säule des Projektes „Empowerment und Sensibilisierung“ angegangen und umgesetzt wird. Das ADNB bietet an dieser Stelle verschiedene Veranstaltungen und Trainings an. Die Bildungsarbeit verfolgt dabei zwei Strategien: Empowerment und Sensibilisierung. Zielgruppe für die Empowerment-Veranstaltungen und Trainings sind ethnische Minderheiten und People of Colour, die aufgrund unterschiedlicher Merkmale diskriminiert werden. Zielgruppe für Sensibilisierungs-Veranstaltungen (Rassismuskritik und kritisches *Weißsein* – Praxisreflexionsworkshop) sind Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Wir gehen von dem Grundsatz aus, dass jeder Mensch diskriminiert werden kann, aber auch selber andere diskriminiert. Kein Mensch ist frei von diskriminierendem Verhalten.

Das zehnjährige Bestehen des ADNB des TBB wurde im aktuellen Antidiskriminierungsreport 2011-2013 durch verschiedene Beiträge gewürdigt. Neben einem Rückblick in die zehnjährige Geschichte des Projektes wurden aber auch wieder aktuelle Zahlen und Fälle aus der Beratungsarbeit veröffentlicht.

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB

ADNB

weitere Infos: www.adnb.de

Download Antidiskriminierungsreport
http://tbb-berlin.de/downloads_tbb/ADReport_2011-2013.pdf

IV. Kontakte zu Dachverbänden

a) TGD - Türkische Gemeinde Deutschland

TBB ist Gründungsmitglied der TGD. Auf dem Bundeskongress am 10.-11.05.2014 wurde die Satzung geändert und zwei Vorsitzende eingeführt.

Aus Berlin wurden Safter Çınar (Bundesvorsitzender), Ayşe Demir (Stellvertretende Bundesvorsitzende), Mustafa Doğanay (Stellvertretender Bundesvorsitzender und Kassenwart), Ahmet Esmer, Aylin Koç, Yemliha Koç, İsmet dertli (Föted) in den Bundesvorstand, İlker Duyan und Güray Kişmir als Kassenprüfer gewählt.
Ebenso wurde Gökay Sofuoğlu (Baden-Württemberg) zum Bundesvorsitzenden gewählt.
Es bestand Einigkeit darüber, dass 2017 die Satzung geändert werden soll und mindestens eine/r der Vorsitzenden eine Frau sein muss.

Die TGD ist in wichtigen Gremien wie zum Beispiel an der Steuerungsrunde des bundesweiten Integrationsprogramms des BAMF, im Forum gegen Rassismus, Netz gegen Rassismus, an der Deutschen Islamkonferenz sowie am Integrationsgipfel und dessen Arbeitsgruppen vertreten.
Der TBB hat gemeinsam mit der TGD mehrere Aktionen gegen Rassismus in Deutschland durchgeführt. Dazu gehört u.a. die Aktion „Handeln Jetzt! Es ist 5 vor 12!“ am Tag gegen Rassismus.
Ferner hat der TBB gemeinsam mit der TGD eine Veranstaltung mit dem Dirigenten des Jugend - Philharmonie -Orchesters aus der Türkei (Türkiye Gençlik Filarmoni Orkestrası), Cem Mansur durchgeführt.

b) MRBB - Migrationsrat Berlin Brandenburg

Der Migrationsrat Berlin Brandenburg (MRBB) ist ein Dachverband von Migrantenselbstorganisationen, der 2004 auch mit Hilfe des TBB gegründet wurde. Der Migrationsrat hat im Augenblick 75 Mitgliedsorganisationen, die Menschen von allen Kontinenten vertreten. Satzungsgemäß arbeitet der Migrationsrat ausschließlich zu Berliner und Brandenburger Themen, herkunftslandbezogene Politik ist nicht vorgesehen. Der MRBB versteht sich als Interessenvertretung der Berliner_innen und Brandenburger_innen mit Migrationshintergrund und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Am 16.05.2013 hat der Migrationsrat Berlin Brandenburg einen neuen Vorstand gewählt. Die langjährige Projektleiterin des Antidiskriminierungsnetzwerks des TBB, Nuran Yiğit, ist als eine von drei Sprecherinnen gewählt worden. Auch Didem Yüksel, die als Vertreterin des TBB im letzten Vorstand tätig war, konnte wieder gewählt werden. Der aktuelle Kassenwart des TBB, Güray Kişmir, ist als Kassenprüfer für diese Amtsperiode gewählt worden.

Im Rahmen der 10–Jahres-Feier des Migrationsrat Berlin Brandenburg wurden an Thuy Nonnemann und Riza Baran Preise für ihr außerordentliches Engagement in den letzten Jahren, gar Jahrzehnten verliehen. Der TBB beglückwünscht den MRBB-Vorstand zur Auswahl dieser hervorragenden Persönlichkeiten.

c) ADVD Antidiskriminierungsverbands Deutschland

Der Antidiskriminierungsverbands Deutschland (advd) wurde 2007 in Berlin von verschiedenen im Antidiskriminierungsbereich tätigen unabhängigen Beratungseinrichtungen gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern des advd gehört auch der TBB. Der advd hat sich dabei zum Ziel gesetzt, Qualitätskriterium für eine professionelle Antidiskriminierungsberatung zu erarbeiten und bei den Mitgliedsorganisationen ein kontinuierliches Qualitätsmanagement zu betreiben. Im Jahr 2012 führt der advd ein aus Mitteln der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) gefördertes Projekt zur Qualifizierung von Antidiskriminierungsberater_innen durch. Aus dieser Workshopreihe ist im Mai 2013 eine Handreichung hervorgangen- „Antidiskriminierungsberatung in der Praxis"- an der sich auch das ADNB des TBB beteiligt hatte.

2014 hat der advd den Zuschlag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes erhalten um die sechs bestehenden Netzwerke gegen Diskriminierung, die durch die ADS gefördert wurden, zu schulen.

Darüber hinaus erlaubt es der advd, auch auf Bundesebene mit starker Stimme für einen Ausbau des Antidiskriminierungsschutzes zu sprechen. Aktuell ist der advd auch durch sein Vorstandsmitglied Daniel Bartel im Beirat der ADS vertreten.

Der TBB ist in der Person von Eva Maria Andrades (Projektleiterin des ADNB des TBB) seit 2013 im Vorstand des advd vertreten.

V. TBB als Ansprechpartner der Berliner Politik

05.06.2013 - News

Der Berliner Polizeipräsident besuchte den TBB

Am 05.06.2013 besuchte der Polizeipräsident von Berlin, Klaus Kandt den Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB).

An dem Gespräch nahmen auf Seiten des TBB die Sprecherin Ayşe Demir, die Vorstandmitglieder İlker Duyan, Hümeyra Baykan und Ali Sönmez, sowie der Geschäftsführer Fuat Şengül teil.

Von links: Fuat Şengül, Ayşe Demir, Klaus Kandt, İlker Duyan, Uwe Löher, Hümeyra Baykan, Ali Sönmez

Themen des Gesprächs waren unter anderem rassistische Straftaten, das Racial Profiling, interkulturelle Schulungen, sowie der Migrantenanteil bei der Berliner Polizei.

Der Polizeipräsident, Herr Kandt, zeigte sich den von Seiten des TBB vorgebrachten Themen gegenüber sehr aufgeschlossen und kündigte an, diese nach Möglichkeit zu beachten und aufzunehmen.

Um die angesprochenen Themen ausführlicher zu besprechen, wurden regelmässige Treffen auf Arbeitsebene vereinbart.

19.06.2013 - News

Aufruf an alle Berliner Migrant*innenselbstorganisationen

„Partizipations"-programm ohne Partizipation der Migrant*innenselbstorganisationen!?

In Berlin existiert eine lebendige Vielfalt an Migrant*innenselbstorganisationen (MSO), die der Tatsache Rechnung tragen, dass die Menschen mit Migrationsgeschichte keine homogene Gruppe sind. Durch diese Vielfalt können konkrete Problemlagen und spezifische Zielgruppen angesprochen werden.
Die hier unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen fürchten, dass durch das neue „Partizipations"-Programm der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen diese vielfältige Landschaft zerstört wird, weil das Programm

1. Nicht an den Bedarfen der unterschiedlichen migrantischen Communities ausgerichtet ist,
2. Das Expert*innenwissen der MSOs nicht einbezieht,
3. Die Bedarfe verschiedener Einwanderungsgenerationen ausblendet,
4. Mit dem angedachten Finanzvolumen in Höhe von 1,2 Millionen EURO von Beginn an zum Scheitern verurteilt ist.

Wir erwarten daher,

1. Eine Erhöhung des Finanzvolumens entsprechend der zuvor zu erhebenden Bedarfslagen.
2. Dass über das Programm MSO strukturell gefördert werden.
3. Dass die zeitlich befristete Projektarbeit verwaltungsübergreifend finanziert wird.
4. Die Einrichtung eines transparenten Vergabeverfahrens unter Einschluss unabhängiger, fachpolitischer Expert_innen. Zuwendungs- und Ablehnungsbescheide müssen rechtsmittelfähig sein und sind zu begründen.

Berlin, 13.06.2013

Erstunterzeichner*innen:
1. Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
2. Club Dialog e.V.
3. Kurdische Gemeinde zu Berlin – Brandenburg e.V.
4. Verband für interkulturelle Arbeit Berlin/Brandenburg e.V.
5. Türkischer Bund in Berlin – Brandenburg e.V.
6. Verein Iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.
7. Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant*innen e.V.
8. Polnischer Sozialrat e.V.

Weitere Unterzeichner*innen:
Vision e.V., Kulturelle Vereinigung Gabriela Mistral e.V., Reistrommel e.V., Rroma Informations Centrum e.V., EVIN e.V., Yekmal – Verein der Eltern aus Kurdistan e.V., Ini Rromnja, Kurdisches Zentrum e.V.

(wird ständig aktualisiert)
Bei Mitzeichnung bitte per Mail an kein-wir-ohne-uns@gmx.de mit Absender-Mailadresse der jeweiligen Organisation
Website: http://kein-wir-ohne-uns.webnode.com/

27.12.2013 - News

Brief an Herrn Senator Frank Henkel

Appell: Aussetzen der Optiopnspflicht

Berlin, 27.12.2013

Sehr geehrter Herr Senator Henkel,

die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, appellierte an die Innenminister von Bund und Ländern, die Optionspflicht mit sofortiger Wirkung auszusetzen. Bislang folgte lediglich Hamburg diesem Aufruf. Dort teilte Innensenator Michael Neumann Anfang Dezember mit, dass die Optionspflicht unverzüglich ausgesetzt und niemandem mehr die Staatsbürgerschaft aberkannt wird

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg begrüßt die Entscheidung des Hamburger Innensenators, Neumann, und appelliert an Sie, dem Hamburger Beispiel zu folgen und diese Regelung, die nun laut Koalitionsvertrag abgeschafft wird, mit sofortiger Wirkung auszusetzen.

Solange keine Gesetzesänderung verabschiedet ist, gilt die Optionspflicht und viele Jugendliche, die das 23. Lebensjahr vollenden, werden möglicherweise die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren. Diese Regelung betrifft vor allem junge türkeistämmige Menschen, da die Doppelstaatsbürgerschaft bei EU-Bürger_innen erlaubt ist.

Es macht keinen Sinn, eine Gesetzesbestimmung weiterhin anzuwenden, die bald abgeschafft sein wird. Aus diesem Grund appellieren wir an Sie, die zuständigen Behörden anzuweisen, die Optionspflicht ab sofort nicht mehr zu vollziehen.

Ayşe Demir
Vorstandssprecherin

12.02.2014 - News

TBB besuchte Staatssekretär Bernd Krömer

Am 11.02.2014 hat der Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) den Staatssekretär für Inneres, Herr Bernd Krömer (CDU), getroffen. Dieser Besuch, an dem auf Seiten des TBB die Sprecherin Ayşe Demir, der Sprecher Hilmi Kaya Turan und der Geschäftsführer Fuat Şengül teilnahmen, fand in den Räumen der Senatsverwaltung statt.

Bei dem Treffen wurden von Seiten der TBB-Vertreter_innen verschiedene Themen hinsichtlich der Situation der türkeistämmigen Berliner_innen angesprochen. Hierzu gehört beispielsweise der Umgang Berlins mit der Optionspflicht. Die Vertreter_innen des TBB wiederholten hierbei ihre Forderung nach einer Aussetzung der Optionspflicht bis zur geplanten Änderung der Rechtslage durch die Bundesregierung.

Von links: Fuat Şengül, Ayşe Demir, Bernd Krömer, Hilmi Kaya Turan

Darüber hinaus wurde von den Vertreter_innen des TBB darauf hingewiesen, dass immer noch eine hohe Anzahl an Beschwerden über die Ausländerbehörde an den TBB herangetragen werde. Hierbei wurde die Wichtigkeit der Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde mit Migrationshintergrund, die Schulung der Mitarbeiter_innen zur interkulturellen Kompetenz und die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle betont.

Desweiteren erkundigten sich die Vertreter_innen des TBB über den aktuellen Stand der Ermittlungen zum Mord an Burak B. und bekräftigten den möglichen rassistischen Hintergrund der Tat.

Der Staatssekretär, Herr Bernd Krömer, zeigte sich den von Seiten des TBB vorgebrachten Anliegen gegenüber aufgeschlossen und kündigte an, diese nach Möglichkeit zu beachten und aufzunehmen.

03.04.2014 - News

TBB trifft Leiter der Berliner Ausländerbehörde Engelhard Mazanke

Engelhard Mazanke, Leiter der Berliner Ausländerbehörde, und die Leiterin des Sachgebietes Türkei der Berliner Ausländerbehörde, Angelika Seifert-Weiß, haben gestern (03.April) die Geschäftsstelle des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg besucht. Vorstandssprecherin Ayşe Demir, Vorstandssprecher Mustafa Doğanay sowie Geschäftsführer Fuat Şengül haben seitens des TBB an dem Gedankenaustausch teilgenommen.

2013 haben rund 240.000 Menschen bei der Berliner Ausländerbehörde einen Aufenthaltstitel beantragt. Davon entfielen ca. 10.400 auf Menschen aus der Türkei. Nur etwa 1,5 Prozent von diesen blieb der Aufenthaltstitel versagt.

Neben den Zahlen und dem Verfahren zur Erlangung eines Aufenthaltstitels, wurde über verschiedene Änderungen in den Verwaltungsvorschriften der Behörde gesprochen und Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem TBB und der Ausländerbehörde beleuchtet.

Zum Abschluss des sehr konstruktiv geführten Gespräches wurde ein weiterführender regelmäßiger Austausch vereinbart.

VI. Finanzen

a. Finanzstruktur des TBB

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg erhält Zuwendungen für seine Projekte. Diese Zuwendungen sind zweckgebunden und werden vom Zuwendungsgeber bzw. Dritten geprüft. Maßgeblich für die Entlastung betrachtet der Vorstand das Vereinskonto.

Die finanziellen Ressourcen des TBB für politische Aktivitäten und Veranstaltungen sind begrenzt. Für diese Zwecke sind die Beitragszahlungen der Mitglieder sowie Sponsoren notwendig. Der Vorstand ist sich einig, sämtliche Veranstaltungen mit einer vorliegenden Finanzplanung kostendeckend zu verwirklichen. Sämtliche Ausgaben der Geschäftsstelle wurden insbesondere mit dem Umzug in die neuen Räumlichkeiten geprüft und größtenteils reduziert.

01 – Vereinskonto 2013				
Mitgliedsbeiträge	2.398,28		Miete + Nebenkosten	10.212,75
Spenden	6.210,00		Telekommunikation	1.518,06
Projekteinnahmen diverse	25.804,07		Fachliteratur + Zeitungen	882,15
			Porto	716,69
			Bewirtung	1.150,59
			Sachkosten	5.695,76
			Veranstaltungen	4.972,52
			Versicherungen	1.726,28
			Mitgliedsbeiträge	446,76
			Instandhaltung	8.564,67
			Projekte	18.437,17
			Büro Boppstraße	1.865,00
			Büro Obentrautstraße *	-13.957,13
Summe Einnahmen	**34.412,35**		Summe Ausgaben	**42.231,27**

*Kautionsauflösung

01 – Vereinskonto 2014				
Mitgliedsbeiträge	1.098,83		Miete + Nebenkosten	2.350,00
Spenden	4.910,00		Telekommunikation	861,22
Projekteinnahmen diverse*	18.296,17		Fachliteratur + Zeitungen	59,00
Darlehen	30.000,00		Porto	10,45
Miniprojekte	7.150,90		Bewirtung	531,36
			Sachkosten	7.065,09
			Veranstaltungen	307,32
			Versicherungen	2.511,25
			Mitgliedsbeiträge	376,76
			Instandhaltung	300,00
			Projekte	30.120,37
			Miniprojekte	6.884,80
Summe Einnahmen	**61.455,90**		Summe Ausgaben	**51.377,62**

*Einnahmen aus FSJ-Projekt: 14.881,96€

Es hat lediglich am 28.03.2013 eine Kassenprüfung in den Räumen des TBB stattgefunden. Anwesend waren sämtliche Kassenprüfer. In 2014 konnte bedauerlicherweise kein Termin für eine erneute Prüfung gefunden werden. Ein Bericht der Kassenprüfer_innen liegt zum Zeitpunkt des Drucks nicht vor. Der Vorstand regt seinerseits an, die Bücher des Vereins regelmäßig zu prüfen, um ggf. rechtzeitig etwaigen Unstimmigkeiten entgegenzuwirken.

Weiter unten finden Sie eine kalenderjährliche Aufstellung über sämtliche Konten des TBB bei der Bank für Sozialwirtschaft.

Konten 2013	**Bestand 01.01.2013**	**Einnahmen**	**Ausgaben**	**Gebühren**	**Sollzinsen**	**Bankbestand**
00 - Projekt Zentrum für Integration	486,55	60.026,03	-60.083,56	-7,50	-117,35	304,17
01 - Vereinskonto	**762,77**	**34.412,35**	**-42.231,27**	**-380,36**	**-355,43**	**-7.791,94**
06 - Koordinationsstelle Elternlotsen	-1.522,80	2.112,86	-545,99	0,00	-44,07	0,00
07 - Projekt ADNB	701,43	133.830,12	-135.458,08	0,00	-299,38	-1.225,91
13 - Jugendprojekte	-47.610,85	22.483,81	0,00	-7,50	-2.607,62	-27.742,16
14 - LAP	1.974,20	403,01	-2.374,69	0,00	-2,52	0,00
16 - Coaching	2.225,16	107.911,93	-109.184,24	0,00	-66,14	886,71
18 - Fussballprojekt	0,00	6.800,00	-5.200,00	0,00	-25,90	1.574,10
20 - Tiergarten Gymnasium	0,00	3.600,00	-3.595,44	0,00	-4,56	-0,00
	-42.983,54	**371.580,11**	**-358.673,27**	**-395,36**	**-3.522,97**	**-33.995,03**

Konten 2014	**Bestand 01.01.2014**	**Einnahmen**	**Ausgaben**	**Gebühren**	**Sollzinsen**	**Bankbestand**
00 - Projekt KOPA	304,17	100.489,44	-100.039,82	0,00	0,00	753,79
01 - Vereinskonto	**-7.791,94**	**61.455,90**	**-51.377,62**	**-30,00**	**-223,55**	**2.032,79**
07 - Projekt ADNB	-1.225,91	143.521,16	-143.041,19	0,00	-25,71	-771,65
13 - Jugendprojekte	-27.742,16	28.633,39	0,00	0,00	-891,24	-0,01
16 - Coaching	886,71	116.074,46	-115.753,28	0,00	-4,48	1.203,41
18 - Fussballprojekt	1.574,10	0,00	-1.574,10	0,00	0,00	0,00
22 - Verbraucherschutz	0,00	15.050,00	15.046,60	0,00	0,00	3,40
	-33.995,03	**465.522,35**	**-426.832,01**	**-30,00**	**-1.144,98**	**3.221,73**

Trotz dieser positiven Bilanz nach der zweijährigen Amtszeit des Vorstandes ist hervorzuheben, dass die „Jugendprojekte“ eine starke finanzielle Last darstellen. Lediglich 22.483,81 € sind durch aufwendige Nacharbeit des Vorstandes erstattet worden. Im gleichen Zeitraum musste der Verein aus Eigenmittel an die Zuwendungsgeber (ESF und Land Berlin) für nicht bewilligte Mittel in Höhe von rd. 16.380 € zurückzahlen. Mit dem zinslosen Darlehen des Dachverbandes TGD in Höhe von 30.000,00 € wurden in 2014 die restlichen nicht bewilligten Mittel ausgeglichen und die Zinsbelastung bedient. Ohne diese Zuwendung wäre der TBB nahe der Zahlungsunfähigkeit. Berücksichtigt man die Rückzahlungen aus 2012 in Höhe von rd. 36.000€, ist festzustellen, dass dem Verein aus den „Jugendprojekten“ einen Schaden von mehr als 63.000,00 € entstanden ist. Ob noch weitere Belastungen folgen werden, kann der Vorstand zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend feststellen.

Eine weitere finanzielle Belastung war und bleiben die von den Krankenkassen geforderten Rückzahlungen (siehe auch Vorstandsbericht). Obwohl der TBB keinerlei Zahlungseingänge aus den sog. AAG-Umlagen (Gesetz über den Ausgleich von Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung) der Krankenkassen erhalten hat und diese Beträge ausschließlich auf das Konto der betrügerischen Bande geflossen sind, hat der Verein diese zurück zu erstatten. Trotz zahlreicher Versuche, die geforderten Beträge zu reduzieren bzw. nicht zu zahlen, hat der Vorstand im aktuellen Jahr 2015 Rückzahlungen in Höhe von 7.503,48 € an die BARMER Ersatzkasse geleistet. Die Kosten der Rechtsberatung in dieser Sache belaufen sich auf 6.420,05 €. Ob auch hier noch Forderungen von weiteren Krankenkassen aufkommen, kann der Vorstand zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend feststellen. Auf Grund der Verurteilung eines ehemaligen Mitarbeiters der Techniker Krankenkassen und weiteren Komplizen zu Geld- und Haftstrafen im Prozess in Lübeck im vergangenen Dezember 2014, geht der Vorstand davon aus, dass keine weiteren Rückzahlungen zu erwarten sind.

b. Krankenkassen

Grundlage der Ereignisse ist das „Gesetz über den Ausgleich von Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung (AAG)“ aus dem Jahre 2006. Demnach erstatten die Krankenkassen Arbeitgebern, die weniger als 30 Personen beschäftigen, bei Krankheit der Beschäftigten bis zu 80 % der Entgeltfortzahlung.

TBB (wie auch) TGD hat wie auch andere Arbeitgeber diese gesetzliche Möglichkeit in Anspruch genommen. Ein Rechtsanwalt, den der damalige Vorstandssprecher Hilmi Kaya Turan und das damalige Vorstandsmitglied Aydın Özsoy wegen einer anderen Angelegenheit konsultiert hatte, hatte auf die rechtliche Möglichkeit hingewiesen und ein Abrechnungsbüro, das die diesbezüglichen Formalitäten abwickelt, empfohlen. Herr Turan hat diese Möglichkeit für die TGD und den TBB in Anspruch genommen. Später hat sich herausgestellt, dass dieses Büro diese rechtliche Möglichkeit zum Betrug an den Krankenkassen missbraucht hat.

Bundesweit sind TBB, TGD und andere Arbeitgeber diesem Betrug zum Opfer gefallen. Die Täter haben insgesamt von allen Arbeitgebern 740 000 € ergaunert.
Gegen die Mitarbeiter dieses Abrechnungsbüros hat die Staatsanwaltschaft Lübeck ein Strafverfahren eingeleitet. Der Prozess ist mittlerweile beendet, die Mitarbeiter des besagten Abrechnungsbüros wurden verurteilt.

TBB (wie auch) TGD sind in keine ungesetzlichen Machenschaften involviert gewesen. Beide Organisationen wurden von der Staatsanwaltschaft Lübeck als Geschädigte betrachtet. Hilmi Kaya Turan trat bei dem Prozess als Zeuge auf.

Der TBB hat von den Krankenkassen keine Zahlung erhalten. Die Zahlungen gingen an das erwähnte Büro.

Trotzdem musste der TBB der Barmer Ersatzkasse 7.503,-- € erstatten. Da einer der Verurteilten Mitarbeiter der Techniker Krankenkasse war, vertreten wir den Standpunkt, dass der TBB hier in keiner Zahlungsverpflichtung steht. Wir stehen mit der Techniker Krankenkasse in Verhandlungen.

VII. Aus den Mitgliedsvereinen

(türkisch)
Karadeniz Doğa Çevre Derneği Berlin e.V.

Küreselleşen cağdaş dünyada karadenizin 21nci yüz yılı yakalayabilmesi için bölgenin iyi etüt edilmesi ve dişarıya yönelen kaynakların kısmen bölgeye yönlendirilmesi ile mümkündür. Ayrıca Karadeniz bölgesi bilindiği üzere doğal ve kültürel kaynaklar bakımından oldukça zengindir. Dünya kültür mirası yönündende önemli antik eserleri barındırmaktadır. Nüfus artışı baskısı dışa göç vererek hafifleten. Türkiye'deki Sanayilşme hamlelerinden yeterli payı alamayan Çevre ve doğal kaynaklar bakımından oldukça zengin olan. toplam orman alanı yaklaşık iki milyon hektardır. Bölgede 6 milli park 2 tabiat parkı 10 tabiat koruma bölgesi ilan edilmiştir. Eko turizme öncelik verilmelidir. Kırsal alanda dinlenmek, geleneksel mutfağın keyfini sürmek ve en önemlisi de çevreyi korumak isteyen turistlerin ekolojik turizmi şekillendirmesi turistlerin doğal güzellikler ve hayvan ve bitki yaşamının çeşitliliğini sunan bölge olabilir. Yazları kısmen serin kışları ılıman bir iklim mevcuttur. Ayrıca yaşlılar için huzur evleri meditasyon çiflikleri projeleri geliştirebilinir. Serin iklim şartları dolaysıyla yüksek okul yerleşimine de çok müsattir. Turizim faaliyetleri için de bir kaç farklı öneri "Bisiklete binmek, dağa çıkmak, ata binmek, yüzmek, balık tutmak ve doğada yürümek gibi aktivitelerde bulunmak bir kaç örnek. Alternatif düşünen çevre dostu turistlerin ağaç dikip çevreyi temizlemek, zirve tırmanışı, doğayı koruma da bilgi ve beceri belgeselleri yapımı, dağcılık eğitim kampları, doğa fotoğrafçılığı, yaban hayatı gözlemleri, dağ bisikleti, çevre eğitim kampları, tarihi eser ziyaretleri, kaplıca ziyaretleri ile açısından bölge zenginlik taşıyor. Ayder Yaylası ve Fırtına Vadisi' Kaçkar Dağları Milli Parkı,ikizdere vadisi tabiat harikası yerleridir. Malesef tüm karşı çıkılmasına rağmen HES'ler yapıldı ve geri dönüşü çok zor var olan ikizdere deresinin can suyu ile neyi ne kadar kurtarabiliriz hesabından yola cıkarsak yapmış olduğumuz araştırmada iyi bir alan ataması ve iyi bir projeyle belki de Avrupa Birliği fonları tarafından finanse etmenin yolu bulunursa dere yatağında bulunan taşlarla doğayı fazla zorlamadan 150 - 200 tane gölet yapılabilinir. Bu göletlerde organik alabalık çiftlikleri tehsis edilebilinir. İstihdama da kısmende olsa katkı sunar. Ayrıca bu yapay göl ve göletlerde karadeniz usulü takalarda restoranlar geceleri takalarda otel şeklinde konaklama, vadilerden gelen kuş sesleri arasında gölde meditasyon dinlenme turizmi bu konuda uzak doğu ülkelerinde olduğu gibi, bir cazibe merkezleri olabilir. Doğal varlıkların zarar görmemesini sağlayacak bir çevre bilinci oluşturmak; Kaçkar Dağları Milli Parkı sınırları içerisinde yer alan turizm alanında yörede yatırım yapacak yatırımcıları teşvik edilmesi yol gösterilmesi ayrıca biraz karadenizden dışarı cıkıp munzur deresi vadisinde farklı akasya türlerinden örneğin Türkiye'de 70 bin köy vardır. 70 bin fidan farklı köylerden gençlerle munzur vadisi boyunca ağac dikmek ve belirli aralıklarla bakımlarını yapmak insanlara beraber kardeşce yaşamak şeklindedir.

Hasan Küskü
(Karadeniz-der.) Berlin Almanya

Selbstdarstellung von Türkischer Frauenverein Berlin e.V.

Das Leitbild des Vereins ist, sich für die persönlichen und sozialen Rechte der Frauen und Mädchen in Berlin einzusetzen und beizutragen, dass sie im Kampf für den gesellschaftlichen Frieden und die Demokratie ihren Platz finden und in der Gesellschaft gleichberechtigt und gleichgestellt sind.

Seit dem 8. März 1975 haben wir folgende Grundsätze bei unserer Arbeit verinnerlicht (Siehe u.a. die Satzung des Vereins):

- Solidarität und Gemeinschaftlichkeit gibt uns Stärke
- Frauen sind nicht allein
- Jeder Mensch hat das Recht zu lernen und sich weiter zu bilden
- Frauen haben Entscheidungskompetenz und Recht auf deren Umsetzung
- Integration beginnt mit dem Spracherwerb
- Wir setzen uns für die sozialen und persönlichen Rechte der Frauen ein

Die Ziele des Vereins sind:

- sich für die Gleichberechtigung der Frauen mit Migrationshintergrund sowie ein tolerantes Zusammenleben und -wirken in unserer Gesellschaft einzusetzen.
- gegen Gewalt an Frauen und Kindern zu kämpfen
- gegen jede Art von Diskriminierung und Unterdrückung Stellung zunehmen
- Frauen bei selbstbestimmter Lebensplanung und Berufsfindung bzw. Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen
- Ressourcen erkennen und eigenständiges Handeln der Frauen zu fördern (d.h. der Verein leistet Hilfe zur Selbsthilfe)
- den Frauen und Mädchen die Möglichkeit zu geben, sich zu treffen
- Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Probleme

Zielgruppen der Organisation

- Unsere Zielgruppe ist eine sehr heterogene und vielfältige Gruppe bestehend aus Arbeitsmigrantinnen, Flüchtlingsfrauen, Ehefrauen von Deutschen oder hier lebenden Migranten und Töchtern von Eingewanderten; alle unterschiedlichsten Alter und mit unterschiedlichsten Aufenthaltstiteln.

Angebote des Vereins:
Sozialberatung:

- Familie, partnerschaftliche Konflikte und Kindererziehung
- Schwangerschaft und Familienplanung
- Häusliche Gewalt
- Hilfe in Trennung und Scheidungssituationen
- Möglichkeiten der beruflichen Bildung
- Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit sowie andere rechtliche Themen
- Schuldenregulierung
- Älter werden
- Gesundheit

Beratungszeiten:

Dienstag: 10.00 – 13.00 Uhr
Donnerstag: 12.00 – 15.00 Uhr

Kurse:

- Alphabetisierung: Montag, Mittwoch u. Freitag: 9:00-12:00 Uhr
- Hausaufgabenhilfe: Dienstag und Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr
- Frauengruppe: Montag : 12:00-16:00 Uhr
- Frauengesprächskreis: Mittwoch: 12:00 bis 16:00 Uhr

- Wir organisieren Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen.

Der Türkische Frauenverein Berlin e. V. wird von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen unterstützt.

Migrationberatung für erwachsene ZuwanderInnen*
Montag : 10.00-12.00 Uhr
im BA Friedrichshain-Kreuzberg
Yorckstr.4-11, 10965 Berlin;
Raum 1005
Dienstag: 14.00-16.00Uhr
im Türkischen Frauenverein e.V.

*Gefördert durch Bundesministerium des Innern

Standort der Organisation
Die Räumlichkeiten der Organisation befinden sich in der Jahnstraße 3, 10967 Berlin ist somit gut erreichbar mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die nächstliegende Haltestelle sind: U-Bhf. Hermanplatz und Bushaltestelle Jahnstraße des Bus M41.
Telefon: 030-6923956
Fax: 030-6930110
E-mail: tuerkischer.frauenverein@gmx.de
Homepage: www.tuerkischerfrauenverein-berlin.de

VIII. Pressemitteilungen

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Presseerklärung

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030 – 624 31 20
030 – 6130 43 10
e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 30.01.2013

NEUER VORSTAND BEIM TBB

Nach der Delegiertenversammlung am vergangenen Wochenende hat der neue Vorstand in der konstituierenden Sitzung die Funktionen innerhalb des Vorstandes festgelegt.

Demnach wurden Ayşe Demir, Hilmi Kaya Turan und Mustafa Doğanay zu den Vorstandsprecher_innen gewählt. Desweiteren übernehmen Güray Kişmir die Funktion als Kassenwart und Sevda Polat die der stellvertretenden Kassenwartin.

Der 7-köpfige Vorstand setzt sich außerdem aus diesen Personen zusammen: Hümeyra Baykan und İlker Duyan.

Mehmet Koç, Güngör Demirci und Yeşim Özdinçer sind in dieser Legislaturperiode die Kassenprüfer_innen.

20.06.2013

+++ KEIN WIR OHNE UNS! +++ KEIN WIR OHNE UNS! +++ KEIN WIR OHNE UNS! +++ KEIN WIR

Aufruf an alle Berliner Migrant*innenselbstorganisationen
„Partizipations“-programm ohne Partizipation der
Migrant*innenselbstorganisationen!?

In Berlin existiert eine lebendige Vielfalt an Migrant*innenselbstorganisationen (MSO), die der Tatsache Rechnung tragen, dass die Menschen mit Migrationsgeschichte keine homogene Gruppe sind. Durch diese Vielfalt können konkrete Problemlagen und spezifische Zielgruppen angesprochen werden.
Die hier unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen fürchten, dass durch das neue „Partizipations“-Programm der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen diese vielfältige Landschaft zerstört wird, weil das Programm

1. Nicht an den Bedarfen der unterschiedlichen migrantischen Communities ausgerichtet ist,
2. Das Expert*innenwissen der MSOs nicht einbezieht,
3. Die Bedarfe verschiedener Einwanderungsgenerationen ausblendet,
4. Mit dem angedachten Finanzvolumen in Höhe von 1,2 Millionen EURO von

Beginn an zum Scheitern verurteilt ist.
Wir erwarten daher,
1. Eine Erhöhung des Finanzvolumens entsprechend der zuvor zu erhebenden Bedarfslagen.
2. Dass über das Programm MSO strukturell gefördert werden.
3. Dass die zeitlich befristete Projektarbeit verwaltungsübergreifend finanziert wird.
4. Die Einrichtung eines transparenten Vergabeverfahrens unter Einschluss unabhängiger, fachpolitischer Expert_innen. Zuwendungs- und Ablehnungsbescheide müssen rechtsmittelfähig sein und sind zu begründen.
Berlin, 13.06.2013

Erstunterzeichner*innen:
1. Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
2. Club Dialog e.V.
3. Kurdische Gemeinde zu Berlin – Brandenburg e.V.
4. Verband für interkulturelle Arbeit Berlin/Brandenburg e.V.
5. Türkischer Bund in Berlin – Brandenburg e.V.
6. Verein Iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.
7. Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant*innen e.V.
8. Polnischer Sozialrat e.V.

Weitere Unterzeichner*innen:
Vision e.V., Kulturelle Vereinigung Gabriela Mistral e.V., Reistrommel e.V., Rroma Informations Centrum e.V., EVIN e.V., Yekmal – Verein der Eltern aus Kurdistan e.V., Ini Rromnja e.V., Kurdisches Zentrum e.V.
(wird ständig aktualisiert)

Bei Mitzeichnung bitte per Mail an kein-wir-ohne-uns@gmx.de mit Absender-Mailadresse der jeweiligen Organisation
Website: http://kein-wir-ohne-uns.webnode.de
+++ KEIN WIR OHNE UNS! +++ KEIN WIR OHNE UNS! +++ KEIN WIR OHNE UNS! +++ KEIN WIR

Oranienstr. 53, 10969 Berlin
Tel. 030 / 624 31 20

Obentraustr. 72, 10963 Berlin
Tel. 030 / 23 63 51 00

Presseerklärung
Berlin; den 14.07.2013

„Rassismus ist keine Meinungsäußerung, Rassismus ist ein Verbrechen.“ Catherine Trautmann, ehemalige Bürgermeisterin von Strasbourg und Pressesprecherin und Kulturministerin der Regierung Mitterand

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG AN DEN CERD-AUSSCHUSS: DIE BUNDESREGIERUNG MUSS JETZT HANDELN

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) und der Berliner Landesverband, der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) nahmen die Antwort der Bundesregierung an den CERD-Ausschuss zu Kenntnis und forderten die Bundesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen gegen Rassismus einzuleiten.

Die Sprecherin des TBB, Ayşe Demir appellierte an die Berliner Justiz, zu prüfen ob das wegen Volksverhetzung und Beleidigung gegen Herrn Sarrazin eingestellte Strafverfahren wieder aufgenommen werden könne. Hierzu erwarte der TBB auch eine Aussage des Justizsenators von Berlin, so Demir.

Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat wandte sich an die Bundesregierung, zügig einen Ausschuss bestehend aus dem Ministerium, den Fachleuten und zivilgesellschaftlichen Organisationen einzurichten, der die bestehenden Gesetze auf die Strafbarkeit rassistischer Äußerungen überprüft und Vorschläge hierzu gibt.

Nach Meinung der Türkischen Gemeinde in Deutschland und des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg müssten die Strafparagrafen §130 (Volksverhetzung) und §185 (Beleidigung) deutlich konkretisiert und verschärft werden.

Des Weiteren forderten die TGD und der TBB das Thema Rassismus in der Aus- und Fortbildung von Staatsanwält_innen, Richter_innen und Anwält_innen verstärkt zu berücksichtigen. Die Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle von der Zivilgesellschaft wie in Großbritannien sei auch notwendig, so Kolat und Demir.

Der gesellschaftliche Diskurs über Rassismus müsse in der Gesellschaft breiter debattiert werden, so Kolat und Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 17.07.2013

Presseerklärung

Fall Sarrazin – Entscheidung der Berliner Generalstaatsanwaltschaft
Immer noch nichts dazu gelernt

Heftige Kritik übte der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) an der Entscheidung der Staatsanwaltschaft Berlin, auch nach der UN-Rüge kein Verfahren gegen Thilo Sarrazin wegen Volksverhetzung aufzunehmen.

Auf Antrag des TBB hatte der UN – Antirassismusausschuss CERD den Fall überprüft und war zu dem Ergebnis gekommen, dass Sarrazins Äußerungen über Türken und Araber als „rassistisch" zu bewerten sind. CERD hatte im April d.J. die Bundesrepublik gerügt und ein konsequenteres Vorgehen gegen Rassismus gefordert. Die Bundesregierung hatte der UN ein konsequenteres Vorgehen zugesagt und die Berliner Staatsanwaltschaft gebeten, die Einstellung des Verfahrens gegen Sarrazin zu überdenken.

Auch der TBB forderte die Berliner Staatsanwaltschaft auf, das Verfahren gegen Sarrazin neu aufzurollen, was diese jetzt abgelehnt hat.

Dieses Verhalten der Berliner Staatsanwaltschaft sei inakzeptabel, so der TBB. Erst solche ungeahndeten Äußerungen von Personen des öffentlichen Lebens führten zu Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Offensichtlich habe Berliner Staatsanwaltschaft auch aus der NSU-Affäre nichts gelernt, heißt es weiter in der Erklärung des TBB.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Presseerklärung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 13.08.2013

Rassistischer Übergriff und unterlassene Hilfeleistung des S-Bahn Sicherheitsdienstes

Am 10.08.2013 um 01.25 war Alişan Genç, Gründungsmitglied von TBB, TGD, ehemaliger stellv. Bundesvorsitzender der TGD und ehemaliger Sprecher des TBB, im S-Bahnhof Waidmannslust einem rassistischen Angriff durch zwei junge Männer ausgesetzt.

Die Bundespolizei vertuscht in ihrer Erklärung vom 11.08.2013 den rassistischen Hintergrund des Angriffs und die unterlassene Hilfeleistung durch die S-Bahn Sicherheitsbediensteten. Es ist auffällig, dass die Bundespolizei bemüht ist, die Ausländerkriminalstatistik aufzublähen, jedoch rassistische Übergriffe zu bagatellisieren und aus der Polizeistatistik fernzuhalten.

Zwei junge Männer schlugen einen Jugendlichen, der sich nicht wehrte. Herr Genc forderte die beiden Angreifer auf dies zu unterlassen.

Hierauf wurde Herr Genc von den beiden Männern heftig mit Faustschlägen und Tritten attackiert. Zwei Sicherheitsbedienstete der S-Bahn verweigerten Hilfeleistung und den Notruf an die Polizei. Stattdessen forderten sie die beiden Angreifer auf den S-Bahnhof zu verlassen.

Die beiden Angreifer verließen den Bahnhof, kehrten jedoch nach kurzer Zeit zurück, um ihre Angriffe fortzusetzen. Nunmehr riefen sie „Wir müssen gegen Ausländer und Juden unser Vaterland verteidigen“.

Die Sicherheitskräfte der S-Bahn waren in unmittelbarer Nähe, griffen jedoch nicht ein. Herr Genc musste dreimal eine Bierflasche ergreifen um die Angreifer auf Abstand zu halten. Er wurde hierbei jedes Mal von den S-Bahn Sicherheitskräften gezwungen die Bierflasche abzulegen und sich dem Angriff der beiden Männer erneut auszusetzen.

Der TBB fordert die Bundespolizei auf ihre Erklärung vom 11.08.2013, es handelte sich um eine Anpöbelei eines Ehepaars durch betrunkene Jugendliche mit folgender Schlägerei, zurück zu ziehen und den rassistischen Hintergrund des Angriffs zu ermitteln.

Hilmi Kaya Turan
TBB-Sprecher

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 05.12.2013

TBB fordert sofortigen Stopp der diskriminierenden „Warnspots“ der Berliner Polizei!

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg fordert das sofortige Abschalten der „Warnspots“, mit denen die Berliner Polizei im Berliner Fenster die Bürger_innen vor Taschendieben warnen möchte.

„Wenn in allen drei Videos die Täter scheinbar einen Migrationshintergrund haben, kann nicht von einer Dienstleistung für **alle** Bürger_innen unserer Stadt ausgegangen werden. Damit stellt die Berliner Polizei Menschen nicht-deutscher Herkunft unter Generalverdacht“, erklärte Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des TBB.

„Diese klischeehafte Darstellung von einem einseitigen Täterbild kann nicht hingenommen werden. Die Berliner Polizei muss endlich Themen rund um Migration kritisch reflektieren und Stigmatisierungen vermeiden“, so Demir weiter.

„Diese diskriminierenden Filme widersprechen dem Vorhaben der Berliner Polizei sich interkulturell zu öffnen. Hier benötigt die Berliner Polizei dringend mehr interkulturelle Kompetenz“, sagte Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 11.12.2013

Optionspflicht auch in Berlin aussetzen

Der Sprecher des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, **Mustafa Doğanay**, begrüßte die Entscheidung des Hamburger Innensenators, Neumann (SPD), die Optionspflicht für Jugendliche auszusetzen.

"Dadurch wir verhindert, dass junge Menschen gezwungen werden, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, obwohl diese gesetzliche Regelung bald abgeschafft sein wird," erklärte Doganay.

Der TBB-Sprecher forderte den Berliner Innensenator Henkel auf, dem Hamburger Beispiel zu folgen.

"Der Berliner Senat bzw. Innensenator Henkel täten gut daran, diesem Beispiel zu folgen und auch in Berlin die Optionspflicht auszusetzen. Es macht keinen Sinn, eine Gesetzesbestimmung weiterhin anzuwenden, die bald abgeschafft sein wird", so Doğanay.

Der TBB-Sprecher forderte Bundesinnenminister Friedrich auf, umgehend einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Optionspflicht vorlegen.

"Wir fordern auch eine Regelung, die Jugendlichen, die wegen der Optionspflicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft verzichtet hatten, ermöglicht, ohne Gebühren und komplizierte bürokratische Formalitäten die deutsche Staatsangehörigkeit wieder zu erhalten", sagte Doganay abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 23.02.20153

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) begrüßt die Rücknahme des Polizeivideos in der U-Bahn

Die Sprecherin des TBB, Ayşe Demir, begrüßte die Rücknahme des Polizeivideos über Taschendiebe in den Berliner U-Bahnen.

„Wir begrüßen es, dass die Berliner Polizei die Kritik des TBB und anderer ernst genommen und das Video aus dem Verkehr gezogen hat“, erklärte Demir.

Nach Meinung der Kritiker*innen war das Video geeignet, Ressentiments gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zu schüren.

„Die Tatsache, dass es sich um Originalaufnahmen gehandelt hat, rechtfertigt es nicht, ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund zu zeigen“, sagte Demir.

Die Forderung aus der CDU, bei Straftaten immer auch die Nationalität zu nennen, wies Frau Demir zurück. „So wie es sich bei den NSU-Mördern nicht um Deutsche, sondern um Mörder handelt, geht es auch bei Straftaten um Tat und Täter und nicht um die Herkunft,“ sagte die TBB-Sprecherin abschließend.

Oranienstr. 53, 10969 Berlin
Tel. 030 / 624 31 20

Obentraustr. 72, 10963 Berlin
Tel. 030 / 23 63 51 00

Presseerklärung
Berlin, 28.08.2014

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) und die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) haben die Mevlana-Moschee in Berlin-Kreuzberg besucht, die in der Nacht zum 12. August Ziel – wie mittlerweile die Polizei mitgeteilt hat - eines Brandanschlages gewesen ist.

Der TGD-Bundesvorsitzende Safter Çınar, die stellvertretende TGD-Vorsitzende und Sprecherin des TBB, Ayşe Demir, sowie TBB-Vorstandsmitglied Ali Sönmez trafen sich mit dem Vorsitzenden der Islamischen Föderation Fazıl Altun, dem Gemeinde Vorsteher Hasan Aydın und dem Berater Mustafa Özdemir. Sie besichtigten das innere der Moschee und ließen sich die Stellen zeigen, wo die Brandbeschleuniger gezündet worden waren.

Çınar und Demir kritisierten, dass die Sicherheitskräfte wieder einmal vorschnell einen Anschlag ausgeschlossen haben, dann aber eines Besseren belehrt worden sind.

„Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat in seinem Abschlussbericht ausdrücklich empfohlen, dass in solchen Fällen unbedingt auch in Richtung Rassismus (hier: Islamfeindlichkeit) ermittelt werden sollte. Berlins Innensenator Henkel ist aufgefordert, die Sicherheitsbehörden entsprechend anzuweisen“, erklärte Çınar.
„Der gesellschaftliche Diskurs über Islamfeindlichkeit und Rassismus muss in der Gesellschaft breiter debattiert werden“, erklärte Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 24.01.2014

Viel versprochen – wenig realisiert

TBB-Positionen zu Migration-Integration-Gleichstellung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

Das Ergebnis ist enttäuschend, nicht einmal die von der SPD aufgestellten „rote Linie“ wurden eingehalten.

Grundsätzliches

Die üblichen diffamierenden Aussagen finden sich leider auch in diesem Vertag wieder:
„Für alle gilt selbstverständlich die Werteordnung des Grundgesetzes.“
Dieser Satz suggeriert, dass Menschen mit Migrationshintergrund es nicht besser wüssten und sie deshalb darauf hingewiesen werden müssen, sich an Gesetze zu halten.

Integrationsstaatsministerin

Es ist zu begrüßen, dass die bisherige Integrationsstaatsministerin Prof. Böhmer, die sich eher als Ersatzregierungssprecherin profiliert hat, endlich abgelöst wurde – und durch eine Ministerin mit Migrationshintergrund ersetzt wurde.

Allerdings bleiben die eigentlichen Kompetenzen in diesen Fragen weiterhin beim Bundesinnenministerium, so auch die Zuständigkeit für das BAMF (Bundesamt für Flüchtlinge und Migration). Somit werden die Fragen der Einwanderung und Gleichstellung/Integration weiterhin als „Sicherheitsproblem“ gehandelt. So wurde die Chance verpasst, ein für alle Fragen der Einwanderung und Gleichstellung/Integration zuständiges, kompetentes Ministerium einzurichten.

Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

Es wird eine Änderung des „Anerkennungsgesetzes“ zugesagt, aber diese Überlegungen gehen weiterhin (unausgesprochen) davon aus, dass die im Ausland erworbenen Qualifikationen

nicht gleichwertig sein können und hier ergänzt werden müssen. Das ist für die Neuankömmlinge demotivierend und zeitaufwendig.

Bildung

Auch hier hält sich der Koalitionsvertrag an überholten Positionen, nämlich das Erlernen der deutschen Sprache, dessen Notwendigkeit ohnehin niemand bestreitet.
Über die Anerkennung und Förderung der Herkunftssprache gibt es keine Aussagen.

Obwohl in anderen Bereichen (Sicherheitsapparat, u.a.) öfters von „interkultureller Kompetenz“ die Rede ist, ist bei der angestrebten Qualifikation und Weiterbildung der Fachkräfte im Bildungsbereich von interkultureller Kompetenz keine Rede. Dies kann nur so gedeutet werden, dass die Monokultur und der Assimilationsdruck im Bildungssektor fortgesetzt werden soll. Dies wird wie auch in der Vergangenheit eine Demotivation von Kindern Jugendlichen und Eltern zur Folge haben. Dies kann auch nicht mit den angestrebten „Elternprogrammen“ kompensiert werden.
Antidiskriminierungsstelle des Bundes/Allgemeines Gleichstellungsgesetz (AGG)

Auch die neue Bundesregierung weigert sich, die fehlenden Aspekte der EU-Gleichstellungsrichtlinien umzusetzen, beispielweise eine allgemeine Verbandsklage.
(Artikel 7 (2) der RICHTLINIE 2000/43/EG DES RATES vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft)

Rassismus/NSU

In diesen Bereichen finden sich begrüßenswerte Aussagen, beispielsweise die „Stärkung der interkulturellen Kompetenz m Bereich des öffentlichen Dienstes, insbesondere in den Sicherheitsbehörden.“

Der Vertrag enthält eine allgemein gehaltene Aussage zu sogenannter Hasskriminalität: „.Weil Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Straftaten den besonderen Schutz des Staates verdienen, wollen wir sicherstellen, dass entsprechende Tatmotive bei der konkreten Strafzumessung ausdrücklich berücksichtigt werden.“
Wir erwarten diesbezüglich eine klare Änderung des Strafrechts.

Obwohl UN-Antirassismus-Ausschusses (CERD) in seiner Entscheidung vom 4. April 2013 die Rechtslage und Praxis bei rassistischen Aussagen (Fall Sarrazin) kritisiert hat, gibt es keine diesbezügliche Aussage im Koalitionsvertrag.

Aufenthaltsrecht

Auch hier wird an der bisherigen Politik festgehalten, das Aufenthaltsrecht als zusätzliches Strafrecht einzusetzen („Es bedarf einer Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts im Hinblick auf Täter schwerwiegender Straftaten.“)

Diese Sichtweise geht weiter davon aus, dass diese Menschen nicht zur bundesdeutschen Gesellschaft gehören. Wir lehnen das ab. Wer hier lebt und straffällig wird, sitzt seine Strafe ab und soll hier weiter leben/resozialisiert werden.

(Doppelte) Staatsangehörigkeit

Wie die SPD-Grüne-Regierung im Jahre 2000, die mit der „vollen Mehrstaatigkeit“ in den Wahlkampf gezogen und dann die Mehrstaatigkeit noch mehr eingeschränkt hatte, wurde die „Rote-SPD-Linie“ wieder einmal nicht eingehalten.
Die Aufhebung der Optionspflicht für in der Bundesrepublik geborene Jugendliche ist nicht nur die „halbe Miete“, sondern führt die Diskussion um die Ablehnung der Mehrstaatigkeit ad absurdum.
Die Zahl der Mehrstaatler steigt stetig.
Kinder von bi-nationalen Ehen werden mit beiden Staatsangehörigkeiten geboren und behalten beide ein Leben lang.
Die Zahl der Einbürgerungen „unter Beibehaltung der bisherigen Staatsbürgerschaft“ steigt stetig, im Jahre 2012 betrug sie 50% aller Einbürgerungen.
Mit der neuen Regelung wird die Zahl der Mehrstaatler massiv zunehmen.
EU-Bürger*innen werden unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit eingebürgert.
Die überwiegende Zahl der Jugendlichen, für die das Optionsmodell abgeschafft werden soll, sind Drittstaatler.
Welche Argumente bleiben noch übrig, um auch bei Einbürgerungen von Drittstaatlern die Mehrstaatigkeit zu verweigern?
Nichts, außer verlogener Ideologie, nur zwei Beispiele:

- Als 2000 auf Vorschlag der SPD-FDP-Regierung von Rheinland-Pfalz das Optionsmodell eingeführt wurde, war der Justizminister von Rheinland-Pfalz, der FDP-Politiker Herbert Mertin, ein Deutsch-Chilene.

- Der CDU-Politiker David McAllister war 8 Jahre CDEU-Fraktionsvorsitzender und 4 Jahre Ministerpräsident In Niedersachsen, er hat den deutschen und den britischen Pass.

Abschaffung der Optionspflicht

Laut Koalitionsvertrag soll die Optionspflicht in Zukunft für in Deutschland geborene Kinder abgeschafft werden. In diesem Zusammenhang hat der TBB in einem Brief an Herrn Senator Frank Henkel appelliert, dem Hamburger Beispiel zu folgen…. :

Appell: Aussetzen der Optionspflicht

Sehr geehrter Herr Senator Henkel,

die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, appellierte an die Innenminister von Bund und Ländern, die Optionspflicht mit sofortiger Wirkung auszusetzen. Bislang folgte lediglich Hamburg diesem Aufruf. Dort teilte Innensenator Michael Neumann Anfang Dezember mit, dass die Optionspflicht unverzüglich ausgesetzt und niemandem mehr die Staatsbürgerschaft aberkannt wird
Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg begrüßt die Entscheidung des Hamburger Innensenators, Neumann, und appelliert an Sie, dem Hamburger Beispiel zu folgen und diese Regelung, die nun laut Koalitionsvertrag abgeschafft wird, mit sofortiger Wirkung auszusetzen.
Solange keine Gesetzesänderung verabschiedet ist, gilt die Optionspflicht und viele Jugendliche, die das 23. Lebensjahr vollenden, werden möglicherweise die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren. Diese Regelung betrifft vor allem junge türkeistämmige Menschen, da die Doppelstaatsbürgerschaft bei EU-Bürger_innen erlaubt ist.

Es macht keinen Sinn, eine Gesetzesbestimmung weiterhin anzuwenden, die bald abgeschafft sein wird. Aus diesem Grund appellieren wir an Sie, die zuständigen Behörden anzuweisen, die Optionspflicht ab sofort nicht mehr zu vollziehen.

Ayşe Demir
Vorstandssprecherin

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 07.03.2014

Türkischer Bund begrüßt die vorgesehene Streichung des Begriffs „Rasse“ aus der Berliner Verfassung

Die Sprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, Ayşe Demir, hat die vorgesehene Streichung des Begriffs „Rasse“ aus § 10 Absatz 2 der Berliner Verfassung begrüßt.

„Dieser seinerzeit sicherlich in gutem Glauben benutze Begriff impliziert die Existenz menschlicher ‚Rassen‘ und führt zu Rassismus“, erklärte die TBB-Sprecherin. Wissenschaftlich sei klar, dass es keine “Rassen“ innerhalb der Menschen gebe.

Es sei höchste Zeit, dass Berlin hier eine zeitgemäße Formulierung findet, erklärte Ayşe Demir.

Demir warnte davor, die Diskussion um die geeignete Formulierung unnötig in die Länge zu ziehen. Die „ethnische Zugehörigkeit“ wäre eine mögliche Alternative.

TBB-Sprecherin Demir forderte in diesem Zusammenhang auch, ein Verbot der Verbreitung „rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankengutes“ in die Berliner Verfassung aufzunehmen.

Ayşe Demir

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 22.05.2014

TBB ruft alle wahlberechtigten Berliner_innen zur Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament auf sowie zur Beteiligung am Volksentscheid

In Deutschland und Europa versuchen rassistische und rechtspopulistische Parteien mit migrant_innenfeindlichen Parolen Wählerstimmen für die Europawahl zu gewinnen.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) als weltpolitisch neutrale Organisation spricht keine Wahlempfehlung aus, sondern ruft alle wahlberechtigten Berliner_innen dazu auf, am kommenden Sonntag, den 25.05.2014, zur Wahl zu gehen und eine der demokratischen Parteien und deren Kandidat_innen zu wählen.

Auf diese Weise soll ein deutliches Zeichen für ein weltoffeneres Deutschland und Europa sowie gegen Rassismus und Rechtspopulismus gesetzt werden.

Wer nicht zur Wahl geht, überlässt die Zukunft Europas anderen. Wer nicht wählt, stärkt die Falschen.

Ebenso ruft der TBB alle wahlberechtigten Berlin_innen auf, sich am Volksentscheid zur Zukunft des Tempelhofer Feldes zu beteiligen. Der TBB möchte hierbei die Wichtigkeit von Volksentscheiden als demokratisches Mittel der politischen Einflussnahme hervorheben.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 24.07.2014

Kein Platz für Antisemitismus in Berlin

Eines der politischen Ziele des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB) ist die Bekämpfung jeglicher Diskriminierung.

Deshalb hat sich der TBB der Strafanzeige des Abgeordneten Hakan Taş gegen den Prediger der Neuköllner Al-Nur-Moschee angeschlossen.

Kritik an der derzeitigen israelischen Politik ist in einer Demokratie selbstverständlich. Dies gibt aber niemandem das Recht, Antisemitismus bzw. Hass gegen Menschen jüdischen Glaubens zu schüren.

Antisemitismus, Hass und Rassismus dürfen keinen Platz in Berlin haben.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 25.07.2014

Wo war Herr Dreggers „Sechs-Stufen-Plan gegen Rassismus“?

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat den Vorstoß des integrationspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Burkard Dregger, bezüglich eines „Sechs-Stufen-Plan zur Bekämpfung des Islamismus“ als „populistisch“ kritisiert.

Dass der TBB sich jederzeit und gerade auch in der aktuellen Situation gegen Antisemitismus und religiösen Fanatismus gewandt habe, stehe außer Zweifel, erklärte der TBB.

Dreggers Äußerungen über das angebliche "verbreitete multikulturelle Wunschdenken" in diesem Zusammenhang zeigten, dass Herr Dregger versuche, aus dem legitimen Anlass einen ideologischen Kampf zu entfachten.

Ein so vehementes Auftreten gegen Rassismus, gar ein „Sechs-Stufen-Plan gegen Rassismus“ seitens Herrn Dregger sei allerdings nicht bekannt.

Der TBB beteilige sich seit Jahren an der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und religiösem Fanatismus. Allerding werde sich der TBB von Herrn Dregger nicht vorschreiben lassen, wo und in welcher Weise der TBB dies tun werden, heißt es abschließend in der Erklärung des TBB.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 23.02.20154

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) fordert lückenlose Aufklärung des Brandes der Mevlana-Moschee in Berlin

In einer ersten Stellungnahme zum Brandanschlag auf die Mevlana-Moschee in Berlin-Kreuzberg fordert der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg eine lückenlose Aufklärung des Tathergangs und der Motive.

Dazu erklärte Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des TBB: „Statistiken der Bundesregierung bestätigen, dass die Angriffe auf Moscheen in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Parallel dazu hat die Islamfeindlichkeit in Deutschland stark zugenommen. Das bereitet uns große Sorge."

„Aus diesem Grund fordern wir eine lückenlose Aufklärung - mit einem besonderen Augenmerk auf einen möglichen islamfeindlichen und rassistischen Hintergrund", so Demir weiter.

Von der Politik erwartet der TBB ein klares Bekenntnis und eine eindeutige Verurteilung der Angriffe auf Moscheen.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 27.08.2014

Pressemitteilung zum zehnjährigen Bestehen des Migrationsrates Berlin-Brandenburg

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg e.V. gratuliert als Gründungsmitglied dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. ganz herzlich zu seinem zehnjährigen Jubiläum!
Seit seinem Bestehen leistet der Migrationsrat Berlin-Brandenburg mit außerordentlichem Engagement einen wichtigen Beitrag für ein friedliches und gegenseitig anerkennendes Miteinander aller in Berlin lebender Menschen.

Ebenso wie der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg setzt sich der Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. gegen Rassismus und Diskriminierungen jeglicher Art ein und erinnert die Berliner Verwaltung stets an ihren Auftrag und ihre Verantwortung mehr Teilhabegerechtigkeit für alle in Berlin herzustellen.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg wünscht dem herkunftsübergreifend arbeitenden Migrationsrat Berlin-Brandenburg auch weiterhin viel Erfolg, Ausdauer und Aufmerksamkeit für seine Arbeit.

TBB Vorstand

Oranienstr. 53, 10969 Berlin
Tel. 030 / 624 31 20

Obentraustr. 72, 10963 Berlin
Tel. 030 / 23 63 51 00

Presseerklärung
Berlin, 28.08.2014

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) und die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) haben die Mevlana-Moschee in Berlin-Kreuzberg besucht, die in der Nacht zum 12. August Ziel – wie mittlerweile die Polizei mitgeteilt hat - eines Brandanschlages gewesen ist.

Der TGD-Bundesvorsitzende Safter Çınar, die stellvertretende TGD-Vorsitzende und Sprecherin des TBB, Ayşe Demir, sowie TBB-Vorstandsmitglied Ali Sönmez trafen sich mit dem Vorsitzenden der Islamischen Föderation Fazıl Altun, dem Gemeinde Vorsteher Hasan Aydın und dem Berater Mustafa Özdemir. Sie besichtigten das innere der Moschee und ließen sich die Stellen zeigen, wo die Brandbeschleuniger gezündet worden waren.

Çınar und Demir kritisierten, dass die Sicherheitskräfte wieder einmal vorschnell einen Anschlag ausgeschlossen haben, dann aber eines Besseren belehrt worden sind.

„Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat in seinem Abschlussbericht ausdrücklich empfohlen, dass in solchen Fällen unbedingt auch in Richtung Rassismus (hier: Islamfeindlichkeit) ermittelt werden sollte. Berlins Innensenator Henkel ist aufgefordert, die Sicherheitsbehörden entsprechend anzuweisen“, erklärte Çınar.
„Der gesellschaftliche Diskurs über Islamfeindlichkeit und Rassismus muss in der Gesellschaft breiter debattiert werden“, erklärte Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 09.09.2014

Wo bleibt der Respekt? Wo bleibt die Menschenwürde?

Nachdem der Senat großmündig die Vereinbarung mit den Oranienplatz-Flüchtlingen angekündigt hat, scheint er offenbar nicht willens oder wegen interner Querelen nicht in der Lage, diese auch umzusetzen.

Der Senat hatte u.a. Folgendes zugesagt:

- Die Übernahme der Zuständigkeiten von anderen Bundesländern
- Intensive Neuprüfung der Asylverfahren
- Ausreichende Beratung vor dem Asylverfahren
- Teilnahme an Deutschkursen
- Verbesserter Zugang zur Ausbildung, zum Studium und zum Arbeitsmarkt

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) fordert die vollständige Einhaltung und Umsetzung der Vereinbarung. Der TBB fordert zudem die Gewährleistung der medizinischen Versorgung und eine menschenwürdige Unterbringung.

„Es kann nicht sein, dass der Innensenator Henkel zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit und der Integrationssenatorin Kolat im März das „Einigungspapier Oranienplatz“ auf einer Pressekonferenz vorstellt und nun ein solcher Rückzieher gemacht wird“, sagte Demir, „Wo bleibt der Respekt?“ Wo bleibt die Menschenwürde?“

„Die Konflikte innerhalb der Senatsverwaltungen werden auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. Wenn die Integrationssenatorin Kolat nicht in der Lage ist, ihr Versprechen einzuhalten, sollte der Regierende Bürgermeister seine Richtlinienkompetenz einsetzen“, so Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 03.11.2014

TBB begrüßt die Erweiterung der Stadionordnung von Hertha BSC

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat die Erweiterung der Stadionordnung von Hertha BSC begrüßt.

Dazu erklärte Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des TBB: „Wir begrüßen es, dass Hertha BSC das Tragen von Symbolen der Hooligan-Vereinigung `HoGeSa` bei vereinseigenen Veranstaltungen verboten und damit ein Zeichen gesetzt hat."

„Als Berliner Verband freuen wir uns, dass Hertha BSC - wie einige Fußballvereine es bereits getan haben – nun auch ein eindeutiges Zeichen setzt und erklärt hat, dass Kleidungsstücke und Symboliken mit den Schriftstücken 'HoGeSa' und 'Gnuhonnters' unter den Passus der Stadionordnung fallen, der das Tragen von Kleidungsstücken oder das Zeigen von Symbolen, die Schriftzüge mit rassistischen, gewaltverherrlichenden oder diskriminierenden Tendenzen enthalten, verbietet", so Demir weiter.

„Wir hoffen, dass die Clubs in allen Ligen dem Beispiel von Hertha BSC und anderen Fußballvereinen folgen", sagte Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 20.11.2014

Den Worten müssen Taten folgen

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat die gemeinsame Erklärung der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zur Lage der der Flüchtlinge in Berlin begrüßt. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Menschen, die aus Angst um ihr Leben nach Deutschland geflüchtet sind, verdienen unsere Zuwendung und unsere Solidarität."

Dazu erklärte Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des TBB: „Die Ernsthaftigkeit dieser Aussage wird daran zu messen sein, ob die Zusagen in der Vereinbarung mit den Oranienplatz-Flüchtlingen auch eingehalten werden."

Der Senat hatte u.a. Folgendes zugesagt:

- Die Übernahme der Zuständigkeiten von anderen Bundesländern
- Intensive Neuprüfung der Asylverfahren
- Ausreichende Beratung vor dem Asylverfahren
- Teilnahme an Deutschkursen
- Verbesserter Zugang zur Ausbildung, zum Studium und zum Arbeitsmarkt

Der TBB forderte zudem, dass den nach Berlin gekommenen Flüchtlingen die medizinische Versorgung gewährleistet wird und sie endlich **menschenwürdig** untergebracht werden.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 11.12.2014

Sofortiger Winterabschiebestopp für Flüchtlinge

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat den gemeinsamen Antrag von Die Linke, Bündnis90/ Die Grünen und Piraten, einen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge zu erlassen, begrüßt.

Dazu erklärte Ayşe Demir, Vorstandessprecherin des TBB: „Es ist menschenunwürdig und verantwortungslos, wenn Menschen in Länder abgeschoben werden sollen, wo sie Diskriminierungen ausgesetzt sind und mit großer Wahrscheinlichkeit keine Unterkunft und andere Unterstützungen haben werden.

Demir appellierte an den designierten Regierenden Bürgermeister Michael Müller dem Beispiel Thüringens und Schleswig-Holsteins zu folgen und ebenfalls einen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge anzuordnen.

„Die Einmischung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière an Schleswig-Holstein ist völlig unangebracht, denn gemäß Artikel 60a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes darf die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen einen bis zu sechsmonatigen Abschiebestopp erlassen“, so Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 12.12.2014

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller verpasst guten Einstieg

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat bedauert, dass das Abgeordnetenhaus einen sofortigen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge abgelehnt hat.

„Es ist menschenunwürdig und verantwortungslos, wenn Menschen in Länder abgeschoben werden sollen, wo sie Diskriminierungen ausgesetzt sind und mit großer Wahrscheinlichkeit keine Unterkunft und andere Unterstützungen haben werden“, so der TBB.

Berlin hätte dem Beispiel Thüringens und Schleswig-Holsteins folgen und ebenfalls einen Winterabschiebestopp für Flüchtlinge anordnen sollen.

„Der Regierende Bürgermeister Michael Müller verpasst guten Einstieg; ein Winterabschiebestopp für Flüchtlinge wäre eine gute humane Geste gewesen,“ heißt es abschließend in der Erklärung des TBB.

Oranienstr. 53, 10969 Berlin
Tel. 030 / 624 31 20

Obentraustr. 72, 10963 Berlin
Tel. 030 / 23 63 51 00

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 05.01.2015

BERLIN SETZT ZEICHEN GEGEN ISLAMFEINDLICHKEIT, RASSISMUS UND AUSGRENZUNG

Am heutigen Montag plant der sog. “Patrioten e.V.” ein “Pegida”- Ableger unter dem Namen “Bärgida” eine Demonstration.
Es sind zwei Gegenveranstaltungen gegen dieses Vorhaben vorgesehen:

- **Montag, 5. Januar, ab 17:00 Uhr,**
  Stralauer Straße /Ecke Jüdenstraße
  (U2 Klosterstraße; Nähe Alexanderplatz/Jannowitzbrücke)

Zu dieser Demonstration haben zahlreiche Organisationen, darunter der Flüchtlingsrat Berlin, aufgerufen.

- **Montag, 5. Januar, ab 18:00 Uhr**
  Kundgebung am Brandenburger Tor

Zu dieser Kundgebung hat die Türkische Gemeinde zu Berlin aufgerufen.
In den letzten Wochen haben islamfeindliche, flüchtlingsfeindliche und rassistische Aktivitäten zugenommen und erhalten Zuspruch und Zulauf aus der Gesellschaft. Diese Tendenzen werden zudem gefördert durch unsinnige Vorschläge aus den Parteien der Mitte, wie bspw. der Vorschlag der CSU, dass Migrant*innen zuhause Deutsch sprechen sollten oder die Forderung zur noch weiteren Einschränkung des Grundrechts auf Asyl.

Eine ähnliche Atmosphäre hatte in den 90er Jahren zu zahlreichen rassistischen Angriffen auf und Morden an Migrant*innen und Flüchtlingen geführt.

Dies darf sich nicht wiederholen!

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (**TGD**) und sein Landesverband, der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (**TBB**) unterstützen beide Veranstaltungen und rufen die Berlinerinnen und Berliner auf, daran teilzunehmen.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg · Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 05.01.2015

Die Berliner Polizei kommt ihrer Vorbildfunktion nach: Zahl der Migrantinnen und Migranten bei der Berliner Polizei steigt

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) hat die Aussagen des Polizeipräsidenten Klaus Kandt zur Einstellung von Migrant*innen bei der Berliner Polizei begrüßt.

„Wir begrüßen die Offenheit der Berliner Polizei für Migrant*innen“, sagte Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des TBB.

Damit komme die Berliner Polizei den Vorgaben des Berliner Partizipations- und Integrationsgesetzes nach, mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einzustellen und habe die Zahl der Migrantinnen und Migranten bei Neueinstellungen erhöht.

Es sei sehr wichtig, dass insbesondere öffentliche Einrichtungen die kulturelle und ethnische Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

„Insbesondere begrüßen wir die Aussage, dass in naher Zukunft Menschen mit Migrationshintergrund in Führungspositionen bei der Polizei aufrücken würden “, sagte Demir abschließend.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de

http://www.tbb-berlin.de

Berlin, 07.01.2015

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) verurteilt antisemitischen Angriff in Berlin

In der Neujahrsnacht wurde in der Berliner U-Bahn ein Fahrgast antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen.

Der TBB verurteilt diesen feigen Angriff auf das Schärfste.

Eines der politischen Ziele des TBB ist die Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und jeglicher Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Antisemitismus, Hass und Rassismus dürfen keinen Platz in Berlin haben.

Der TBB wünscht dem Opfer baldige Genesung.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

Pressemitteilung

Oranienstr. 53, 10969 Berlin

☎ 030 – 624 31 20

🖷 030 – 61 30 43 10

e-mail: info@tbb-berlin.de
http://www.tbb-berlin.de
Berlin, 09.01.2015

Demonstrationsaufruf für eine friedliche und solidarische Gesellschaft!

Islamfeindliche, flüchtlingsfeindliche und rassistische Aktivitäten nehmen immer weiter zu und erhalten weiterhin großen Zuspruch und Zulauf aus der Mitte der Gesellschaft.

Angesichts der anhaltenden rechtspopulistischen und rassistischen Aufmärsche in Berlin und anderen Städten in Deutschland wird kommenden Montag, 12.01.2015 um 17.00 Uhr erneut eine Gegendemonstration in Berlin stattfinden. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg unterstützt diese Gegendemonstration und ruft alle Berlinerinnen und Berliner auf daran teilzunehmen.

Gemeinsam gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung auf die Straße!

Montag, 12.01.2015, 17 Uhr, Bundeskanzleramt / Bundestagswiese

12.01.2015

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg
Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu
Turkish Union in Berlin-Brandenburg • Union Turc de Berlin-Brandenbourg

mieterstadt.de
Netzwerk für soziales Wohnen und bürgernahe Stadtentwicklung e.V.

Einladung zu
Pressekonferenz/ Pressegespräch
am 14. Januar 2015 um 12.00 Uhr
beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB)
in der Oranienstraße 53 in 10969 Berlin

Erstmalig auf bundesweitem Wohnungsmarkt: Berliner Gericht verurteilt Vermieterin zur Zahlung von 30.000 Euro wegen ethnischer Diskriminierung von türkeistämmiger Familie

Das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg hat jetzt ein für das Antidiskriminierungsrecht wegweisendes Urteil gefällt. In dem Verfahren hatte eine Familie mit türkischer Migrationsgeschichte aus dem Fanny-Hensel-Kiez (Berliner Sozialer Wohnungsbau) die Vermieterin auf Zahlung einer Entschädigung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verklagt. Diese hatte von der Mietpartei u.a. eine diskriminierende Mieterhöhung verlangt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Vermieterin u.a. ungerechtfertigt von der Familie eine wesentlich höhere Miete verlangte als von den anderen Mietparteien, die nicht türkischer oder arabischer Herkunft sind. Betroffen von dieser Ungleichbehandlung sind zudem zwei weitere arabischstämmige Familien in der Wohnanlage, die sich ebenfalls gerichtlich zur Wehr setzen.
In Zeiten, in denen zunehmend rassistische Diskurse in den Brennpunkt aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen treten, setzt das Urteil damit ein deutliches Zeichen für die Gleichheit der Menschen jedweder Herkunft. Im Urteil heißt es:

> *„Die Beklagte hat den Klägern durch ihr Verhalten zu verstehen gegeben, dass diese aufgrund ihrer Herkunft und dem hiermit im Zusammenhang stehenden kulturellen Hintergrund nicht in das von der Beklagten verfolgte Miet- und Wohnkonzept passen, ohne dass die Kläger hierzu einen Anlass gegeben hätten. Es entsteht der Eindruck, die Beklagte fürchte durch Mieter türkisch-orientalischer Herkunft bzw. arabischer Herkunft eine Abwertung der Wohnanlage, die durch Mieter europäischer Herkunft nicht zu befürchten sei. Die damit vermittelte krasse Abwertung, Ausgrenzung und massive Ungerechtigkeit greift als erheblich verletzend in den Kernbereich des klägerischen Persönlichkeitsrechts ein. Es wird so nicht nur deutsches Verfassungsrecht verletzt, das die Gerichte im Rahmen der Beurteilung zu berücksichtigen haben, sondern auch tragende europäische Rechtsgrundsätze (vgl. nur Richtlinie 2000/43 EG des Rates v. 29.06.2000, Art. 21 EU-Grundrechtecharta).“*

An diesem Fall wird auch erneut deutlich, welcher Willkür insbesondere die Sozialmieterinnen und Sozialmieter aufgrund eklatanter Fehlentwicklungen in der Berliner Wohnungspolitik ausgesetzt sind.
Auch dieser Aspekt wird wichtiges Thema der Darstellung auf der Pressekonferenz sein, an der neben TBB und dem Netzwerk mieterstadt.de auch die Betroffenen und ihr Rechtsanwalt teilnehmen werden.

Kontakt:
info@tbb-berlin.de, Eva Maria Andrades, 030-61305328
info@mieterstadt.de

IX. Presseausschnitte

22.03.2013, Sabah

Aşırı sağ zehirini semaya uçurdular

ALMANYA Türk Toplumu (TGD) öncülüğünde geçen yıl başlatılan 21 Mart Dünya Irkçılıkla Mücadele Günü'nde, Berlin'nin birçok semtinde saat 12'ye 5 kala ırkçılık protesto edildi. Aşırı sağ karşıtı sloganların yer aldığı siyah balonlar uçuruldu. Kreuzberg meydanındaki eyleme Yeşiller Partisi Eşbaşkanı Claudia Roth, Sol Parti Eşbaşkanı Katja Kipping, Berlin Eyalet Milletvekilleri Hakan Taş ve Turgut Altuğ, TBB sözcüsü Hilmi Kaya Turan ile Alman ve çok sayıda Türk katıldı. Türkçe ve Almanca "Türk olarak geldik, Alman olarak çalıştık", "Irkçılık öldürür", "Irkçılık öldürücü zehri içinde barındır" yazılı pankartların taşındığı gösteride, ırkçılığa karşı sembolik olarak siyah balonlar uçuruldu. Balonlar çevredeki esnafa da dağıtıldı.

Almanya'da temel demokratik haklar konusunda ciddi sorunlar bulunduğuna dikkati çeken Claudia Roth, "Irkçılık, ayrımcılık, cinsiyet ayrımlılığı var. İnsanlar inançları, ten renkleri, kökenleri nedeniyle ayrımcılığa ve saldırıya uğruyor. O nedenle bugün önemli bir gün. Alman Anayasası'nın birinci maddesi 'İnsanın yaşama hakkı (varlığı) dokunulmazdır' diyor. 'Almanların hayatı dokunulmazdır' demiyor" dedi. Sol Parti Eşbaşkanı Katja Kipping de, "Maalesef ırkçı inanç ve terör Almanya'nın derinliklerine nüfuz etmiş durumda" dedi.

Mesut HASTÜRK

'Her gün mücadele edilmeli'

BERLİN'İN Tempelhof-Schöneberg Belediyesi de, düzenlediği etkinlikle "ırkçılığa hayır" dedi. SPD'li Belediye Başkanı Angelika Schöttler ve Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu'nun (TBB) çağrısıyla belediyenin uyum sorumlusu Gabriele Gün Tank'ın organize ettiği protesto eylemi belediye önünde yapıldı. Resmi etkinlik düzenlenen üç belediyeden biri olan Tempelhof-Schöneberg Belediye Başkanı Angelika Schöttler, "Irkçılığa meydan vermemez gerekir ve aşırı sağla yılda bir kez değil her gün mücadele etmek gerekir" dedi.

Mesut HASTÜRK /*BERLİN*

18.04.2013, Der Tagesspiegel 1

UN rügen Deutschland wegen Sarrazin

von Fatina Keilani

Türken und Araber unterwandern uns durch eine hohe Geburtenzahl und sind weitgehend nutzlos - diese Ansichten Thilo Sarrazins, die er 2009 sinngemäß äußerte, ließ der Staat als Meinungsäußerung durchgehen. Zu Unrecht, findet nun der Antirassismus-Ausschuss der UN - und setzt Deutschland ein Ultimatum.

Deutschland ist vom Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen gerügt worden, weil es Thilo Sarrazin dessen umstrittene Äußerungen zu Türken und Arabern hat durchgehen lassen. Was von der hiesigen Staatsanwaltschaft als Ausdruck freier Meinungsäußerung gewertet worden war, ist auf der völkerrechtlichen Ebene als Rassismus eingestuft worden. Das Unterlassen strafrechtlicher Ermittlungen stelle einen Verstoß gegen das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung dar, so der Ausschuss.

Beim Türkischen Bund Berlin-Brandenburg (TBB), auf dessen Initiative hin dies geschah, freute man sich am Mittwoch zwar über den Erfolg, will aber offiziell erst am Donnerstag bei einem eigens anberaumten Termin etwas sagen.

Welche Folgerungen aus dieser Rüge zu ziehen seien und welche Gesetze vielleicht geändert werden müssten, das werde sich nun zeigen, sagte ein TBB-Mitarbeiter.

Der UN-Antirassismus-Ausschuss (CERD) hat Deutschland 90 Tage Zeit gegeben, zur Frage Stellung zu nehmen, mit welchen Maßnahmen die Entscheidung umgesetzt werden solle. Außerdem muss die Meinung des Ausschusses publik gemacht werden.

Der Ausschuss stellte fest, es reiche nicht aus, Rassendiskriminierung auf dem Papier für rechtswidrig zu erklären. Der Staat müsse dies auch effektiv durchsetzen. Er sei verpflichtet, die Bevölkerung vor Aufstachelung zum Rassenhass zu schützen. Wer vom Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch mache, der

stehe in der Pflicht, keine rassistischen Ideen zu verbreiten. Die Bundesregierung reagierte zunächst zurückhaltend. „Die Stellungnahme des Ausschusses liegt dem Bundesjustizministerium vor und wird geprüft", hieß es dazu.

Die Vorgeschichte begann 2009. Damals hatte Sarrazin in einem Interview mit der Zeitschrift „Lettre international" abfällige Äußerungen über Türken und Araber getroffen und damit eine lebhafte Debatte ausgelöst. Auch in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab", das im August 2010 erschien und ein Bestseller wurde, vertrat der SPD-Politiker seine Thesen. Zu diesem Zeitpunkt hatte er den Posten als Berliner Finanzsenator bereits niedergelegt und war in den Vorstand der Bundesbank eingetreten, aus dem er Ende September 2010 ausschied.

Sarrazin hatte in dem Interview sinngemäß geäußert, Türken und Araber würden Deutschland unterwandern, indem sie viele Kinder bekämen, sie seien mehrheitlich dümmer als Deutsche und ohne erfolgversprechende berufliche Perspektive. Dazu hätten sie auch keinen Ehrgeiz, da das Sozialsystem es ihnen zu gemütlich mache und ihnen zu wenig abverlange.

Sarrazin hatte von Teilen der Gesellschaft Beifall geerntet, von anderen Empörung. Der TBB stellte Strafantrag, die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein. Eine Beschwerde des TBB wies die Generalstaatsanwaltschaft zurück. Daraufhin legte der TBB im Juli 2010 beim CERD Beschwerde ein. Der Ausschuss, der zwei Mal jährlich für je drei Wochen in Genf tagt, traf seine Entscheidung am 26. Februar 2013. Sie wurde am 4. April veröffentlicht. Sarrazin war am Mittwoch telefonisch nicht zu erreichen.

Der UN-Antidiskriminierungs-Ausschuss überwacht die Einhaltung des Übereinkommens. Seine 18 Mitglieder müssen unabhängig und nachweislich unparteiisch sein. Derzeit sind keine Deutschen in dem Ausschuss.

18.04.2013, Spiegel online

Rassismusvorwürfe wegen Sarrazin: Uno rügt Deutschland - und setzt Ultimatum

Vor vier Jahren äußerte sich Thilo Sarrazin abfällig über Türken und Araber, nun wurde Deutschland von einem Uno-Ausschuss dafür gerügt. Die Bundesrepublik soll gegen ein Übereinkommen gegen Rassismus verstoßen haben. Die Regierung hat nun 90 Tage Zeit, Stellung zu nehmen.

Genf/Berlin - Ein Uno-Ausschuss hat Deutschland gerügt: Grund sind die umstrittenen Äußerungen von Thilo Sarrazin zu Türken und Arabern, die von der Staatsanwaltschaft als Ausdruck freier Meinungsäußerung gewertet worden waren. Durch die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Sarrazin habe die Bundesrepublik laut des Anti-Rassismusausschusses (Cerd) gegen das Uno-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung verstoßen.

"Dies ist eine historische Entscheidung. Der Cerd-Ausschuss hat festgestellt, dass die Äußerungen Herrn Sarrazins auf einem Gefühl rassischer Überlegenheit oder Rassenhass beruhen und Elemente der Aufstachelung zur Rassendiskriminierung enthalten", teilte der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) mit, der den Fall in den Uno-Ausschuss gebracht hatte.

Der Cerd stellte Deutschland ein Ultimatum von 90 Tagen, den Ausschuss über die Maßnahmen zu informieren, die die Bundesrepublik unternehmen werde, um das Urteil umzusetzen. Unter anderem sollen Staatsanwälte und Richter entsprechend geschult werden, zudem Richtlinien und Verfahren im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Verfolgung in Fällen angeblicher Rassendiskriminierung überprüft werden. "Die Stellungnahme des Ausschusses liegt dem Bundesjustizministerium vor und wird geprüft", teilte die Bundesregierung dem "Tagesspiegel" mit, der zuerst über die Rüge berichtet hatte.

Sarrazin, der seine Thesen später in seinem Buch "Deutschland schafft sich ab" wiederholte, hatte sich 2009 in einem Interview mit der Zeitschrift "Lettre International" abfällig über Türken und Araber geäußert. Damals hatte der TBB Strafantrag wegen Volksverhetzung und Beleidigung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gestellt, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Auch der Widerspruch blieb erfolglos. Daraufhin hatte der TBB im Juli 2010 Beschwerde beim Cerd eingelegt, am 26. Februar dieses Jahres fällte der Uno-Ausschuss sein Urteil. Am 4. April wurde es veröffentlicht. (Lesen Sie hier das Urteil im Wortlaut.)

Der Uno-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung besteht aus 18 unabhängigen Experten, die alle vier Jahre neu gewählt werden und sich durch anerkannte Unparteilichkeit auszeichnen müssen. Derzeit sitzt kein Deutscher im Cerd.

19.04.2013, MiGAZIN 1

UN RÜGT DEUTSCHLAND

Thilo Sarrazins Aussagen waren rassistisch

Deutschland hat seine Bevölkerung nicht ausreichend vor rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin geschützt. Das entschied der Antirassismus-Ausschuss der UNO. Die Gesetzeslage müsse auf den Prüfstand gestellt werden, fordern Menschenrechtler und Oppositionspolitiker.

„Ich finde es peinlich und beschämend, dass wir das nicht im eigenen Land feststellen können, sondern warten müssen, bis die UNO uns rügt", schreibt Bülent A. auf Facebook. Unter seinem Kommentar ein Verweis auf einen Artikel im *Tagesspiegel*.

sismus Thilo

„Deutschland ist vom Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen gerügt worden, weil es Thilo Sarrazin dessen umstrittene Äußerungen zu Türken und Arabern hat durchgehen lassen", heißt es dort.

Gemeint ist das Interview vom Thilo Sarrazin in der Zeitschrift „Lettre International" im Herbst 2009. Über die türkischen und arabischen Migranten äußerte er wörtlich: „Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate. […] Integration ist eine Leistung dessen, der sich integriert. Jemanden, der nichts tut, muss ich auch nicht anerkennen. Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin."

CERD Beschluss

Daraufhin hatte der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) Strafantrag wegen Volksverhetzung und Beleidung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gestellt. Das Verfahren wurde eingestellt, zu einer strafrechtlichen Anklage kam es daher nicht. Damit war die Sache für die hiesige Justiz erledigt, die Aussagen Sarrazins freie Meinungsäußerung.

Der TBB gab nicht nach und wandte sich an den Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen (CERD). In dem jetzt bekannt gewordenen Beschluss steht: „Der Ausschuss kommt […] zu dem Schluss, dass das Versäumnis einer effektiven Untersuchung […] durch den Vertragsstaat […] eine Verletzung der Konvention (über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung) darstellt." Kurz: Die Aussagen von Sarrazin waren rassistisch und Deutschland hätte strafrechtliche Ermittlungen einleiten müssen.

Deutschland soll handeln

Laut Ausschuss sind CERD-Bestimmungen in Deutschland zwar im innerstaatlichen Recht verankert, doch reicht es nicht aus, wenn diese nur auf dem Papier stehen. Im vorliegenden Fall seien die Straftatbestände der Volksverhetzung und Beleidigung zu eng ausgelegt worden. Cerd verweist dabei auf seine Rechtsprechung. Danach bringe die Ausübung der Meinungsfreiheit spezielle Aufgaben und Verantwortlichkeiten mit sich, insbesondere die Verpflichtung, kein rassistisches Gedankengut zu verbreiten. Und Sarrazins Aussagen beruhten auf einem Gefühl rassischer Überlegenheit und enthielten Elemente der Aufstachelung zur Rassendiskriminierung.

Der Ausschuss fordert Deutschland auf, den CERD-Beschluss „breit" bekanntzugeben, „auch unter Staatsanwälten und Justizorganen". Deutschland wird aufgefordert, innerhalb von 90 Tagen zu erklären, wie diese Vorgabe umgesetzt werden soll. Nach Informationen des *Tagesspiegels* ist das Bundesjustizministerium dabei, die Entscheidung zu überprüfen.

Historische Entscheidung

Unabhängig vom Ausgang dieser Prüfung hat für TBB-Sprecher Hilmi Kaya Turan die Cerd-Entscheidung eine „historische" Bedeutung. „Wir erwarten von der Bundesregierung, dem Bundestag und den Landesregierungen, dass die CERD-Empfehlungen ohne Verzögerung umgesetzt werden", so Turan.

Wie das konkret aussehen könnte, erklärte der integrationspolitische Sprecher der Grünenfraktion im Bundestag und Jurist, Memet Kılıç, dem MiGAZIN. Die Hürde für Volksverhetzung ist seiner Überzeugung nach in Deutschland zu hoch. Er fordert eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs und härtere Bestrafung bei solchen Fällen. Die Entscheidung des CERD sei richtig, sonst werde Volksverhetzung noch „zum Volksport" und zur „Bagatelle".

Gesetze den Prüfstand stellen

Ähnlich reagierte Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Für sie hat die Entscheidung des Ausschusses über den Einzelfall hinaus Bedeutung: „Gesetzeslage und Praxis im Bereich der Strafverfolgung von rassistischen Äußerungen sind im Lichte der Entscheidung auf den Prüfstand zu stellen." Rudolf fordert einen besseren Schutz vor rassistischen Äußerungen in Deutschland.

Unterdessen häuften sich die Reaktionen auf Facebook – meist ironisch formuliert. Lamya K. etwa meint: „Rassismus? Nein! Das muss doch gesagt werden dürfen und die Türken, Araber und Muslime müssen auch mal kritische Töne aushalten können!" Und Katrin Z. schreibt: „Rassismus, ach was. Alles nicht so schlimm. Bei uns doch nicht. Wir sind das ‚Niemals-wieder-Volk'."

20.04.2013, radikal.com

Sarrazin'in ırkçılığı tescillendi!

Birleşmiş Milletler Irkçılığa Karşı
Mücadele Komisyonu, eski Alman
Merkez Bankası Yönetim Kurulu üyesi
Thilo Sarrazin'in yaptığı açıklamaları
ırkçılık olarak değerlendirdi

uzun süre gündemde kalan Thilo
Sarrazin'in açıklamalarıyla ilgili
olarak Berlin
BrandenburgTürkiye Toplumu TBB, Birleşmiş Milletler Irkçılığa Karşı Mücadele Komisyonu'na (CERD) başvurdu ve Birleşmiş Milletler Almanya'yı ırkçılık konusunda uyardı. Komisyon, Sarrazir göçmenleri hedef alan söylemlerini ırkçı olarak nitelendirdi.

Birleşmiş Milletler Irkçılıkla Mücadele Komisyonu (CERD), "Almanya kendini yok ediyor" kitabıyla tanınan eski Alman Merkez Bankası Yönetim Kurulu üyesi Thilo Sarrazin'in ırkçılık yaptığını tescil etti. Bir dergiye verdiği demeçte Almanya'da yaşayan Türklerin başkent Berlin'e sebze ve meyv ticareti dışında bir katkısının olmadığını **iddia** eden Sarrazin, daha sonra 2009'da piyasaya sürdüğü kitabında bu tür söylemlerin dozunu arttırarak devam etmişti.

Türkleri aşağılayıcı açıklamalarından dolayı sivil toplum kuruluşu TBB ve bir çok vatandaş bireyse olarak Sarrazin'i BM'nin uluslar arası ırkçılıkla mücadele konvansiyonuna şikayet etmişti. Sarrazin'in açıklamasında açıkça aşağılama söz konusu olduğunu tescil eden CERD, uluslararas ırkçılıkla mücadele konvansiyonunu imzalayan Almanya'yı bu konunun üzerine düşmediği için uyardı. CERD'in ültimatomuna göre Almanya'nın 90 gün içinde cevap vermesi gerekiyor. CERD Almanya'ya ayrıca bu tür davranışta bulunanların gerekli cezaları alabilmesi için yasalarında düzenlemelere gitmelerini önerdi.

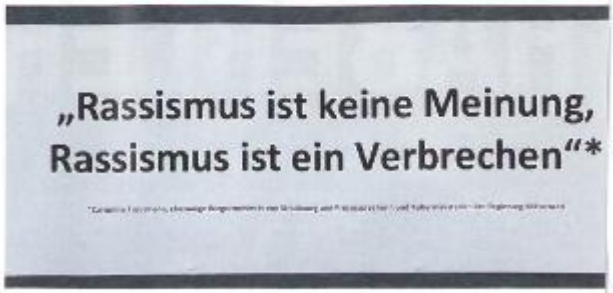
Federal **Hükümet** söz konusu uyarının Federal Adalet Bakanlığı tarafından değerlendirildiğini bildirdi. Almanya İnsan Hakları Enstitüsü, CERD'in kararını olumlu karşıladı. BM Irkçılıkla Mücade Komisyonu, dört yılda bir seçilen 18 bağımsız uzmandan oluşuyor ve şu anki komisyonda Almanya'dan herhangi bir temsilci bulunmuyor. CERD'in bu ültimatomundan sonra ise Almanya'ı ne yapacağı merakla bekleniyor.

Merhaba, 05-2013

Birleşmiş Milletler´den tarihi bir karar çıktı

BM Irkçılıkla Mücadele Komisyonu:

„Thilo Sarrazin ırkçılık yaptı"



Merkez Bankası Yönetim Kurulu eski üyesi SPD'li Thilo Sarrazin'in 2010 yılının Ağutos ayında piyasaya çıkan „Almanya Kendini Yok Ediyor" adlı kitabında ve 2009 yılı sonbaharında bir gazeteye verdiği demeçte, ülkede yaşayan bilhassa Türkler ile Araplara karşı kullandığı cümlelerle ilgili ırkçı söylemlerde bulunduğu ve davranış biçiminin ırkçı olduğu Birleşmiş Milletler BM tarafından resmen onaylandı.

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu TBB'nin başvurusunu inceleyen BM'nin Irkçılıkla Mücadele Komisyonu, Almanya'yı imzaladığı ırkçılıkla mücadele sözleşmesine bağlı kalması konusunda uyarırken, 4 Nisan 2013 tarihinde aldığı karar ve yayınladığı rapor da Alman Hükümeti'nin 90 gün içinde ülkedeki tüm ilgili makamlara ulaştırılmasını istedi.

Basın toplantısı sonrası Merhaba Dergisi'nin sorularını yanıtlayan TBB Sözcüsü Hilmi Kaya Turan şöyle konuştu:
„Bir gazeteye verdiği demeçte içersinde göçmenlere bilhassa Türklere, Araplara karşı kullandığı cümlelerle ilgili, bizim dileğimiz o zaman devletin savcıların harekete geçmesi ve suç takibine başlaması idi. Ama yapmadı. Birkaç şahıs ve birkaç kuruluş bu konuda girişimde bulundular, Sarrazin hakkında. Ancak savcılık bu konuda takipsizlik kararı aldı. Yüksek Mahkeme'den de aynı sonuç çıkınca, bizler de Almanya içinde tüm hukuksal yollar tükeninceBM ırkçılık komisyonuna başvurduk. Almanya'da o komisyonun üyesi ve anlaşmaya imza atan ülkelerden birisi. Biz de oraya müracaat ederek bir nevi Almanya'yı şikayet ettik. İlk önce Almanya bizim itirazımıza „TBB bir kuruluştur ama tüm Türkleri temsil etmemektedir" diye karşı çıktı. BM'in esas konusunda bir karar vermesi gerekiyordu. Komisyon TBB'nin buradaki Türklerin temsilcisi olduğuna ve başvurabileceğine karar verdi.

Daha sonra Sarrazin'in söylemlerinin ırkçı söylemler midir, yoksa değil midir? konusunu araştırdı.

Sonuç olarak Sarrazin'in söylemlerinin tamamen ırkçılığa dayalı olduğu ve bu konuda Almanya'nın gerektiği şekilde kovuşturmada bulunmadığı kararını verdi. Böylece Almanya'nın anlaşmayı ihlal ettiği kararını açıkladı.
Kararını Almanya'ya bildirdi ve biran evvel bu kararı ülkede en geniş çapta duyurması konusunda görevlendirdi. Ve Almanya'ya bazı tavsiyelerde bulundu. Bunların ilki Almanya'nın bundan sonra ırkçılık konusunu gereği gibi kapsamlı bir şekilde yeniden şekillendirmesi, ikincisi tüm savcıların ve hakimlerin bu konuda yeniden eğitimden geçirilmesi ve üçüncüsü de bu istemlerin anlaşma gereği, 90 gün içinde yapılarak komisyona rapor halinde sunmasını istedi.

Bu karar tarihi bir karar.
Biz de başından bu yana büyük bir ciddiyetle takip ettiğimiz olayın bu şekilde sonuçlanmasından çok memnunuz. Bunu da şimdi Türk ve Alman basınıyla paylaşmak için bir basın toplantısı düzenledik.

Bu karar da göstermiştir ki Almanya, ırkçılıkla mücadele konusunda uluslararası alanda verdiği sözleri yerine getirmiyor.
Umarım ki bu karar sonrası ülkede artık ırkçılık tehlikesinin var olduğu politik seviyede de kabul edilir ve bununla mücadele edilmesi gerektiği anlaşılır."

Toplantıda söz alan Ayrımcılıkla Mücadele Projesi görevlisi Eva Andreas da, BM tarafından verilen bu kararın ülkede ırkçılık yapıldığının ispatı olduğunu söyledi.

TBB Einweihungsfeier

Nach über zehn Jahren hat der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg neue Räumlichkeiten in der Oranienstr. in Berlin-Kreuzberg bezogen.

HABER /FOTOĞRAFLAR: MEHMET ZAĞLI/HÜSEYİN İŞLEK

Zu diesem Anlass fand am 6. Juni 2013 eine Einweihungsfeier statt an der viele Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, sowie langjährige Wegbegleiter_Innen und Mitglieder des TBB teilnahmen.

In ihrer Begrüßungsrede zeichnete Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des TBB, die "Wanderung" des TBB der letzten 20 Jahre nach.

Werte Gäste, liebe Freundinnen und Freunde, ich heiße Sie / Euch im Namen des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg in unseren neuen Räumlichkeiten herzlich willkommen. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg – kurz TBB - ist ja bekanntlich ein Verband von Migranten. Und Migranten sind ja eigentlich Wanderer.

Nun wissen wir, dass der Homo Sapiens seit rund 120.000 Jahren wandert. Und irgendwann gab sich eine Gruppe von Homo Sapiens den Namen Türken oder wurde von den Fremden so genannt. Wann und wo die globale Migration des Homo Sapiens Turkus genau begonnen hat, ist archäologisch nicht bis ins letzte Detail recherchiert.

Trotzdem sind die Türkinnen und Türken sehr stolze Homo Sapiens und sind auf ihre Wanderungsgeschichte auch sehr stolz. Sie haben bei ihren Wanderungen ca. 20 Staaten gegründet. Antitürkische Homo Sapiens interpretieren dies als Beleg, dass die Türken ihre Staaten regelmäßig dem Untergang aussetzen. Diese Kontroverse würde jetzt den Rahmen meiner feierlichen Rede sprengen, ich will daher einen Migrantensprung von einigen Jahrhunderten vollziehen und 1961 mit der türkeistämmigen Migration nach Deutschland ansetzen.

Die Türkinnen und Türken – besser Türkeistämmigen, weil bekanntlich in der Türkei nicht nur Türken leben, sondern auch Kurden, Armenier und andere Volksgruppen - migrieren nun seit 50 Jahren nach Deutschland und wieder zurück. Irgendwann entschloss sich eine Untergruppe von Homo Sapiens Türkeistämmige in Deutschland einen überparteilichen Interessendachverband zu gründen. In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde in Berlin der BTT – Türkischer Bund in Berlin gegründet. Wie die zuvor erwähnten Türkenstaaten, war die Macht der Gewohnheit übermächtig, und dieser Verband wurde nach kurzer Zeit von den stolzen Türkeistämmigen, weil sie noch nicht zu stolzen Migranten mutiert waren, in den Sand gesetzt und aufgelöst.

Aber erfolgreiche Mutationen setzen sich ja bekanntlich in der Evolution durch. Eine kleine Gruppe von Migrantenmutanten, inzwischen zu einer verbandsfähigen Migrantenmutation gereift, gründete 1991 den BETB – Bund der Einwander/innen aus der Türkei, der dann 1995 zum Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg – TBB – unbenannt wurde. Dieser schwor den edlen Werten des Türkentums ab und verpflichtete sich zu universellen Minderheitenrechten.

Die Mutationen gingen weiter und machten Evolutionsgeschichte. Die Mutationsgeschichte von geduldeten Gastarbeitern zu anerkannten Ausländern, von Ausländern zu Integration verpflichteten ausländischen Mitbürgern, von ausländischen Mitbürgern zu

TBB Oranienstr.'ye taşındı

TBB'nin açılış resepsiyonunda ressam Ercan Arslan'ın eserleri göz kamaştırdı

Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu TBB, Kreuzberg'deki yeni Genel Merkezi'nin açılışını kutladı. Resepsiyona siyasetçiler, iş adamları, sendika temsilcileri, sivil toplum örgütlerinin temsilcileri katıldı.

TBB Sözcüsü Ayşe Demir'in yaptığı açılış konuşmasının ardından Almanya Türk Toplumu TGD Genel Başkanı Kenan Kolat, Senato'nun Göç ve Uyum Görevlisi Monika Lücke ile TBB Genel Sekreteri Fuat Şengül de birer konuşma yaptılar.

SPD, CDU, Yeşiller ve Korsanlar Partisi'nden milletvekilleri ile ilçe Belediye Başkanı Dr. Schulz da konuklar arasında yer aldılar.

de-facto Einwanderern und schließlich zu politischen anerkannten Zuwanderern ist von der Migrations- und Evolutionsliteratur ausreichend und differenziert untersucht. Die Mutation zu Menschen mit Migrationshintergrund ist ein schwebendes Verfahren und bereichert die Migrantenliteratur. Der TBB überreicht jedem Neumitglied als Willkommensgeschenk eine Literaturliste.

Also liebe Freundinnen und Freunde... Jetzt will ich Ihnen endlich das Geheimnis lüften und Ihnen verraten, warum wir hier sind: Jeder der vorhin genannten Evolutionsschritte war mit Räumlichkeiten verbunden. Als wir Gastarbeiter waren, wurden wir in der Langenscheidtstraße geduldet. Als wir zu Ausländern aufstiegen, wurden wir in der Weichselstraße anerkannt. Als wir am Tempelhofer Ufer waren, wurde mit ausländischen Mitbürgern und de-facto Einwanderern intensive Innenpolitik gemacht. In unseren neuen Räumlichkeiten hier mitten in Kreuzberg sind wir nun rebellische und stolze Zuwanderer, die die Mutation von einer diffamierenden Integrationsdebatte zu einer sozialgerechten Partizipationspolitik durchsetzen wollen. Und hierbei hoffen wir, mit allen progressiven Mutanten zusammenzuarbeiten.

MERHABA
DEUTSCH-TÜRKISCHES STADTMAGAZIN

23.09.2013, rbb-online

Symbolische Bundestagswahl

Linke punktet bei Migranten

Trostpflaster für die Wahlverlierer: Beim "Wahlpicknick", einer symbolischen Bundestagswahl von Migranten in Berlin, haben linke Parteien gut abschneiden können. Die CDU fuhr mit 3,3 Prozent der Stimmen eine vernichtende Niederlage ein.

Beim "Wahlpicknick" des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB) hat die CDU am Sonntag nur 3,3 Prozent der Stimmen erringen können. Klarer Sieger dieser Wahl war dagegen die Linke, wie der Türkische Bund am Montag in der Hauptstadt mitteilte.

Unter dem Titel "Wahlpicknick" hatte der Verband am Sonntag eine kleine, symbolische Bundestagswahl veranstaltet. Damit wollte der TBB Berlinern ohne deutschen Pass politisches Gehör verschaffen. An der Wahl beteiligten sich 130 nicht wahlberechtigte Berliner mit Migrationshintergrund.

Die Linke wurde dabei den Angaben zufolge stärkste Kraft und kam auf 45,9 Prozent. Auf den nächsten Plätzen rangierten die SPD mit 33,6 Prozent und die Grünen mit 16,4 Prozent.

Wenig Anhänger unter den Migranten fand die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretene Piratenpartei. Sie kam lediglich auf 0,8 Prozent der Stimmen. Noch schlechter erging es allerdings der FDP: Sie erhielt keine der 130 abgegebenen Stimmen.

07.11.2013, Zaman online

“Irkçılık hukuk yolu ile de takip edilmeli”

Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) Yönetim Kurulu Üyesi Güray Kişmir, ırkçılığın sadece kağıt üzerinde değil, hukuk yolu ile de takip edilmesi gerektiğini söyledi.

Friedrichshein-Kreuzberg Müzesi’nde düzenlenen sempozyuma Alman İnsan Hakları Enstitüsü Uzmanı Dr. Hendrik Cremer, TBB için “Sarrazin” davasını yürüten Jutta Herrmanns ve Siyahi İnsanlar İnisiyatifi yetkisi Tahir Della katıldı.

TBB Yönetim Kurulu Üyesi Kişmir, Almanya’da Türkler ve göçmenler hakkında ırkçı söylemlerde bulunan Alman Merkez Bankası eski yöneticisi Thilo Sarrazin’e karşı olmadıklarını, daha çok ırkçılıkla ceza kanunu hükümlerine göre mücadele edilmesi gerektiğini belirterek, ”Düşünce özgürlüğünün popülizm yapmak için kullanılmaması lazım” dedi.

Kişmir, BM CERD Komisyonu’nun kurumsallaşmış ırkçılığın araştırılmasını istediğini belirterek, “Irkçılığın sadece kağıt üzerinde değil, hukuk yolu ile de takip edilmesi gerekiyor” ifadesini kullandı.

ALMANYA’DA VAROLAN BİR SORUN

Sempozyumda konuşan Almanya’da Siyahi İnsanlar İnisiyatifi yetkilisi Tahil Della da Almanya’da polisin yaptığı kimlik kontrollerindeki tavırlarından ve

geçmişte yapılan olumsuzluklardan örnekler verdi.

Almanya İnsan Hakları Enstitüsü Uzmanı Dr. Hendrik Cremer de Sarrazin olayının Almanya’daki varolan bir sorunun yansıması olarak nitelendirdi.

Eski Almanya Merkez Bankası Yönetim Kurulu Üyesi Thilo Sarrazin, 2009′da ülkede yaşayan Türk ve Arap göçmenlere yönelik aşağılayıcı sözleri nedeniyle büyük tepki toplamıştı.

TBB, Sarrazin’in sözlerinin hakaret ve ırkçılık teşkil ettiği nedeniyle 2010 yılında BM Komitesi’ne başvurmuştu. BM Komisyonu geçtiğimiz nisan yılında Sarrazin’in sözlerinin ırkçılık ve nefret söylemi içerdiği kararını vermişti.

05.12.2013, Die Welt

Kritik an Taschendiebstahl-Aufklärungs-Videos der Polizei

Berlin - Der Türkische Bund hat Taschendiebstahl-Videos kritisiert, die die Berliner Polizei zur Aufklärung einsetzt. Die Täter in den drei Filmsequenzen seien klischeehafte Ausländer, kritisierte der Türkische Bund am Donnerstag. «Damit stellt die Berliner Polizei Menschen nicht-deutscher Herkunft unter Generalverdacht.» Die Polizei wies die Kritik zurück. Die drei kurzen Filmsequenzen gehören zu einem Aufklärungsspot, der in U-Bahnen läuft und besonders Touristen vor Taschendieben warnen soll. Die Polizei verwendete Originalaufnahmen von Überwachungskameras, die Taschendiebe bei ihren Taten zeigen.

Polizeisprecher Stefan Redlich sagte, 75 Prozent der im vergangenen Jahr 670 festgenommenen Trickdiebe stammten nicht aus Deutschland und seien meist eigens für ihre Beutezüge angereist. Sehr viele hätten die rumänische, polnische oder bulgarische Staatsangehörigkeit. In Deutschland lebende Menschen etwa mit türkischer Herkunft würden bei diesen Taten keine Rolle spielen.

Die Aufklärungsquote bei den Trickdiebstählen liegt bei nur vier Prozent. Das heißt, auf einen aufgeklärten Fall kommen 24 Taten, bei denen die Diebe nicht gefasst werden.

Opsiyon Modeli

TBB gençleri uyardı

TBB Sözcüsü Mustafa Doğanay

Yeni Federal Hükümeti oluşturan partiler (SPD ve CDU/CSU), koalisyon protokolünde Vatandaşlık Yasasını değiştirerek. Almanya da doğarak anne - babalarının vatandaşlığına ek olarak Alman vatandaşlığını da almış olan gençlerin 18 - 23 yaşları arasında tek bir vatandaşlığı seçme yükümlülüğünü („Optionspflicht") kaldıracaklarını açıkladılar.

Şu anda halen yürürlükte olan ve 1.1.2000 tarihinde kanunlaştırılan Alman Vatandaşlık Yasası'nın 4. Maddesine göre Almanya'da doğan çocuklar;

• doğum esnasında anne veya babadan birisi Almanya'da 8 yıldır kesintisiz ve yasal ikamet ediyor ise,

• o kişinin süresiz oturma izni var ise,

yeni doğan çocuk, anne ve babasının sahip olduğu ülkenin vatandaşlığından çıkmasına gerek kalmaksızın Alman vatandaşlığını da almaktadır.

Ancak, erginliğe kadar her iki ülkenin vatandaşlığına sahip olan çocuklar, 18 yaşından itibaren en geç 23 yaşın doldurulduğu tarihe kadar hangi ülkenin vatandaşlığını tutup, hangisinden çıkmak istediklerine dair karar vermek zorundalar.

Pratikte bu süreç 18 yaşını dolduran kişiye vatandaşlık dairesinin opsiyon zorunluluğuna ilişkin **(Optionsverfahren nach § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes StAG)** veya diğer ülke vatandaşlığından çıkmak hiç mümkün değilse, vatandaşlıktan çıkmak ağır kayıplara yol açıyorsa **(Unzumutbarkeit)** her iki vatandaşlığı da tutabilmesine **(Beibehaltungsgenehmigung)** ilişkin mektup göndermesiyle başlıyor.

Yukarıda belirtildiği gibi, koalisyon ortaklarının bu yasayı değiştirerek, opsiyon zorunluluğunu önümüzdeki aylarda kaldıracaklarını varsayarak, yasanın değiştirilmesine kadar bu yasadan etkilenecek/yararlanacak yabancıların nasıl hareket etmelerine ilişkin bazı tavsiyelerde bulunmak istiyoruz:

İyimserlikle, bu yasa değişikliliğinin, yasama yılının ortalarına denk gelebileceğini varsayarsak;

• Henüz 18 yaşını doldurmamış çocukların bu konuda bir sorunla karşılaşması söz konusu değil.

• 18 yaşını doldurmuş ve vatandaşlık dairesinden opsiyon işlemi ile ilgili mektup almış olanların, yasa değişikliğine kadar diğer ülke vatandaşlığından çıkma işlemleri konusunda zamanı iyi kullanmaları ve mümkün olduğunca geciktirmeleri gerekir.

• Veya 21 yaşını henüz doldurmamış iseler, her iki ülke vatandaşlığını da tutmak için -sonucu olumsuz görünüyor olsa bile- dilekçe (Antrag auf Beibehaltungsgenehmigung) vermelidirler.

• Konuyla ilgili yeterli bilgi sahibi olmayan gençlerin veya anne babaların, vatandaşlık danışmanlığı yapan bir kuruma başvurarak, bilgi almaları gerekmektedir.

Streitpunkt Doppelpass

Laut Statistischem Bundesamt leben insgesamt mindestens 2,3 Millionen eingebürgerte Doppel- und Mehrstaatler in Deutschland.

Opsiyon Modeli

TBB Sözcüsü Ayşe Demir:

„Yeni yasa kabul edilince opsiyon modeli kalkacak, vatandaşlığını kaybedenler ne olacak?“

HABER: MEHMET ZAĞLI/MERHABA

Hamburg'tan sonra Bremen Parlamentosu da Opsiyon Modelini askıya aldı

Gözler Berlin Eyaleti İçişleri Senatörü Henkel'e çevrildi

TBB Sözcüsü Ayşe Demir: „Yeni yasa çıkasıya kadar, opsiyon modeli devam ediyor. Ama, Hamburg ve Bremen Eyaletleri aldıkları bir kararla, yeni yasa çıkasıya kadar opsiyon modelini askıya aldılar. Bu iki eyaleti örnek göstererek, Berlin Eyaleti İçişleri Senatörü Frank Henkel'e TBB olarak bir mektup yazdık ama halen bir cevap alamadık. Berlin Eyalet Meclisi'nde Korsanlar Partisi de bir önergesi sunarak, konuyu gündeme taşıdı. Berlin İçişleri Senatörü Frank Henkel'den olumlu bir adım atmasını bekliyoruz.“

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu Sözcüsü Ayşe Demir, aileler ve gençler arasında panik yaşandığını belirterek konuyla ilgili bir açıklama yaptı. Ayşe Demir, annebabalara ve gençlere seslenerek şöyle dedi: „Şu anda gerekli bir yasa yok. TBB'ye danışmaya gelenlerde bir panik var. Çünkü yasanın henüz ne zaman çıkacağı belli değil. Ama şu günlerde karar vermek zorunda olan yüzlerce gencimiz var. Onların durumu ne olacak. Vatandaşlığını kaybeden gençlerimiz var. Bizler diyoruz ki, konu ile ilgili danışma sunan kurumlardan bilgi alın, panik yapmayın. 23 yaşına kadar vaktiniz var. Eğer seçim yapmanız için mektup aldınızsa, 21 yaşına kadar beyanda bulunmanız gerekiyor, iki vatandaşlığı da istiyorum diyerek formalite başvurusu yapın. Yasa çıkıncaya kadar zaman kazanın.

Hamburg ve Bremen Eyaletleri, yeni yasa çıkıncaya kadar, opsiyon modelini askıya aldılar. Bu Berlin'de de olabilir. Eyalet İçişleri Senatörü Frank Henkel'e mektup yazdık ama henüz bir cevap alamadık. Umarız, Senatör Henkel de konuya diğer iki eyalet gibi olumlu bakar.

Ayrıca TBB olarak, beyanda bulunmadığı için veya Türk vatandaşlığını tercih ettikleri için Alman vatandaşlığını kaybedenlere, Alman vatandaşlığını tekrar almaları konusunda kolaylık gösterilmesini istiyoruz. Sorularınız için TBB'ye başvurabilir, geniş bilgi alabilirsiniz“.

Türkischen Bund in Berlin - Brandenburg (TBB) hat den Staatssekretär für Inneres, Bernd Krömer (CDU), besucht. Dieser Besuch, an dem auf Seiten des TBB die Sprecherin Ayşe Demir, der Sprecher Hilmi Kaya Turan und der Geschäftsführer Fuat Şengül teilnahmen, fand in den Räumen der Senatsverwaltung statt.

TBB fordert Aussetzung der Optionspflicht

MERHABA BERLİN

Bei dem Treffen wurden von Seiten der TBB-Vertreter/innen verschiedene Themen hinsichtlich der Situation der türkeistämmigen Berliner/innen angesprochen. Hierzu gehört beispielsweise der Umgang Berlins mit der Optionspflicht. Die Vertreter/innen des TBB wiederholten hierbei ihre Forderung nach einer Aussetzung der Optionspflicht bis zur geplanten Änderung der Rechtslage durch die Bundesregierung.

Darüber hinaus wurde von den Vertreter/innen des TBB darauf hingewiesen, dass immer noch eine hohe Anzahl an Beschwerden über die Ausländerbehörde an den TBB herangetragen werde. Hierbei wurde die Wichtigkeit der Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde mit Migrationshintergrund, die Schulung der Mitarbeiter/innen zur interkulturellen Kompetenz und die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle betont.

Desweiteren erkundigten sich die Vertreter/innen des TBB über den aktuellen Stand der Ermittlungen zum Mord an Burak B. und bekräftigten den möglichen rassistischen Hintergrund der Tat.

Der Staatssekretär, Bernd Krömer, zeigte sich den von Seiten des TBB vorgebrachten Anliegen gegenüber aufgeschlossen und kündigte an, diese nach Möglichkeit zu beachten und aufzunehmen.

Neues Deutschland, 21.03.2014

Eine allgegenwärtige Bedrohung

Zahlreiche Aktionen zum Internationalen Tag gegen Rassismus geplant

Es soll ein starkes Zeichen gegen Rassismus werden. Parteien, Vereine, Gewerkschaften und Antirassistischen Initiativen rufen zum Internationalen Tag gegen Rassismus berlinweit zu Aktionen auf.

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus sind unter dem Motto »Fünf vor Zwölf« zwischen 11.45 Uhr und 12.30 Uhr verschiedene Protestformen wie Gedenkminuten, Luftballonaktionen und Trillerpfeifen-Konzerte angekündigt. Die Initiatoren um den Türkischen Bund in Berlin und Brandenburg (TBB) und den Lesben-und Schwulenverband LSVD wollen so Gesicht zeigen gegen rassistische Diskriminierungen im Alltag. »Wenn wir von Rassismus in Deutschland reden, glauben die meisten, davon nicht betroffen zu sein, da er etwas mit Rechtsextremismus zu tun habe. Aber dies ist ein zu enges Verständnis von Rassismus. Rassismus findet sich leider in vielfältiger Form in der Mitte unserer Gesellschaft wieder« erklärte Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, am Mittwoch bei der Pressekonferenz der Veranstalter.

Der Internationale Tag gegen Rassismus geht auf einen Beschluss der UNO-Vollversammlung aus dem Jahre 1966 zurück. Anlass war ein blutiger Polizeieinsatz in der südafrikanischen Kleinstadt Sharpeville sechs Jahre zuvor.

Rassismus ist bis heute für die Betroffenen eine allgegenwärtige Bedrohung. »Nach der Auswertung der Angriffszahlen der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ReachOut ist es lange nach 12 Uhr«, warnt Helga Seyb. Rassismus ist in Berlin das häufigste Motiv bei den von ihrem Verein dokumentierten 185 Angriffen im Jahr 2013.

Veranstaltungen finden berlinweit und gezielt auch an Schwerpunkten rechter Gewalt statt. Hierzu zählt der Neuköllner Ortsteil Rudow. Hier werden die Demonstranten nach amerikanischem Vorbild die spinnenförmige Kreuzung am U-Bahnhof mit ihren antirassistischen Botschaften umkreisen. Die NPD fühlt sich von der Aktion offenbar gestört. Nach nd-Informationen hat die Partei heute ab 10 Uhr eine Kundgebung gegen den Aktionstag, ebenfalls an der Rudower Spinne, angemeldet. Kurzfristig hinzugekommen ist eine Kundgebung in Hellersdorf. Dort will ein breites Bündnis nach den jüngsten rechten Angriffen Solidarität mit den Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße zeigen. Start in der Maxim-Wander Straße ist um 14 Uhr.

08.11.2013

Almanya'da Thilo Sarrazin eleştirisi

BİRLEŞMİŞ Milletler Irkçılıkla Mücadele Komisyonu (CERD), Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu'nun (TBB) başvurusu üzerine Almanya'yı kınaması ve Thilo Sarrazin'in göçmenler ile ilgili yapmış olduğu açıklamalarının ırkçı olduğunu tespit etmesi bir konferansla tekrar gündeme geldi.

Bu tür ırkçı söylemlerin Almanya tarafından daha etkin şekilde takip edilmesi gerektiği bildiren CERD kararının ardından uzun zaman geçmesine rağmen Almanya'nın bu konuda adım atmamasını eleştiren bir grup dernek, inisiyatif temsilcisi ve hukukçu, bir araya gelerek bir konferans düzenledi.

DÜŞÜNCE ÖZGÜRLÜĞÜ SAYILDI

Toplantının açılışında bir sunum yapan avukat Jutta Herrmanns, Sarrazin'in sözlerinin altında Almanya'nın da imzası olan BM İnsan Hakları Sözleşmesi'ne göre "Irkçı söylem ve sonuçlar" doğurduğunun tescillendiğini anlattı. Berlin Barndenburg Türkiye Toplumu yönetim kurulu üyesi Güray Kişmir, Berlin eski Maliye Bakanı Thilo Sarrazin'in bir söyleşisi ve yayımladığı bir kitabında Türkleri ve göçmenler dâhil yabancıları rencide ettiği ve ırkçı söylemlerde bulunduğu nedeniyle dava ettiklerini ancak savcılığın konuyu düşünce özgürlüğü sayarak reddettiğini söyledi.

ALMANYA MAHKÛM EDİLDİ

Bunun üzerine Birleşmiş Milletler İnsan hakları Komisyonu'na başvurduklarını hatırlatan Kişmir, "BM Komisyonu bizi haklı buldu ve Almanya'dan ırkçılık içeren bu söylemler hakkında gerekli çalışmalar yapması uyarısında bulundu. Yani Almanya ırkçılık konusunda mahkûm edildi" dedi.

Kişmir, mahkemelerin insanları yeterince ırkçılığa karşı korumadığının açığa çıktığını belirterek, "Bu kararın soncu ırkçılığa karşı hâkim ve savcıların eğitilmesi ve yasal düzenlemelerin yeniden gözden geçirilip daha da açık şekilde ırkçılığı önleyici hale getirilmesi gerekir. Mevcut yasalar bu konuda çok yetersiz" şeklinde konuştu.

5 vor 12

Irkçılık protesto edildi

Her yıl 21 Mart günü Federal Almanya'nın bir çok kentinde saat 12'ye 5 kala yapılan protesto eylemi, Berlin'in de değişik noktalarında gerçekleştirildi.

Almanya Türk Toplumu TGD'nin 12'ye 5 kala çağrısına uyan Berlin - Brandenburg Türkiye Toplumu TBB, Berlin'in 9 değişik semtinde protesto eylemleri düzenledi.

HABER/FOTOĞRAFLAR: KEMAL DİRİN

Gürültü eylemi ile başlayan protesto gösterisi, saat 12'ye 5 kala, üzerinde "Berlin ırkçılığa karşı" yazan yüzlerce siyah balonun göyüzüne bırakılması ile son buldu.

21 Mart ırkçılığa karşı mücadele günü nedeniyle Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu TBB'nin Kreuzberg semtinde düzenlediği protesto eylemine çok sayıda milletvekili de katıldı.

Sol Parti Milletvekili Hakan Taş, Yeşiller Partisi Eyalet Başkanı Bettina Jarash ve Federal Meclis Sol Parti Milletvekili Azize Tank, yaptıkları konuşmalarda, Almanya'daki ırkçılığa dikkat çektiler.

Federal Meclis Sol Parti Milletvekili Azize Tank, Berlin Eyalet Meclisi Milletvekilleri Hakan Taş (Sol Parti), Dr. Turgut Altuğ (Yeşiller), Canan Bayram (SPD) ve Yeşiller Partisi Eyalet Başkanı Bettina Jarash'ın da katıldıkları protesto eylemine çok sayıda vatandaş da destek verdi.

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu TBB Sözcüsü Ayşe Demir de, özellikle son yıllarda artan sağ popülizme dikkat çekerek şöyle konuştu:

„21 Mart Uluslararası Irkçılığa Karşı Gün'de Almanya'da sağ popülizmi ve ırkçılığı kınamak amacıyla son iki senede olduğu gibi bu sene de "12'ye 5 var" adı altında Berlin'in ve Almanya'nın çeşitli yerlerinde eylemler gerçekleştirildi.

Berlin'deki aksiyonlar bu sene partiler, devlet daireleri, sendikalar, işveren örgütleri, anti-ırkçı kuruluşlar ve bir çok sivil toplum örgütleri tarafından desteklenip organize edildi.

Irkçılığa ve populizme karşı protestomuzu dile getirmek için buradayız.

Gerçek şu ki, populizm ırkçı saldırılara ve ırkçı cinayetlere zemin hazırlıyor. Bundan dolayı populizmi kınamak ve durdurmak gerekiyor! NSU sağ populizmin aşırı şeklidir."

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)
beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg

ZEIT, ERFAHRUNGEN ZU SAMMELN
ZEIT, SICH ZU ENGAGIEREN

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg
Büro Freiwilligendienste
Oranienstr. 53, 10969 Berlin
Info-Tel.: 030/23 63 51 74

OKUL EĞİTİMİNİ TAMAMLAMIŞ GENÇLERE FIRSAT!

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu TBB, göçmen kökenli gençler için Gönüllü Sosyal Hizmet (frewilliges Soziales Jahr - FSJ) Projesi ile yeni bir hizmete imza atıyor.

Gönüllü Sosyal Hizmet, Almanya'da 1964 yılından beri uygulanıyor. Bu hizmete katılan gençlerin sayısı her yıl artmasına rağmen, göçmen kökenli gençlerin bundan yeterince yararlanmadıkları da bilinen bir gerçek. Bundan dolayı TBB, özellikle göçmen kökenli gençlere ulaşmayı amaçlıyor.

TBB'ye konuk olarak Proje Sorumlusu Ayşe Demir ve Proje Koordinatörü Tobias Johst ile görüştük. Projede ayrıca; Serdar Kaymaz ile Razan Kaynak da pedagojik destek amaçlı görev yapıyorlar.

Bize projeyi açıklayan Ayşe Demir şöyle dedi: „10 yıl okula gitmiş ya da okul eğitimini tamamlamış 16 ile 27 yaşları arasındaki gençler, bir yıl sosyal içerikli işlerde çalışma şanslarına sahip olabilecekler. Gençlerin çalışacakları işyerleri kreşler, okullar, hastaneler, huzurevleri, hasta bakım servisleri ve buna benzer sosyal çalışma yapan kuruluşlardan oluşuyor.

Gençler pratik eğitime paralel olarak seminerlerle teorik eğitim de alacaklar. Özellikle meslek yeri henüz bulamamış gençler veya üniversite öğrenimi için beklemede olan gençler Gönüllü Sosyal Hizmet (FSJ) ile bekleme süreçlerini anlamlı bir şekilde değerlendirmiş oluyorlar.

Gönüllü Sosyal Hizmet (FSJ) belirli meslek dalları için staj zamanı olarak da kabul ediliyor. FSJ'a katılan gençler bir miktar cep harçlığı da alıyorlar ve ayrıca çocuk parasını da almaya devam ediyorlar.

FSJ'u tamamlayan gençleri, işverenler iş veya meslek eğitimi için başvurularında genellikle tercih ediyorlar, çünkü bu gençlerin zamanlarını anlamlı bir şekilde değerlendirip deneyim kazanmış olmalarını ölçü alıyorlar."

Gönüllü Sosyal Hizmet'in bu yıl 50. yılı olduğunu belirten Proje Koordinatörü Tobias Johst, 6 ay veya 1 yıl süren hizmet sonunda gençlerin sertifika aldıklarını da dile getiriyor. Tobias Johst, şu anda TBB bünyesinde Türk, Alman, Arap ve Rus gençlerinin bu projeden yararlandığını, haftanın belirli günlerinde bir araya gelerek seminerler de yapıldığını da sözlerine ekliyor.

Gönüllü Sosyal Hizmet Projesi 2008 yılından beri Almanya Türk Türk Toplumu TGD tarafından ve 2013 Eylül ayından beri de TBB tarafından özenle yürütülüyor.

HABER: MEHMET ZAĞLI/MERHABA

rbb-online.de, 27.08.2014

Untersuchungen abgeschlossen

Polizei geht von Brandstiftung in Mevlana-Moschee aus

Zwei Wochen nach dem Brand in der Kreuzberger Mevlana-Moschee hat die Polizei ihre Untersuchungen abgeschlossen. Das Ergebnis: Das Feuer muss gelegt worden sein. Ein Versehen oder einen technischen Defekt schließen die Ermittler aus. Kurz nach dem Brand hatte die Polizei noch genau das angenommen - der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg kritisiert sie dafür scharf.

Rund zwei Wochen nach dem Feuer in der Mevlana-Moschee in Kreuzberg gehen die Ermittler von vorsätzlicher Brandstiftung aus. Das teilte ein Polizeisprecher am Mittwoch rbb online mit. "Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass Ursachen wie ein technischer Defekt oder eine fahrlässige Brandstiftung auszuschließen sind", sagte der Sprecher. Die Materialien in dem noch nicht fertiggestellten Anbau seien schwer entzündlich gewesen. "Von einer weggeworfenen Zigarette oder einer umgefallenen Kerze wäre ein solcher Brand nicht auszulösen."

Damit muss die Polizei ihre ersten Einschätzungen revidieren. Denn bereits einen Tag nach dem Brand gaben die Behörden bekannt, sie sähen keine Hinweise auf einen vorsätzlich gelegten Brand, vielmehr komme ein technischer Defekt, beispielsweise einer Baumaschine oder Fahrlässigkeit als Brandursache in Frage. Auch Hinweise auf ein politisches Motiv sähen sie nicht.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg kritisiert Berliner Polizei

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) kritisiert die Berliner Polizei dafür. "Das war vorschnell. Ich bin der Meinung, man sollte angesichts des gewachsenen Mißtrauens nach den NSU-Morden vorsichtiger mit solchen Äußerungen sein", sagte die TBB-Sprecherin Ayşe Demir am Mittwoch rbb online. Sie forderte die Polizei erneut dazu auf, die Brandstiftung lückenlos aufzuklären.

"Es ist Vertrauen verlorengegangen, das wir versuchen wieder aufzubauen. Viele Muslime vermissen ein klares Bekenntnis der Politik", sagte Demir. Man müsse nach Anschlägen wie dem in Kreuzberg auch über Polizeischutz für Moscheen nachdenken.

Das Feuer war in der Nacht zum 12. August in der Moschee in der Skalitzer Straße ausgebrochen. Die Feuerwehr rückte mit rund 60 Kräften an, rund eine Stunde brauchten die Einsatzkräfte, um den Brand zu löschen. Laut Feuerwehr gerieten Baumaterialien auf einer Holzpalette in Flammen. Das Feuer verrußte auch die Fassade der Moschee.

Bereits wenige Tage nach dem Brand fanden Ermittler Spuren einer brennbaren Flüssigkeit in dem Gebäude. Seitdem untersucht die siebenköpfige Ermittlungsgruppe "Skalitzer Straße" den Fall. Zu den weiteren Schritten der Ermittlungen will sich die Polizei aus taktischen Gründen nicht äußern.

TBB'den Anma Akşamı

"Otello için Çiçekler/Ağıtlar"

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu, NSU cinayetleri kurbanları için anma akşamı düzenledi. Dışlanmaya Karşı Federal Büro'nun da (ADS) desteklediği toplantı ve panel Tiyatrom'da gerçekleşti.

Açılış konuşmasını Almanya Türk Toplumu (TGD) Genel Başkan Yardımcısı ve Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) Sözcüsü Ayşe Demir'in yaptığı anma akşamında Dışlanmaya Karşı Federal Büro'dan Bernhard Franke de söz aldı.

Konuşmalardan sonra birinci bölümde Prof. Esther Dischereit ve DJane İpek İpekçioğlu, Dischereit'ın kalema aldığı romanı "Blumen für Otello – Otello için Çiçekler/Ağıtlar" adlı eserinden bazı bölümleri müzik eşliğinde sundular. Türkçe ve Almanca yapılan şiirsel sunum katılanlara zaman zaman duygusal anlar yaşattı.

Verilen kısa bir aradan sonra yapılan toplantının ikinci bölümünde gerçekleştirilen paneli Almanya Türk Toplumu TGD Genel Başkanı Safter Çınar yönetti.

Panelde NSU davası müdahil avukatı Carsten Illius, Federal Almanya Parlamentosu Başkan Vekili, Sol Parti Milletvekili ve NSU - Araştırma Komisyonu üyesi Petra Pau ve Berlin Tagesspiegel gazetesinden Andrea Dernbach ile psikoterapist Esin Erman yer aldılar.

Panelin ilk konuşmacısı Avukat Carsten Illius, Münih'teki NSU davasını anlatırken, dosyaların ellerine çok kez geç ve eksik geçmesinden şikâyetçi oldu. Illius ayrıca, diğer "politik" davaların aksine, sanık Beate Zschäpe'nin mahkemede bir sanıktan çok bir konuk gibi muamele gördüğünü de söyledi.

NSU Araştırma Komisyonu üyesi Petra Pau, Başbakan Merkel'in verdiği sözlerin aksine, Federal Parlamento Araştırma Komisyonu'nun yaptığı önerilerin yaşama geçirilmediğini belirtti. Üçüncü panelist, gazeteci Dernbach ise; basının da başta cinayetlerin aşırı sağ tarafından gerçekleştirilmiş olduğunu anlayamadığını, ancak daha sonra olaya sahip çıktığını ifade etti.

Psikoterapist Esin Erman ise, mağdur ailelerin yeterli psikolojik destek almamış olduğunu belirtti. Erman, konuşmasında ilgili yasalara mağdurların bakış açısının yansıması gerektiğini, her türlü ırkçılık şikayetinin ciddiyetle araştırılmasının zorunlu yapılması gerektiğini vurguladı.

Almanya Türk Toplumu TGD Genel Başkanı Safter Çınar kapanış sözlerinde; Almanya'da en önemli sorunun yapısal ırkçılık olduğunun altını çizerek, Genel Başkanı olduğu TGD'nin bu konunun üzerine gidilmesinin bugüne kadar olduğu gibi bundan sonra da takipçisi olacağını kaydetti.

CEM MANSUR İLE MÜZİK SOHBETİ

Türkiye Gençlik Filarmoni Orkestrası Şefi Cem Mansur, Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) ve Almanya Türk Toplumu (TGD) ile Türkiye-Almanya Kültür Forumu tarafından ortaklaşa düzenlenen bir kültür etkinliğine katıldı.

Mansur Tiyatrom'da düzenlenen etkinlikte "Çok kültürlü toplumlarda kimlik, çok sesli müzik merceğinden bakış, barış aracı olarak müzik, Türkiye'de evrensel, Avrupa'da yerel müzik, eğitim, eğlence ve anlaşmanın bir arada olduğu müzik dünyasına gençlerin katkısı" konularını kapsayan bir konuşma yaptı.

Cem Mansur konuşmasında müziğin her türünün kendi başına bir değer olduğunun altını çizerek, okullarda verilen müzik eğitiminin önemine dikkat çekti.

Berlin Başkonsolosluğu'nun yeni Muavin Konsolosu Süleyman Güzel'in de katıldığı etkinlikte izleyicilerin sorularını yanıtlayan Cem Mansur, özellikle klasik batı müziğinin topluma yayılabilmesi için devlet desteğinin gerektiğini belirtti.

Merhaba, November 2014

Yabancılar Dairesi'nde Danışmanlık Bürosu

Berlin Türk Cemaati (TGB), Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) ve Alman-Arap Merkezi (DAZ), Berlin Yabancılar Dairesi'nde ortaklaşa bir danışmanlık bürosu açtılar. Projeye ilgi duyanların TGB, TBB ve DAZ ile Berlin Yabancılar Dairesi'nin internet sitelerinden daha fazla bilgi edinmeleri mümkün.

Berlin'de üç sivil toplum kurumu bundan böyle Yabancılar Dairesi'nde hukuki danışmanlık hizmetleri verecek.

Türkçe, Arapça ve İngilizce verilecek hizmetler için herhangi bir ücret ödenmeyecek.

TGB, TBB ve DAZ ile Berlin Eyaleti Yabancılar Dairesi, Almanya'ya model olması hedeflenen bir işbirliği anlaşması imzaladı. Anlaşmaya göre; bu sivil toplum kuruluşlarının avukatları bundan böyle haftada üç gün Yabancılar Dairesi'nin Friedrich-Krause-Ufer 24 numaralı adresindeki ana binasında bulunan 163 numaralı odada ücretsiz danışmanlık hizmeti verecek.

Yıllardır kendi ofislerinde hukuk danışmanlığı yaptıklarını belirten TGB Başkanı Bekir Yılmaz, uzun uğraşılardan sonra bu hizmeti Yabancılar Dairesi'nin çatısı altında da yaparak vatandaşın ayağına geldiklerini söyledi.

Yabancılar Dairesi Müdürü Mazanke ise projeye katkı ve desteklerini esirgemeyen kurumlara teşekkür ettiği konuşmasında, "Bu büro ile bugün bizim için de yeni bir sayfa açılıyor. Hedefimiz herkesin Yabancılar Dairesi'nden gerekli bilgiyi alabilmesi ve herkese verdiğimiz hizmetlerde elimizden geldiğince adil davranmaya gayret ettiğimizi göstermek. Almanya'da son yıllarda dillerde olan bir kelime var: `Hüsnü Kabul Kültürü´ ya da `Hoş Geldiniz Kültürü´ Bence bu tür projeler bu kültürün yaygınlaşması için katkı sağlıyor" şeklinde konuştu.

Mazanke: „Daha nice yıllar birlikte projeler yaparız"

Konuşmasında projeyi birlikte yürüttükleri kurumlarla işbirliklerinin devam edeceğine de dikkat çeken Mazanke, "Ümit ediyorum ki burada birlikte çalıştığımız ve bu şehrin daha güzel olması için birlikte gayret gösterdiğimiz kurumlarla daha nice yıllar birlikte projeler yaparız" ifadelerini kullandı.

Danışmanlık hizmeti, deneyimli ve tecrübeli avukatlar tarafından başta Türkçe olmak üzere Almanca, Arapça ve İngilizce verilecek. Ortak projenin fikir babası olan TGB Başkanı Bekir Yılmaz, Yabancılar Dairesi'ndeki danışmanlık bürosunun açılışında yaptığı konuşmada konu ile ilgili olarak projenin hayata geçirilebilmesi için kendilerine destek veren Yabancılar Dairesi Müdürü Engelhard Mazanke'ye teşekkür etti. TGB'nin yıllardır Berlin'deki kamu kuruluşları ile birlikte ortak projeler yürüttüğünü ve çeşitli çalışmalar yaptığını ifade eden Yılmaz, "Hukuk danışmanlığını aslında kendi ofisimizde yıllardır yapıyorduk. Bundan sonra bu hizmeti Yabancılar Dairesinin çatısı altında verebileceğiz" dedi. Yılmaz, yıllardır düşünülen bir hukuk danışmanlığı bürosu açma fikri teklifini bir önceki müdüre de götürdüklerini ancak projeyi bir türlü hayata geçiremediklerini anımsatarak, bir toplantı sırasında biraraya geldiği Engelhard Mazanke'ye projesinden bahsettiğini, olumlu sinyal alınca çok sevindiğini kaydetti. Mazanke'nin katkısının bununla da kalmadığını dile getiren Bekir Yılmaz, Merhaba'nın konu ile ilgili sorularını yanıtlarken, "Sayın Mazanke, bana böyle bir şeyin çok güzel olacağını ve bunu hayata geçirmemiz gerektiğini söyledi. Bunun yanı sıra TBB ve DAZ'ı da işin içine katmamız gerektiğini söyledi" dedi.

Berlin-Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) Yönetim Kurulu Sözcüsü Mustafa Doğanay ise yeni kurulan Hukuk Danışmanlığı Bürosu'nun açılışı ile ilgili sorularımı yanıtlarken, „Bu büro Berlin'de yaşayan Türk kökenli göçmenler için çok önemli. Böyle bir büronun açılışı bundan on yıl öncesine kadar düşünülemezdi bile ama bugün artık bu tür şeyler mümkün olabiliyor. Bu tabi biraz Almanya'daki göçmenlerin yaşamı ile ilgili bir olay. Bu insanlar artık burada yaşıyorlar ve ilerki yıllarda da burada yaşayacaklar. Onların çocukları ve torunları da burada yaşamaya devam edecekler. Göçmenlik artık Almanya'nın bir gerçeği ve bu gerçeği hiç kimse inkar edemez. Eğer Yabancılar Dairesi göçmen kurumları ile kendi binası içerisinde ortaklaşa bir danışmanlık hizmeti vermeyi gerekli hissediyorsa bu çok önemli bir gelişme ve bu gerçekliği de biraz tanıma anlamına geliyor diye düşünüyorum. Bu hizmetin Berlinliler için hayırlı olmasını diliyorum" şeklinde konuştu.

Focus Online, 12.12.2014

Regierung

Türkischer Bund rügt Müller: Abschiebungen im Winter inhuman

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat nach Ansicht des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB) einen guten Einstieg verpasst.

Der Bund reagierte damit auf die Entscheidung der rot-schwarzen Koalition im Abgeordnetenhaus, Flüchtlinge und abgelehnte Asylbewerber auch im Winter abzuschieben. „Es ist menschenunwürdig und verantwortungslos, wenn Menschen in Länder abgeschoben werden sollen, wo sie Diskriminierungen ausgesetzt sind und mit großer Wahrscheinlichkeit keine Unterkunft und andere Unterstützungen haben werden“, erklärte der TBB am Freitag. „Ein Winterabschiebestopp für Flüchtlinge wäre eine gute humane Geste gewesen.“

Junge Welt, 07.01.2015

»Gefördert wird das durch Vorgaben etablierter Parteien«

Die Rassisten von »Bärgida« kamen am Montag nicht weit: vier Protestveranstaltungen in Berlin. Ein Gespräch mit Ayse Demir.

Interview: Gitta Düperthal

Ayse Demir ist Vorstandssprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Am Montag haben in mehreren Städten wieder selbsternannte Abendlandsretter von Pegida und anderen, ähnlich klingenden, Initiativen demonstriert. In der Hauptstadt trat erstmals Bärgida an – wie ist der Protest gegen diese Rassisten aus Ihrer Sicht gelaufen?

In Berlin waren vier Veranstaltungen gegen Bärgida angemeldet. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg hatte zur Teilnahme an allen Gegendemonstrationen aufgerufen; insbesondere aber zur großen Kundgebung am Brandenburger Tor, an der bis zu 7.000 Leute teilnahmen. Rund 250 Bärgida-Anhänger wurden schließlich eingekesselt, sie kamen gar nicht erst bis zum Brandenburger Tor.

Was braut sich in Berlin nach Ihrer Wahrnehmung unter dem Namen Bärgida zusammen?

Die Bezeichnung geht vom Verein »Patrioten e. V.« aus, gegründet vom ehemaligen CDU-Kommunalpolitiker Karl Schmitt. Es ist ein Ableger des rechtspopulistischen Bündnisses Pegida, das für sich beansprucht, gegen die Islamisierung des Abendlandes auf die Straße zu gehen. So weit ich weiß, wollte »Bärgida« schon vor Weihnachten aktiv werden.

Das Phänomen stammt zwar aus Dresden, hat aber auch in Berlin Zulauf aus der Mitte der Gesellschaft. Ressentiments gegen Flüchtlinge und Muslime werden offen auf die Straße getragen. Gefördert wird das durch Vorlagen etablierter Parteien, zum Beispiel der CSU, die verlangt, dass Migranten zu Hause Deutsch sprechen sollen oder fordert, das Grundrecht auf Asyl zu beschneiden.

Bei uns in Berlin wird Bärgida aber wenig Erfolg haben, die Stadt ist bunt und vielfältig. Wenn diese Leute am kommenden Montag wieder demonstrieren wollen, werden wir auch wieder zur Stelle sein Wir nehmen solche Auftritte nicht hin, sie bereiten den Nährboden für rassistische Gewalt und Morde.

Was halten Sie davon, wenn Talkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen vorgeben, sich die Argumente der an Pegida oder Bärgida Beteiligten zumindest einmal anhören zu müssen?

Wir lehnen solche Dialogangebote ab. Möglicherweise sind nicht alle Teilnehmer Rassisten, die Anführer sind es aber mit Sicherheit. Mit Menschen, die für rassistische Ressentiments auf die Straße gehen, sollte man nicht reden.

Wenn gerade in Dresden, wo allenfalls ein Prozent der Bevölkerung muslimisch ist, Bürger derart massiv auf die Straße gehen, ist das ein Beweis für Rassismus und extreme Vorurteile gegen Fremde. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Es heißt aber auch, die rege Teilnahme an derartigen Aufzügen sei ein Ventil für Leute, die unter Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit oder Armut leiden. Wenn es so wäre, hätten Sie Verständnis dafür?

Nein. Erstens sind von prekären Arbeitsbedingungen in erster Linie auch Migranten betroffen. Zweitens: Für die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage vieler Menschen hierzulande sind wir nicht verantwortlich. Genausowenig wie für die Verbrechen des »Islamischen Staats« in Syrien und im Irak, wovon wir uns dauernd distanzieren müssen.

Es ist doch seltsam: Entschuldigen sich etwa die Deutschen ständig bei uns für die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds?

Berliner Zeitung, 14.01.2015

URTEIL EINES BERLINER AMTSGERICHTS

30 000 Euro Entschädigung nach Diskriminierung türkischer Mieter

Ein Mietshaus, zwei Regeln: Weil ein Vermieter nur türkischen und arabischen Familien die Miete erhöhte, muss er nach einem Gerichtsurteil nun Entschädigung wegen Diskriminierung zahlen - und das nicht zu knapp.

Ein Berliner Amtsgericht hat einen Vermieter zu 30 000 Euro Entschädigung verurteilt, weil er zwei Mieter mit türkischen Wurzeln wegen ihrer Herkunft diskriminiert hat. Die beiden langjährigen Mieter aus dem Stadtteil Kreuzberg hatten geklagt, weil sie sich nach der zweiten Mieterhöhung gegenüber anderen Mietern im Haus benachteiligt fühlten, teilte das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg am Mittwoch mit. Denn ihren Nachbarn aus Deutschland und Mitteleuropa war die Miete trotz vergleichbarer Wohnungsausstattung nicht nochmals erhöht worden.

Der Vermieter hatte nach Angaben des Gerichts nach dem Kauf des Mehrfamilienhauses zunächst allen Parteien die Miete erhöht. Einige Mieter zogen danach aus. Die Kläger aber blieben dort wohnen - zusammen mit Nachbarn aus Deutschland, Mitteleuropa und aus arabischen Ländern. Einen zweite Mieterhöhung sandte der Vermieter dann aber nur an die türkischen und arabischen Familien im Haus, obwohl alle Wohnungen in Größe und Ausstattung laut Gericht vergleichbar waren. Daraufhin kündigten auch die beiden Kläger, bekamen aber - auch anders als Nachbarn - die erbetene Räumungsfrist nicht gewährt.

Das Amtsgericht kam zu dem Schluss, dass der Vermieter mit seinem Verhalten gegen das „Verbot der Benachteiligung wegen ethnischer Herkunft" verstoßen habe - und sprach beiden Klägern deshalb jeweils 15 000 Euro zu. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Wegweisendes Urteil

Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) begrüßte die Entscheidung als „wegweisend". Erstmals sei Mietern auf dem bundesweiten Wohnungsmarkt eine hohe Entschädigung wegen ethnischer Diskriminierung zugesprochen worden. Es entstehe hier der Eindruck, dass der Vermieter im Fanny-Hensel-Kiez durch Mieter türkisch-orientalischer und arabischer Herkunft eine Abwertung der Wohnanlage vermute, die durch Mieter europäischer Herkunft nicht zu befürchten sei.

Im Kreuzberger Fanny-Hensel-Kiez gibt es viele ehemalige Sozialwohnungen. Nach Angaben des TBB war den Mietern in dem betroffenen Haus die Kaltmiete 2010 zunächst von 5,33 Euro auf 7,04 Euro pro Quadratmeter erhöht worden. Bei der zweiten Erhöhung wenige Monate später forderte der Vermieter von einigen Familien 9,62 Euro pro Quadratmeter - kalt.

Nach TBB-Angaben haben inzwischen 17 Parteien das Haus wegen der Mieterhöhungen verlassen, 13 davon mit türkischen und arabischen Wurzeln. Danach seien freie Wohnungen im Haus unter dem Label „luxuriös modernisiert" angeboten worden. (dpa)

Berliner Morgenpost, 14.01.2015

Mieterhöhung nur für Migranten - 30.000 Euro Strafe für Vermieterin

Ein Mietshaus, zwei Regeln: Weil eine Vermieterin in Kreuzberg nur Migranten-Familien die Miete erhöhte, muss sie nun eine Entschädigung wegen Diskriminierung zahlen – und das nicht zu knapp.

Ein Berliner Amtsgericht hat eine Vermieterin zu 30.000 Euro Entschädigung verurteilt, weil sie zwei Mieter mit türkischen Wurzeln wegen ihrer Herkunft diskriminiert hat.

Die beiden langjährigen Mieter aus dem Stadtteil Kreuzberg hatten geklagt, weil sie sich nach der zweiten Mieterhöhung gegenüber anderen Mietern im Haus benachteiligt fühlten, teilte das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg am Mittwoch mit. Denn ihren Nachbarn aus Deutschland und Mitteleuropa war die Miete trotz vergleichbarer Wohnungsausstattung nicht nochmals erhöht worden.

Die Vermieterin hatte nach Angaben des Gerichts nach dem Kauf des Mehrfamilienhauses zunächst allen Parteien die Miete erhöht. Einige Mieter zogen danach aus. Die Kläger aber blieben dort wohnen – zusammen mit Nachbarn aus Deutschland, Mitteleuropa und aus arabischen Ländern.

Einen zweite Mieterhöhung sandte die Vermieterin dann aber nur an die türkischen und arabischen Familien im Haus, obwohl alle Wohnungen in Größe und Ausstattung laut Gericht vergleichbar waren. Daraufhin kündigten auch die beiden Kläger, bekamen aber – auch anders als Nachbarn – die erbetene Räumungsfrist nicht gewährt.

Das Amtsgericht kam zu dem Schluss, dass die Vermieterin mit ihrem Verhalten gegen das "Verbot der Benachteiligung wegen ethnischer Herkunft" verstoßen habe – und sprach beiden Klägern deshalb jeweils 15.000 Euro zu. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

"Wegweisendes Urteil"

Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) begrüßte die Entscheidung als "wegweisend". Erstmals sei Mietern auf dem bundesweiten Wohnungsmarkt eine hohe Entschädigung wegen ethnischer Diskriminierung zugesprochen worden. Es entstehe hier der Eindruck, dass die Vermieterin im Fanny-Hensel-Kiez durch Mieter türkisch-orientalischer und arabischer Herkunft eine Abwertung der Wohnanlage vermute, die durch Mieter europäischer Herkunft nicht zu befürchten sei.

Im Kreuzberger Fanny-Hensel-Kiez gibt es viele ehemalige Sozialwohnungen. Nach Angaben des TBB war den Mietern in dem betroffenen Haus die Kaltmiete 2010 zunächst von 5,33 Euro auf 7,04 Euro pro Quadratmeter erhöht worden. Bei der zweiten Erhöhung wenige Monate später forderte der Vermieter von einigen Familien 9,62 Euro pro Quadratmeter – kalt.

Nach TBB-Angaben haben inzwischen 17 Parteien das Haus wegen der Mieterhöhungen verlassen, 13 davon mit türkischen und arabischen Wurzeln. Danach seien freie Wohnungen im Haus unter dem Label "luxuriös modernisiert" angeboten worden.

Sebastian Jung vom Verein Mieterstadt sprach von einem Präzedenzfall. "Bundesweit werden die Menschen ermutigt, sich so etwas nicht gefallen zu lassen", sagte er.

BERLİN MAHKEMESİNDEN ÖRNEK KARAR!

ETNİK KÖKENE GÖRE KİRAYA ZAM MI OLUR

Ev sahibi aynı binada oturan Alman kiracılara düşük, Türk kiracı Müfit Pöhrenkçi ile Arap kiracılara yüksek oranda zam yaptı. Pöhrenkçi ile eşi, ayrımcılık yaptığı gerekçesiyle ev sahibi aleyhinde dava açtı... Davaya bakan hakim, "Etnik kökene göre zam mı olur?" deyip, ev sahibini 30 bin Euro tazminat ödemeye mahkum etti.

ALMANYA'nın başkenti Berlin'de, etnik kökene göre kiraya zam yapan ev sahibi mahkeme tarafından ayrımcılıktan mahkum oldu. Ev sahibi, aynı binada oturan Alman kiracılarına düşük, Türk ve Arap kiracılarına yüksek oranda zam yapmasını mahkeme, ayrımcılık suçu olarak değerlendirdi. Etnik kökene göre zammın Almanya'da yürürlüğe giren ayrımcılık yasasına aykırı olduğuna hükmeden Berlin mahkemesi, ev sahibinin, eski kiracısı Müfit Pöhrenkçi ile eşine 15'er bin Euro'dan toplam 30 bin Euro tazminat ödemesine hükmetti. Hakim kararını açıklarken "Etnik kökene göre zam mı olur" sözleriyle ev sahibine çıkıştı.

20 YILLIK KİRACI

Berlin'in Türk mahallesi Kreuzberg'deki Fanny-Hensel-Kiez mahallesinde 20 yıl boyunca aynı evde oturan Müfit Pöhrenkçi, davayla ilgili olarak şunları söyledi:

"38 yıldır Almanya'dayım. 20 yıl boyunca aynı evde oturdum. Beş çocuğum bu evde büyüdü. O zamanın parasıyla 950 Mark (475 Euro) kirayla girdim. Evlerimiz daha sonra satıldı. Yeni ev sahibi geldi. Kirayı sürekli artırdı. 2009 yılında 780 Euro öderken üst üste zam yaptı ve kira 2010 yılı itibarıyla bir anda bin 350 Euro'ya yükseldi. Binada Türk, Arap ve Alman kiracılar oturuyor. Hepimiz bir aile gibiydik. Kendi aramızda konuşurken Türk ve Arap kiracılara yüksek, Alman kiracılara da düşük zam yapıldığı ortaya çıktı. Alman komşularımız bizimle dayanışma gösterdi. Ayrıca belediye ve diğer kurumlar da destek olunca eşimle birlikte ayrı ayrı ayrımcılık davası açtık. Dava sürecinde yıprandık. Ama ev sahibini dize getirdik. Ayrımcılık yapan ev sahibinin ceza almasına çok sevindim."

Pöhrenkçi, aşırı zam yüzünden evden çıkmak zorunda kaldığını da söyledi.

■ Ali VARLI / BERLİN

GÖÇMEN KİRACI İKİ KERE MAĞDUR

BERLİN'de 26 yıl önce kurulan ve kuruluşundan beri hukuksal, sosyal ve politik alanlarda vatandaşlara danışmanlık hizmeti sunan Berlin Brandenburg Türkiye Toplumu (TBB) dava sürecince Pöhrenkçi ailesine destek verdi. TBB Genel Sekreteri Fuat Şengül, "Ayrımcılıkla mücadele konusunda duyarlı davranıyoruz. Berlin'de konut alanında ciddi bir ayrımcılık yaşanıyor. Göçmenlere ev sahiplerinin evlerini vermek istemediği artık sır değil. Hükümet yetkilileri hatta Başbakan Merkel de bunu dillendiriyor. Ancak etnik kökene göre kira artışı çok rastlanan bir durum değil. Almanya'da ilk kez etnik kökene göre zam yaptığı için bir ev sahibi mahkum oldu. Karar emsal teşkil edeceği için çok önemli. Berlin'de hızla kiralar fahiş rakamlara ulaştığından ev sahipleri eski kiracıları çıkarmak için ellerinden geleni yapıyor. Bu durumdan tüm kiracılar olumsuz etkileniyor. Fakat göçmen kiracılar Almanlara göre iki kez mağdur oluyor. Hem yüksek oranda kira zammı hem de ayrımcılıkla karşılaşıyorlar."

Şengül, hangi alanda olursa olsun ayrımcılığa uğradığını düşünenlerin kendilerine başvurmasını isterken "Mağdurlara ücretsiz danışmanlık yapıyoruz" dedi.

TAZ, 21.01.2015

„Das ist Menschenrechtsverletzung"

MIETERDISKRIMINIERUNG Nur wenige Betroffene trauen sich bislang, juristisch gegen Ungleichbehandlung vorzugehen. Doch das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin hat ein Urteil mit Signalwirkung erstritten. Ein Interview mit Leiterin Eva Maria Andrades

INTERVIEW ALKE WIERTH

taz: Frau Andrades, warum ist es so schwer, juristisch erfolgreich gegen Diskriminierung vorzugehen?

Eva Maria Andrades: Diskriminierung geschieht in der Regel ja nicht offen, sondern verdeckt. Auch wenn Betroffene wissen, dass sie diskriminiert wurden, können sie es nicht in jedem Fall beweisen. Zwar sieht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genau deshalb vor, dass die diskriminierte Person die Diskriminierung nicht beweisen, sondern nur Indizien dafür vorlegen muss. Doch auch das ist oft schwer.

Wenn Diskriminierung verdeckt geschieht – ist das ein Hinweis, dass derjenige, der diskriminiert, durchaus weiß, dass er etwas Illegales tut?

Wir erleben beides: Menschen, die bewusst diskriminieren in dem Wissen, dass das nicht legal ist, und Menschen, die das absichtslos tun, sich mit dem Thema Diskriminierung nie beschäftigt haben oder denken, dass es legal ist, was sie machen. Dem Gesetz ist das egal, dort kommt es auf die Wirkung an.

Ein Beispiel?

Wir hatten den Fall einer jungen Frau auf Ausbildungsplatzsuche, die wegen ihres Kopftuchs eine Stelle nicht bekam. Der Arbeitgeber hatte ihr offen gesagt, dass er sie deshalb nicht einstelle – und war in dem Glauben, das sei legal.

Wie eindeutig ist das gesetzliche Verbot von Diskriminierung?

Da ist zunächst Artikel 3 des Grundgesetzes, der den Staat verpflichtet, niemanden aufgrund von Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft et cetera zu diskriminieren. Dieses grundrechtliche Gleichheitsgebot gilt aber nicht für den Privatrechtsverkehr, also etwa den nicht staatlichen Arbeitgeber und seine Angestellten. In diesem Bereich greift das 2006 eingeführte und auf europäischen Richtlinien beruhende AGG. Es verbietet Diskriminierung für den privatwirtschaftlichen und den arbeitsrechtlichen Bereich, also für alle Arten von Verträgen, die jemand abschließen kann: von Miet- und Arbeitsverträgen bis zum Discobesuch.

Welche Strafen sieht das AGG für Diskriminierung vor?

Es gibt der diskriminierten Person einen Anspruch auf Unterlassung, zudem auf Entschädigung, also Schmerzensgeld, und Schadensersatz für den materiellen Schaden, der ihr durch die Diskriminierung entstanden ist. Wenn ich etwa als Bewerberin diskriminiert werde, kann ich drei Monatsgehälter als Entschädigung verlangen. Das ist nach oben offen, es kann also auch mehr sein, das liegt im Ermessen des Gerichts. Klar ist aber: Die Sanktion muss abschreckend sein. Das sagen die europäischen Richtlinien, auf denen das Gesetz beruht, ganz deutlich: Die Sanktion soll die diskriminierende Person davon abhalten, das wieder zu tun.

Das haben Sie gerade in einem spektakulären Urteil über einen Fall von Mieterdiskriminierung …

… das allerdings noch nicht rechtskräftig ist…

… **erreicht. Dort wurden Entschädigungen von jeweils 15.000 Euro für Mieter türkischer und arabischer Herkunft festgesetzt, die von ihrem Vermieter erheblich stärkere Mieterhöhungen als die deutschen Nachbarn bekommen hatten.**

Ja. Das Interessante an diesem Fall ist, dass das Urteil explizit sagt, dass hier abschreckend sanktioniert werden soll. Das ist in vielen anderen Diskriminierungsfällen leider nicht so. Da werden nur kleine Summen ausgeurteilt – was dem Sinn der Entschädigung nicht gerecht wird.

Was hat in diesem Fall ein solches Urteil möglich gemacht?

Ein ganz wichtiger Faktor war schlicht, dass die Betroffenen eine Rechtsschutzversicherung hatten. Es ist ein großes Problem, dass Menschen, die Diskriminierung erleben, aufgrund der möglichen Kosten den Gerichtsweg scheuen. Da ist es eine große Erleichterung, wenn es eine Absicherung durch eine Versicherung gibt. Zum anderen war es für die Betroffenen sehr wichtig, Unterstützung zu haben. Das hatten sie in diesem Fall durch unsere Beratungsstelle, durch ihre eigenen engagierten und kompetenten Anwälte, die sich im Antidiskriminierungsgesetz auskennen, und durch das Netzwerk „Mieterstadt.de", das die Kläger auch unterstützt hat.

Welche Konsequenzen kann das Urteil haben?

21.01.2015, TAZ

Es ist ein wichtiges Signal für die Betroffenen. Es zeigt: Es gibt hier ein Recht, dass Euch den Rücken stärkt gegen Diskriminierung. Es zeigt zudem: Es geht hier nicht nur um moralische Argumente. Es ist ein gesetzlicher Anspruch, nicht diskriminiert zu werden. Diskriminierung ist keine Bagatelle, sondern eine Menschenrechtsverletzung. Und es ist natürlich auch ein Signal für die Diskriminierenden, das Thema ernst zu nehmen. In diesem Fall hatte die Vermieterin gesagt, dass sie den Vorwurf der Diskriminierung für absurd halte – das Gericht hat das anders gesehen.

Sie beraten in allen möglichen Diskriminierungsfällen – wo passieren die meisten?

Der Wohnungsmarkt ist ein großes Problemfeld, ebenso der Bereich Arbeit, aber auch Behörden und Schulen. Das sind die Bereiche, aus denen uns die meisten Fälle gemeldet werden.

Wie viele Fälle beraten Sie insgesamt pro Jahr?

Um die 200.

Und wie hoch ist die Dunkelziffer?

Das kann man nicht schätzen. Aber ich würde sagen, ein Vielfaches. Für viele Menschen ist Diskriminierung so etwas Alltägliches, dass sie gar nicht auf die Idee kommen, sich rechtlich dagegen zur Wehr zu setzen. Das gehört einfach zu ihrem Leben dazu. Und dann müssen sie zunächst ja auch mal wissen, dass es eine gesetzliche Grundlage für den Schutz vor Diskriminierung gibt. Sie müssen wissen, an wen sie sich wenden können.

Wie gehen RichterInnen mit Diskriminierungsklagen um?

Es gibt Richterinnen und Richter, die dafür sensibel sind. Aber leider auch viele, die es nicht sind. Sie erkennen die persönliche Verletzung nicht, die in der Diskriminierung steckt, und nehmen sie nicht so ernst, wie das wünschenswert wäre, indem sie etwa selber diskriminierungssensible Sprache nutzen. Da muss noch viel geschehen. Im Jurastudium spielen das Thema Diskriminierung und das noch relativ junge AGG leider bislang keine große Rolle.

Worin besteht die persönliche Verletzung?

In einer Abwertung der eigenen Person, indem ich ungerecht behandelt werde – nicht nach meiner persönlichen Qualifikation oder meinem Wesen, sondern anhand eines bestimmten Merkmals wie des Kopftuches oder meiner Hautfarbe. Ich werde nicht als Person, die ich bin, wahr- und ernstgenommen, akzeptiert, sondern in eine Schublade gesteckt, ausgeschlossen. Das ist schmerzhaft und hat Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl, weil es signalisiert: Ich bin weniger wert, weniger gut.

Sind es eher die jüngeren, besser ausgebildeten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sich dagegen wehren?

Das kann man nicht sagen. Wir haben AkademikerInnen und RentnerInnen, Empfänger von Sozialleistungen und Gutverdiener. Klar, wer das Rechtssystem besser kennt, sich als Teil dieser Gesellschaft sieht, traut sich vielleicht eher, seine Rechte in Anspruch zu nehmen, als wer neu ist im Land.

Sie sagten, es gebe auch viele Fälle von Diskriminierung durch Behörden und in Schulen, für die das AGG nicht gilt. Da regelt der Staat dann alles vorbildlich nach Artikel 3 des Grundgesetzes?

Nein, das ist leider ganz und gar nicht so. Es gibt zwar das Gleichbehandlungsgebot im Grundgesetz. Es fehlt aber eine Ausformulierung, wie das AGG sie vornimmt, wie man sich gegen staatliche Diskriminierung wehren kann. Es fehlt auch die günstige Beweislastregel, wie das AGG sie für die Betroffenen vorsieht. Deswegen fordern wir ein gesetzliches Diskriminierungsverbot auch für diese Fälle, das klar regelt, wie vorzugehen ist: ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das übrigens auch eine europäische Verpflichtung ist.

Dafür gibt es in Berlin doch schon lange einen Entwurf?

Ja, der ist unter der rot-roten Koalition entstanden, wird aber von der jetzigen Regierung leider nicht weiter verfolgt.

Warum?

Da fehlt wohl das Interesse.

Eva Maria Andrades

■ 38, Juristin, Projektleiterin des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin des Türkischen Bunds Berlin-Brandenburg.

Foto: privat

04.02.2015, Berliner Morgenpost

Ayse Demir, Vorstandssprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, nimmt die feindlichen Äußerungen des Gastpredigers in der Al-Nur-Moschee nicht einfach hin, sondern zeigt den Mann an. Bei den Aussagen handele es sich um eine alle Frauen herabwürdigende finstere Ideologie, die geächtet, gestoppt und bestraft werden sollte, erklärte Ayse Demir. Für ihre Entschlossenheit: **Note 1**

Islamistischer Prediger in Berlin: "Aufforderung zur Vergewaltigung"

Eine Ehefrau dürfe ihrem Mann niemals Sex verweigern, predigte ein Imam in einer Berliner Moschee. "Ich habe Angst, dass Rechtspopulisten dies instrumentalisieren", sagt Ayse Demir. Sie stellte Strafanzeige gegen den Prediger.

Berlin - Mit einer frauenfeindlichen Predigt in der Neuköllner Al-Nur-Moschee hat ein Imam für Empörung in Berlin gesorgt. Innensenator Frank Henkel (CDU) spricht von einer "Zumutung für jeden klar denkenden Menschen". Sein Staatssekretär Bernd Krömer setzte ein Verbot des Trägervereins der Moschee wieder auf die Agenda und sagt: "Diese Art von Islam gehört gewiss nicht zu Deutschland."

Was ist passiert in Berlin-Neukölln? Die umstrittene Ansprache hielt der aus Ägypten stammende Gastprediger Abdel Moez al-Eila bereits am 23. Januar. Doch erst in dieser Woche machen Videoaufnahmen davon die Runde. Zum Teil sind sie in englischer Sprache untertitelt (etwa hierbei der US-Organisation Memri). "Eine Frau darf niemals Nein sagen, unter keinen Umständen", sagt Eila darin. "Auch wenn sie ihre Periode hat, gibt es keinen Grund, warum der Ehemann ihren Körper nicht fürs Vergnügen benutzen könne."

Die Moschee gilt als Salafisten-Treffpunkt und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Im Sommer hielt ein Gast-Imam aus Dänemark dort eine Hasspredigt, in der er zur Tötung von Juden aufrief. Inzwischen hat der Vorstand der Al-Nur-Moschee erklärt, Eila werde dort künftig nicht mehr auftreten - eine Begründung dafür gab es nicht.

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg hat jetzt Strafanzeige wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Verdachts auf öffentliche Gewaltaufforderung gegen den Imam gestellt. Dessen Aussagen seien "eine öffentliche Aufforderung zur Vergewaltigung", sagte Ayse Demir, Sprecherin der Organisation, im Interview mit SPIEGEL ONLINE.

Hier das komplette Gespräch:

Zur Person

DPA

Ayse Demir, 45, ist die Vorstandssprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Zugleich ist sie stellvertretende Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Deutschland.

SPIEGEL ONLINE: Frau Demir, warum haben Sie den Imam denn gleich wegen Volksverhetzung angezeigt?

Demir: Das sind Aussagen, die für alle Frauen herabwürdigend sind. Eine Frau darf noch nicht einmal aus freien Stücken vor die Tür? Solch eine finstere Ideologie muss bestraft werden.

SPIEGEL ONLINE: Die Predigt ist sicherlich extrem frauenfeindlich - aber wahrscheinlich von der Meinungsfreiheit gedeckt und damit strafrechtlich irrelevant.

Demir: Das werden wir ja sehen. Ich hoffe sehr, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt. Wenn der Imam predigt, eine Frau dürfe ihrem Ehemann nie den Sex verweigern, dann ist das mehr als eine Herabwertung. Das ist, wenn man es zu Ende denkt, eine öffentliche Aufforderung zur Vergewaltigung.

SPIEGEL ONLINE: Eine Hasspredigt?

Demir: Ja, und solche Hassprediger dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Als Türkischer Bund setzen wir uns gegen solche ausgrenzenden Bemerkungen ein. Deutlich öfter kommen die übrigens aus rechtspopulistischer und rechtsextremer Ecke - und in diesem Fall eben aus der islamistischen.

SPIEGEL ONLINE: Die Predigt hielt ein Gast-Imam aus Ägypten. Immerhin soll er in der Moschee künftig nicht mehr auftreten.

Demir: Das wäre schon mal ein gutes Ergebnis.

SPIEGEL ONLINE: Allerdings fällt die Al-Nur-Moschee immer wieder durch Hasspredigten auf. Sie gilt als Zentrum der Salafisten in Berlin.

Demir: Es geht mir gar nicht um diese Moschee. Wir Vertreter der Türken treten gegen Ausgrenzungen jeder Art ein.

SPIEGEL ONLINE: Wie weit ist ein solches Frauenbild unter Berliner Muslimen verbreitet?

Demir: Ganz ehrlich: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Aber ich persönlich fürchte - auch weil ich selbst einen 17-jährigen Sohn habe -, dass gerade die jungen Männer dafür anfällig sind. Und ich weiß, ein solches Video verbreitet sich ja im Netz.

SPIEGEL ONLINE: Das Video steht auch immer noch auf der Website der Moschee.

Demir: Ja, das geht nicht. Man muss solche Äußerungen verbieten.

SPIEGEL ONLINE: Wie tritt man solchen archaischen Frauenbildern entgegen?

Demir: Solche Bilder werden nur von einem kleinen Teil der Muslime vertreten, der Großteil folgt einer humanistischen Ideologie. Diese muss man viel sichtbarer machen.

SPIEGEL ONLINE: Vorfälle wie diese sind doch eine willkommene Vorlage für alle jene, die gegen eine angebliche Islamisierung des Landes wettern.

Demir: Ja, und ich habe Angst, dass die Rechtspopulisten dies jetzt instrumentalisieren und damit Hetze gegen friedliche Muslime begründen. Umso wichtiger ist es, dass die muslimischen Verbände klar Stellung beziehen. Bislang habe ich in der Hinsicht noch nichts gehört.

03.02.2015, rbb-online.de

Nach frauenverachtender Predigt

Türkischer Bund zeigt Imam wegen Volksverhetzung an

Wieder hat eine Predigt in der Neuköllner Al-Nur-Moschee für Empörung gesorgt: Eine Frau dürfe ohne Erlaubnis nicht das Haus verlassen und müsse ihrem Mann sexuell immer zur Verfügung stehen, so der ultrakonservative Imam Abdel Meoz Al-Eila. Der Türkische Bund hat Anzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Der Imam unterdessen beteuerte im rbb, bei seiner Predigt am 23. Januar missverstanden worden zu sein.

Berlins Innensenator Frank Henkel war außer sich: "Solche frauenverachtenden Hasspredigten sind abstoßend und eine Zumutung für jeden klar denkenden Menschen", erklärte Henkel am Dienstag in Berlin. "Diese finstere religiöse Ideologie, die Frauen herabwürdigt, passt nicht zu unserer Gesellschaft", sagte der CDU-Politiker, nachdem er von der Predigt in der Al-Nur-Moschee gehört hatte.

Senatsverwaltung droht Moschee mit Vereinsverbot

Sein Staatssekretär Bernd Krömer ging noch einen Schritt weiter: Äußerungen wie die von Abdel Meoz Al-Eila würde er "noch nicht einmal in der späten Steinzeit verorten". Dem rbb sagte Krömer, es sei ein Punkt erreicht, wo die Frage eines Vereinsverbots intensiv geprüft werden müsse: "Wenn es immer wieder zu Auffälligkeiter in bestimmten Vereinen kommt, und sich der Eindruck verdichtet, dass hier ein Ort ist, an dem häufiger verfassungsfeindliche Ziele propagiert werden, dann wird man einem Vereinsverbot schon näher treten", sagte er. Man werde nun intensiv prüfen, ob man solche Predigten nachhaltig unterbinden könne.

Die Moschee rudert unterdessen zurück. Auf Nachfrage erklärte Shaikh Nasser El-Issa, der Vorbeter des Gotteshauses, in der rbb-Abendschau, der Imam habe den Männern lediglich geraten, Eheprobleme zu vermeiden und sich mehr um ihre Frauen zu kümmern, selbst wenn es ihnen nicht gut geht. Damit liefert der Vorbeter eine Interpretation, die stark abweicht von den am Dienstag veröffentlichten wörtlichen Übersetzungen des Predigttextes. Es gebe es in der Al-Nur-Moschee auch keine "Hasspredigten", so El-Issa weiter. Allerdings schränkt er ein: "Wenn der Imam auf der Kanzel steht, haben wir keinen Einfluss mehr auf das, was er sagt."

Türkischer Bund: "Aufforderung zur Gewalt"

Asye Demir, Sprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB), sagte rbb online, dass ihre Organisation die Predigt aufs Schärfste verurteile: "Ich habe soeben Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gestellt wegen des Verdachts der Beleidigung und der öffentlichen Aufforderung zur Gewalt", sagte sie. "Was der Imam gesagt hat, läuft darauf hinaus, Vergewaltigungen von Frauen zu legitimieren." Der TBB bezeichnet sich als überkonfessionell, hat aber auch muslimische Mitglieder in seinen Reihen. In einer Pressemitteilung heißt es, Frauen würde jegliches Selbstbestimmungsrecht, sei es gesellschaftlich oder sexuell, abgesprochen.